

Gerd Fesser

Die Kaiserzeit

Deutschland 1871-1918

Dr. phil. Gerd Fesser, Jahrgang 1941, ist Historiker in Jena

Veröffentlichungen u. A.:
Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow:
Eine Biographie. Berlin 1991.

Der Traum vom Platz an der Sonne:
Deutsche „Weltpolitik“ 1897-1914. Bremen 1996.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Bergstraße 4, 99092 Erfurt, www.thueringen.de/LZT
2000
Satz und Druck: Druckerei Sömmerda GmbH
ISBN 3-931426-39-4

Inhaltsverzeichnis

I. Die Bismarcksche Reichsgründung.	5
1. Kaiserproklamation in Versailles	5
2. Reichsverfassung, Regierungssystem, Parteien.	7
II. Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur 1871 – 1914	13
1. Die wirtschaftliche Entwicklung	13
2. Die Sozialstruktur	15
3. Alltag und Lebensweise	18
4. Bildung, Wissenschaften und Philosophie	24
5. Offizielle Kultur und Avantgarde.	33
6. Religion und Kirchen.	42
7. Reformbewegungen	45
8. Nationalismus - Antisemitismus – Militarismus	48
III. Die Ära Bismarck 1871 – 1890	55
1. „Kulturkampf“ und konservative Wende 1871 – 1878/79	55
2. Außenpolitik 1871 – 1878	58
3. Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung.	61
4. Bismarcks Bündnissystem 1878 – 1890	64
5. Bismarcks Sturz	68
IV. Das wilhelminische Reich 1890 – 1914	71
1. „Persönliches Regiment“ und Wilhelminismus	71
2. Politische Kultur im Wandel	74
3. Innenpolitik 1890 – 1897.	78
4. Die Abwendung von Bismarcks außenpolitischem System	81
5. „Weltpolitik“ und Flottenrüstung.	84
6. Die Innenpolitik der Ära Bülow 1900 – 1909	89

7. Die Innenpolitik der Ära Bethmann Hollweg 1909 – 1914	93
8. Die außenpolitische Isolierung des Reiches 1900 – 1914	97
V. Der Erste Weltkrieg	107
1. Julikrise und Kriegsausbruch	107
2. Der Kriegsverlauf 1914 und 1915	110
3. Innenpolitik und Kriegszieldiskussion 1914 und 1915 .	114
4. Der Kriegsverlauf 1916. Die III. Oberste Heeresleitung	119
5. Die Kriegswirtschaft	122
6. Kriegsalltag an der Front und in der Heimat	126
7. Kultur im Kriege	128
8. Deutschland im Epochenjahr 1917	133
9. Der Kriegsverlauf 1917 und 1918	137
10. Das Ende des Kaiserreichs	139
Eine Bilanz.	143
Auswahlbibliographie.	145
Personenregister.	153

I. Die Bismarcksche Reichsgründung

1. Kaiserproklamation in Versailles

Versailles, 18. Januar 1871. Der Deutsch-Französische Krieg war militärisch längst entschieden, und die Hauptstadt Paris wurde von deutschen Truppen belagert. Im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles begann genau um 12 Uhr mittags eine martialische Zeremonie. In dem ungeheizten Saal standen dicht gedrängt deutsche Fürsten, Militärs, Diplomaten und Höflinge. Truppenfahnen, Schulterstücke und Orden gleißten. Zuerst hielt der Hofprediger und Divisionspfarrer Bernhard Rogge eine Ansprache, welche der Oberstleutnant Paul Bronsart von Schellendorf (der spätere Kriegsminister) lang, aber „ziemlich schwach“ fand.¹ Sodann erklärte der König von Preußen, Wilhelm I., er sei bereit, die deutsche Kaiserkrone anzunehmen. Anschließend verlas Kanzler Otto von Bismarck einen Aufruf Wilhelms an das deutsche Volk.

Es folgte der Höhepunkt: Großherzog Friedrich I. von Baden proklamierte König Wilhelm zum Kaiser. Die Anwesenden schmetterten dreimal „Hoch!“ und schwenkten ihre Degen und Helme. Die ganze Szene ist uns Heutigen durch ein Gemälde von Anton von Werner vertraut. Schon gegen 13 Uhr war alles vorbei.

Die weit verbreitete Ansicht, an diesem 18. Januar sei das Deutsche Reich gegründet worden, ist unzutreffend. Schon im November 1870 hatten sich die süddeutschen Staaten dem Norddeutschen Bund angeschlossen, und seit dem 1. Januar 1871 existierte staatsrechtlich das Deutsche Reich. Die Zeremonie vom 18. Januar sollte nach dem Willen ihrer Regisseure verdeutlichen, wer im neuen Reich den Ton angeben würde: der Kaiser, die Fürsten und das Militär. Reichstagsabgeordnete, Volksvertreter also, waren vorsätzlich nicht eingeladen worden.

¹ Zit. nach: Die Gründung des Deutschen Reiches in Augenzeugenberichten. Hrsg. u. eingeleitet von Ernst Deuerlein, München 1977, S. 305.

Nach der feierlichen Proklamation schüttelte der neue Kaiser viele Hände, seinen Kanzler Bismarck aber schnitt er. Wilhelm I. war verärgert, weil Bismarck ihm den Titel „Deutscher Kaiser“ aufgenötigt hatte, wo er sich doch viel lieber „Kaiser von Deutschland“ genannt hätte (was aber der anderen Fürsten wegen untunlich war).

Bismarck hatte seine „Revolution von oben“ erfolgreich zu Ende geführt. Gleichwohl war die Reichsgründung nicht etwa sein alleiniges Werk (und dieser realistisch denkende Staatsmann war sich dessen völlig bewusst). Treibende Kraft der Reichseinigung war eine breite liberale Nationalbewegung, als deren Wortführer der Deutsche Nationalverein, die Deutsche Fortschrittspartei und seit 1867 die Nationalliberale Partei fungierten. Die Nationalliberalen waren es dann auch, die im Reichstag des Norddeutschen Bundes eine Fülle fortschrittlicher Gesetze durchsetzten (vor allem auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts) und der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung freie Bahn brachen.

Für zahlreiche jener Liberalen, die sich vor 1871 so entschieden für die Errichtung eines deutschen Nationalstaates eingesetzt hatten, ging mit der Reichsgründung der Traum ihres Lebens in Erfüllung. So schrieb der Historiker Heinrich von Sybel am 27. Januar 1871, nachdem er gerade erfahren hatte, dass die Kapitulation von Paris unmittelbar bevorstand, an seinen Kollegen Hermann Baumgarten: „... meine Augen gehen immer herüber zu dem Extrablatt, und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und so mächtige Dinge erleben zu dürfen? Was 20 Jahre lang der Inhalt allen Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt! Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen?“²

2 Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. 1: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859-1870. Ausgewählt und bearbeitet von Julius Heyderhoff, Neudruck Osnabrück 1970, S. 494.

Ein Teilnehmer der Kaiserzeremonie vom 18. Januar hingegen, Prinz Otto von Bayern, schrieb an seinen Bruder, König Ludwig II., bitter: „Ach Ludwig, ich kann Dir gar nicht beschreiben, wie unendlich weh und schmerzlich es mir während jener Zeremonie zumute war, wie sich jede Phase in meinem Inneren sträubte und empörte gegen all das, was ich mit ansah ... Welchen wehmütigen Eindruck machte es mir, unsere Bayern sich da vor dem Kaiser neigen zu sehen; ich war eben von Kindheit an so was nicht gewöhnt; mein Herz wollte zerspringen. Alles war so kalt, so stolz, so glänzend, so prunkend und großtuerisch und herzlos und leer.“³

2. Reichsverfassung, Regierungssystem, Parteien

Das neue deutsche Kaiserreich war ein Bundesstaat, der die Königreiche Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg, die Großherzogtümer Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg und Sachsen-Weimar, die Herzogtümer Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Meiningen, die Fürstentümer Lippe, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck sowie die Freien Städte Bremen, Hamburg und Lübeck, dazu das so genannte Reichsland Elsass-Lothringen umfasste. Mehr als 60 % der Einwohner des Reiches lebten im Bundesstaat Preußen.

Die Schlüsselfigur im politischen System des Kaiserreiches war der Reichskanzler. Er musste sich nicht dem Reichstag, sondern lediglich dem Kaiser gegenüber verantworten. Dessen Regierungsakte wiederum waren nur dann gültig, wenn der Kanzler sie gegenzeichnet hatte. Da der Reichskanzler gleichzeitig als preußischer Ministerpräsident fungierte und den Vorsitz im Bundesrat innehatte, besaß er viel politischen Spielraum. Er war der Mittler zwischen

³ Zit. nach: Die Gründung des Deutschen Reiches in Augenzeugenberichten, S. 308.

Kaiser, Reichstag und Bundesrat und koordinierte die Politik des Reiches mit der Preußens.

Die staatlichen Aufgaben waren zwischen Reich und Bundesstaaten wie folgt aufgeteilt: Die gesamte Verwaltung, Justiz, Bildung und Kultur war Sache der Bundesstaaten. Das Reich war in erster Linie für Außenpolitik und Militär zuständig, des Weiteren für Wirtschaft, Recht, Soziales, Verkehr, Handel und Kommunikation; Aufgaben, deren Bedeutung rasch zunahm.

Das Kaiserreich war stark obrigkeitlich geprägt und doch gleichzeitig ein Rechtsstaat. Zwar wendeten besonders in Preußen und Sachsen die Staatsorgane das Recht gegenüber der Arbeiterbewegung sowie gegenüber den polnischen Vereinen oft restriktiv an. Wenn ihr Handeln durch Gesetze aber nicht mehr gedeckt war, dann griff etwa in Preußen das Oberverwaltungsgericht ein, hob gesetzwidrige Entscheidungen auf und belegte die verantwortlichen Staatsorgane – bis zu den mächtigen Oberpräsidenten hinauf – mit Geldstrafen.

Die politischen Parteien wurden in der Verfassung überhaupt nicht erwähnt. Es gab auch keine Parteiengesetzgebung, sondern lediglich ein Vereinsrecht (obendrein bis 1908 nur auf Länderebene). Mochte die Verfassung die Parteien auch ignorieren, so spielten sie doch im politischen System eine stetig wachsende Rolle. Von Anfang an bestand ein Fünfparteiensystem (wobei die Konservativen und die Linksliberalen jeweils als eine Partei betrachtet wurden).

Die Deutschkonservative Partei vertrat in erster Linie die Interessen der adligen protestantischen Großgrundbesitzer in Ostelbien und verteidigte zäh deren wirtschaftliche und politische Machtstellung. Sie übte in Preußen auf allen Ebenen der Verwaltung einen starken Einfluss aus.

Die Nationalliberale Partei war die Partei des gebildeten und besitzenden Bürgertums. Unter Bismarck war sie bis 1879 und von 1887

bis 1890 faktisch Regierungspartei. Die Nationalliberalen unterstützten seit den 1890er Jahren energisch die imperialistische „Weltpolitik“ und Flottenrüstung der Reichsregierung.

Die Freikonservative bzw. Reichs- und freikonservative Partei nahm eine Mittelstellung zwischen den Deutschkonservativen und den Nationalliberalen ein. Unter ihren Abgeordneten dominierten adlige Großgrundbesitzer und Schwerindustrielle. Aus ihren Reihen gingen zahlreiche Minister und Diplomaten hervor.

Die Zentrumsparterie suchte die Interessen des katholischen Bevölkerungsteils zu vertreten und wurde von der Mehrzahl der Katholiken gewählt. In ihr gab es konservative, liberale und demokratische Strömungen. In den 90er Jahren wurde das Zentrum faktisch Regierungspartei.

Die Linksliberalen (die sich selbst Freisinnige nannten) vertraten Teile des Bürgertums und der „alten“ Mittelschichten (Handwerk und Kleinhändler). Sie waren in zwei bzw. drei Parteien gespalten und vereinigten sich erst 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei. Die Linksliberalen standen innenpolitisch gegenüber Bismarck und bis 1906 auch gegenüber dessen Nachfolgern in Opposition.

1875 vereinigten sich der einst von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geführte Sozialdemokratische Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Seit 1890 nannte die Partei sich Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Sie wurde hauptsächlich von protestantischen Arbeitern gewählt (während die katholischen Arbeiter ihre Stimmen überwiegend dem Zentrum gaben).

Die Verfassung von 1871 kannte vier Reichsorgane: den Kaiser, den Reichstag, den Bundesrat und den Reichskanzler. Der Kaiser vertrat das Reich nach außen und entschied über Krieg und Frieden. Den Reichskanzler konnte er berufen und entlassen, ohne dabei auf die

anderen Reichsorgane Rücksicht zu nehmen. In der Innenpolitik und im Verhältnis zu den anderen Bundesstaaten verfügte er über viel geringere Rechte und war faktisch eine Art Bundespräsident. Im Band 4 von „Brockhaus’Konversations-Lexikon“ aus dem Jahr 1901 stand denn auch zu lesen: „Deutscher Kaiser, der Name, unter dem seit 1871 der König von Preußen im Deutschen Reich die Rechte eines Bundespräsidenten ausübt.“⁴

Der Kaiser konnte der Armee (das bayerische Kontingent ausgenommen) Befehle erteilen, und er konnte dem Reichskanzler dienstliche Anweisungen geben. Ansonsten aber waren alle seine Anordnungen nur dann gültig, wenn sie auch vom Reichskanzler unterschrieben (gegengezeichnet) waren. Der Kaiser besaß das Recht, den Reichstag und den Bundesrat einzuberufen und zu schließen. Gemeinsam mit dem Bundesrat konnte er den Reichstag auflösen.

Auf die Gesetzgebung hatte der Kaiser nur einen minimalen Einfluss. Laut Verfassung hatte er die von Reichstag und Bundesrat beschlossenen Gesetze lediglich zu „vollziehen“ (das heißt, auszufertigen und zu verkünden). Ein Vetorecht besaß er nicht. Freilich war die reale innenpolitische Macht des Kaisers doch größer, als die Buchstaben der Verfassung besagten. Da er gleichzeitig König von Preußen war, konnte er das Gewicht dieses dominierenden Bundesstaates in die Waagschale werfen. Auch stärkte die allmähliche Erweiterung der Kompetenzen des Reiches die Position des Reichsoberhauptes.

Der Reichstag besaß nicht sehr viel Macht. Er hatte keinen Einfluss auf die Ernennung des Reichskanzlers. Kaiser und Bundesrat verfügten gemeinsam über das Recht, den Reichstag aufzulösen. Die wichtigste Zuständigkeit des Reichstags bestand darin, dass er gemeinsam mit dem Bundesrat die Budgetgewalt besaß. Ohne die

⁴ Brockhaus’Konversations-Lexikon, 14., vollständig neubearbeitete Auflage, 4. Bd. S.6., Leipzig-Berlin-Wien 1901, S. 1016.

Zustimmung des Reichstags konnte der Staatshaushalt des Reiches nicht verabschiedet werden. Der Reichstag wurde nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gewählt – dem fortschrittlichsten Wahlsystem, das es damals in Europa gab. Dieses Wahlrecht hat dann in den folgenden Jahrzehnten die großen Wahlerfolge der Sozialdemokratie ermöglicht.

Die Reichstagsabgeordneten (zunächst 382, seit 1873 dann 397) wurden auf drei Jahre, seit 1888 auf fünf Jahre gewählt (von Männern über 25 Jahre). Bismarck hatte darauf bestanden, dass die Abgeordneten keine Diäten erhielten, und er hat sich später stur geweigert, daran etwas zu ändern. Der „Eiserne Kanzler“ wollte verhindern, dass sich eine Schicht von Berufsparlamentariern entwickelte. Das war aber eine Illusion. Wohl gab es etliche Abgeordnete, die der Oberschicht angehörten und finanziell unabhängig waren. In wachsender Anzahl gelangten aber auch Abgeordnete ins Parlament, die weniger gut situiert waren. Diese wurden de facto von Parteien und Verbänden bezahlt. Das Diätenverbot war damit durchbrochen. Erst im Jahr 1906 zog die Reichsregierung daraus die Konsequenzen und brachte im Reichstag ein entsprechendes verfassungsänderndes Gesetz durch. Seitdem erhielten die Abgeordneten jährlich 3.000 Mark Aufwandsentschädigung (zum Vergleich: ein Facharbeiter verdiente um die Jahrhundertwende im Durchschnitt im Jahr 1.000 Mark). Für jeden versäumten Sitzungstag wurden den Abgeordneten 20 Mark abgezogen.

Die Einteilung der Reichstagswahlkreise blieb bis zum Ende der Kaiserzeit unverändert, was zu immer größeren Ungerechtigkeiten führte. Schließlich entsandten die 46 500 Einwohner von Schaumburg-Lippe einen Abgeordneten in den Reichstag und die 1,3 Millionen Einwohner von Teltow-Charlottenburg auch nur einen.

Der Bundesrat fasste seine Beschlüsse geheim. Der Reichstag hingegen tagte öffentlich, und über seine Debatten wurde in der Presse ausführlich berichtet. Schon deshalb erlangte er für das öffentliche Bewusstsein eine größere Bedeutung als der Bundesrat. Neben dem

Kaiser wurde er so mehr und mehr Symbol und Forum der Nation. Oberstes Organ des Reiches war laut Verfassung der Bundesrat. Dieses Gremium bestand aus 58 Mitgliedern, die nicht gewählt, sondern von den Regierungen der Bundesstaaten ernannt wurden. Vom Reichstag beschlossene Gesetze wurden nur dann rechtskräftig, wenn sie vom Bundesrat bestätigt worden waren. Der Bundesrat war allein für die Durchführungsbestimmungen der Reichsgesetze zuständig. Eine Kriegserklärung durch den Kaiser musste vom Bundesrat genehmigt werden. Preußen besaß im Bundesrat lediglich 17 Stimmen, hatte aber nie Schwierigkeiten, zusammen mit anderen Bundesstaaten eine Mehrheit zu bilden.

Eine unheilvolle Belastung für die Zukunft bestand darin, dass das Militär weitgehend außerhalb der Verfassung stand und faktisch keiner parlamentarischen Kontrolle unterlag. Der Kaiser hatte die Kommandogewalt über Heer und Marine. Neben dem preußischen Kontingent des Heeres gab es noch die Kontingente Bayerns, Sachsens und Württembergs mit eigenen Uniformen und eigener Militärverwaltung. Die Truppenteile aller kleineren Bundesstaaten waren in das preußische Kontingent eingegliedert. Das preußische Kriegsministerium sorgte für eine einheitliche Ausbildung und Bewaffnung sämtlicher Kontingente. Da sein Ministerium keine Reichsinstitution war, musste der preußische Kriegsminister sich nicht gegenüber dem Reichstag verantworten. Die Militärführung besaß nicht nur großen Einfluss innerhalb des politischen Systems, sondern wirkte auch stark auf die Gesellschaft ein und betrieb erfolgreich deren Militarisierung.

II. Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur 1871 – 1914

1. Die wirtschaftliche Entwicklung

Die Jahrzehnte zwischen 1871 und 1914 waren insgesamt gesehen im deutschen Kaiserreich die Zeit eines enormen wirtschaftlichen Aufschwungs. Entscheidender Faktor dieses Aufschwungs war die stürmische Industrialisierung. Zwischen 1871 und 1913 stieg die deutsche Industrieproduktion auf das Fünffache (während etwa die Industrieproduktion der führenden Wirtschaftsmacht Großbritannien sich lediglich verdoppelte), die deutsche Ausfuhr auf das Vierfache.

Der überhitzten Konjunktur der Jahre 1871 – 1873 folgte bis 1879 die „Gründerkrise“, an die sich mehrere Phasen von Belebung und Stagnation anschlossen. 1895 setzte eine Hochkonjunktur ein, die bis 1913 anhielt und lediglich 1901/02 und 1907/08 von kurzen Rezessionen unterbrochen wurde. Die Zuwachsraten der deutschen Industrieproduktion betragen 1910 5 %, 1911 6 % und 1912 7 %. Besonders eindrucksvoll ist die Entwicklung der Stahlproduktion. Sie stieg von 0,2 Millionen Tonnen im Jahre 1870 auf 6,6 Millionen Tonnen im Jahre 1900 und 18,9 Millionen Tonnen im Jahre 1913.

Bei synthetischen Farbstoffen und bei pharmazeutischen Produkten errang die deutsche chemische Industrie um die Jahrhundertwende geradezu eine Monopolstellung. 1913 stammten mehr als 50% aller im Welthandel umgesetzten elektrotechnischen Erzeugnisse aus Deutschland. Die großen Unternehmen der deutschen chemischen Industrie beschäftigten Hunderte von Wissenschaftlern, deren Erfindungen ihnen gegenüber ihren Konkurrenten einen technologischen Vorsprung verschafften.

Wichtigste Branche blieb die Montanindustrie (Bergbau, Metall-erzeugung und Metallverarbeitung). In ihr waren 1913 26,8% aller in Bergbau, Industrie und Handwerk Beschäftigten tätig. In der

Montanindustrie und den beiden neuen Leitsektoren chemische Industrie und Elektroindustrie nahm die Zahl der Großbetriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten stark zu. 1895 gab es 252 Betriebe dieser Größenordnung, 1907 bereits 506. 1870 waren 28% aller Beschäftigten in Bergbau, Industrie und Handwerk tätig, 1913 waren es 38%.

Im Jahre 1907 waren von den 100 größten Industrieunternehmen 77 als Aktiengesellschaften organisiert. Insbesondere die wachstumsintensiven Branchen hatten einen großen Kapitalbedarf und waren deshalb auf eine Kooperation mit Großbanken angewiesen. Diese Banken erlangten durch ihre Beteiligungen Einfluss auf die Industrieunternehmen. So war die Deutsche Bank am Vorabend des Ersten Weltkrieges in den Aufsichtsräten von 186 Unternehmen vertreten.

Die deutsche Statistik unterschied nicht zwischen Industrie und Handwerk. In beiden Bereichen fand ein Konzentrationsprozess statt. Doch noch im Jahre 1907 arbeiteten mehr als 90% der Betriebe in Industrie und Handwerk mit fünf oder weniger Mitarbeitern. Ein Drittel aller in Industrie und Handwerk Tätigen arbeitete in solchen Kleinbetrieben.

Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten sank zwischen 1871 und 1914 von 50% auf 35%. Die absolute Zahl der Beschäftigten vergrößerte sich jedoch zwischen 1882 und 1907 von 8,2 Millionen auf fast 9,9 Millionen. Die agrarische Produktion ist zwischen 1873 und 1913 um 90% gestiegen. Diese Zunahme basierte auf der Verwendung von künstlichem Dünger, dem verstärkten Einsatz von Maschinen sowie auf Fortschritten in der Pflanzen- und Tierzucht.

2. Die Sozialstruktur

Das stürmische Wirtschaftswachstum war mit einem tief greifenden sozialen Wandel verbunden. Die Gesellschaft der Kaiserzeit war und blieb eine scharf abgestufte Klassengesellschaft, in der der Besitz das entscheidende Kriterium bildete. Soziale Position und Lebenschancen des Einzelnen hingen in erster Linie von seiner Klassenzugehörigkeit ab. Die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs über die Klassengrenzen hinweg waren eng begrenzt.

An der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide stand der Adel. Er hatte die meisten Führungspositionen in Regierung, Verwaltung, Diplomatie und Militär inne. So waren im Jahre 1911 in Preußen von den 12 Oberpräsidenten (den obersten Verwaltungsbeamten der Provinzen) 11 adlig, von den 36 Regierungspräsidenten 23 und von den 481 Landräten und Oberamtännern 268. Von den 548 Diplomaten, die zwischen 1871 und 1914 im Dienst des Kaiserreiches standen, waren 69% adlig. Im Jahre 1913 waren von den 25.000 aktiven Offizieren des Heeres bereits vier Fünftel Bürgerliche. Unter den 25 Kommandierenden Generalen (den Befehlshabern der Armeekorps) aber waren 22 Fürsten und Adlige und drei geadelte Bürgerliche.

Einer Statistik vom Jahre 1880 zufolge zählte der preußische Landadel ganze 85.000 Köpfe. Großgrundbesitz und Junkertum waren längst nicht mehr identisch. Bereits in den 1850er Jahren waren von den 12.339 preußischen Rittergütern nur noch 58% im Besitz von Adligen.

Ohne eine recht flexible Umstellung auf die sich verändernden Rahmenbedingungen hätten freilich der Adel und speziell die preußischen Junker ihre dominierende gesellschaftliche Position nicht behaupten können. Die Junker hatten sich zu agrarischen Unternehmern entwickelt, die ihre Betriebe nach kapitalistischen Rentabilitäts Gesichtspunkten bewirtschafteten. Freilich war ein großer Teil der Güter verschuldet.

Eine Sonderrolle innerhalb des Adels spielte der oberschlesische Hochadel, der sich auch in Bergbau und Industrie engagierte und auch politisch eine große Rolle spielte. Im Jahre 1913 waren unter den zehn reichsten Männern Preußens sechs oberschlesische „Industriemagnaten“. Der reichste von ihnen war Guido Fürst Henckel von Donnersmarck mit einem Vermögen von 254 Millionen Mark.

Am meisten haben von der Entfaltung des industriellen Kapitalismus die Unternehmer, Bankiers, Großkaufleute und Wirtschaftsmanager profitiert, die zusammen das Wirtschaftsbürgertum bildeten. Die Spitzengruppe dieser sozialen Schicht, das Großbürgertum, kam zu großem Reichtum und besaß vielfältige Kontakte zur adligen Machelite. Männer wie der „Kanonenkönig“ Friedrich Alfred Krupp und der Reeder Albert Ballin waren sogar mit Kaiser Wilhelm II. befreundet. Im Jahre 1913 war die Krupp-Erbin Bertha Krupp von Bohlen und Halbach mit einem Vermögen von 283 Millionen Mark die reichste Person des Kaiserreichs.

Zum Bildungsbürgertum gehörten Richter, Verwaltungsbeamte, Professoren, Gymnasiallehrer, Pfarrer, Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Journalisten, Ingenieure, Chemiker und Techniker. Diese Schicht geriet mehr und mehr in den Schatten des neureichen Wirtschaftsbürgertums. Ihre Einkommen stiegen zwar ebenfalls, nahmen sich aber im Vergleich zu denen des Wirtschaftsbürgertums bescheiden aus. Namentlich seit der Jahrhundertwende verbreiteten sich unter den Bildungsbürgern Statusängste und ein Krisenbewusstsein. Wirtschaftsbürgertum und Bildungsbürgertum zusammen zählten einschließlich der Familienangehörigen um 1910 3,6 bis 3,8 Millionen Personen (rund 6% der Bevölkerung).

Die Mittelschichten, auch als Kleinbürgertum bezeichnet, umfassten den „alten“ Mittelstand (Handwerker und Kleinhändler) und den „neuen“ Mittelstand (die Angestellten). Das Handwerk wurde durch die Industrialisierung einem enormen Umstrukturierungsprozess unterworfen. Etliche traditionelle Branchen wie Schneider, Schuh-

macher, Weber und Färber wurden stark zurückgedrängt oder verschwanden gar völlig. Andere Branchen wie Fleischer und Bäcker hatten von der Urbanisierung große Vorteile. Die Industrialisierung erschloss auch in großem Umfang für Handwerker neue Betätigungsmöglichkeiten, so als Zulieferer für Industriebetriebe und als Reparaturhandwerker.

In der Wirtschaft, im Staatsapparat und in den Kommunen wuchs die Zahl der Angestellten stark an. Gab es zu Beginn der 1880er Jahre in diesen Bereichen etwa 500.000 Angestellte, so waren es 1907 fast 2 Millionen (7% der Erwerbstätigen). Die größte Gruppe bildeten die kaufmännischen Angestellten, die man damals zumeist „Handlungsgehilfen“ nannte. Ihre Zahl stieg zwischen 1895 und 1907 von 469.000 auf 835.000.

Innerhalb der Bauernschaft bestanden große soziale Unterschiede. Nicht nur die Großagrariere, sondern auch ein erheblicher Teil der Großbauern (20 – 100 Hektar) und Mittelbauern (5 – 20 Hektar) profitierte von der protektionistischen Agrarpolitik der Regierung. Die Zahl der Mittelbauern und Kleinbauern (2 – 5 Hektar) blieb zwischen 1895 und 1907 mit je rund einer Million etwa gleich. Es gab 4,4 Millionen Zwergeigentümer oder Parzellisten (1 – 2 Hektar), die größtenteils auf einen Nebenerwerb angewiesen waren.

Stark vergrößert hat sich die Zahl der Industriearbeiter. Sie betrug 1882 4,1 Millionen und stieg bis 1907 auf 8,6 Millionen. Die Reallöhne haben sich zwischen 1871 und 1914 verdoppelt. Gleichwohl blieben für die Masse der Industriearbeiter die Einkommen niedrig und die Lebensumstände kärglich. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit sank zwischen 1871 und 1914 von 12 Stunden auf 9^{1/2}.

1882 gab es in Industrie und Handwerk eine halbe Million Arbeiterinnen, 1907 1^{1/2} Millionen. Grundsätzlich erhielten Frauen bei gleicher Arbeit nur die Hälfte bis zwei Drittel der Männerlöhne.

In den Anfangsjahren des Kaiserreichs hatte die Zahl der Landarbeiter noch die der Industriearbeiter übertroffen. Bis 1914 blieb die Gesamtzahl der Landarbeiter (Tagelöhner, Kontrakt- und Deputatarbeiter, Knechte, Mägde, Gesindeleute) mit rund 6 Millionen etwa gleich. Die Landarbeiter hatten neben den Beschäftigten der Heimindustrie (1882: 476 000) die längste Arbeitszeit, die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Lebensbedingungen. Ein Streikrecht besaßen sie nicht, und selbst ihre persönliche Bewegungsfreiheit war stark eingeschränkt. Noch immer waren die Gesindeverordnungen in Kraft, die den Dienstherrn ein „Züchtigungsrecht“ einräumten.

Gleichfalls am Ende der sozialen Skala stand das häusliche Dienstpersonal. 1882 gab es 1,325 Millionen Diensthilfen, 1907 nur noch 1,265 Millionen.

Das Kaiserreich war kein homogener Nationalstaat, seine politische Elite verstand es aber als einen solchen. Es gab im Osten die große nationale Minderheit der Polen (1905 3,3 Millionen), des Weiteren sieben kleinere Minderheiten: im Osten Masuren (1905 248.000), Kaschuben (1905 72.000) und Litauer (1905 101.000), im Norden Dänen, im Westen Wallonen, in der Lausitz Sorben; ein Teil der Bevölkerung Elsass-Lothringens war französischsprachig (1910 146.000). Die ganze Zeit von 1871 bis 1918 über haben es die Regierenden lediglich vermocht, die Masuren und Kaschuben zu integrieren. Gegenüber den Polen und Dänen aber betrieben die preußischen Staatsorgane eine sterile Unterdrückungspolitik, die sie nach der Jahrhundertwende noch verschärften.

3. Alltag und Lebensweise

Zwischen 1871 und 1914 wuchs die Bevölkerung des Kaiserreichs von 40,1 Millionen auf 67,8. Bis in die 90er Jahre hinein konnte die deutsche Wirtschaft der wachsenden Bevölkerung keine ausreichenden Erwerbsmöglichkeiten bieten. Zwischen 1866 und 1893

sind deshalb 2,9 Millionen Deutsche ausgewandert, größtenteils nach den USA. Mit Beginn der Hochkonjunktur der 90er Jahre brach die Auswanderungswelle ab, und die Binnenwanderung von den agrarischen Ostprovinzen vor allem nach dem Ruhrgebiet und nach Berlin verstärkte sich. 1907 wohnten nur noch 48% der in Deutschland geborenen Menschen an ihrem Geburtsort. Im Zuge der Binnenwanderung kamen auch viele Polen sowie Masuren und Kaschuben ins Ruhrgebiet. Ihre Zahl stieg zwischen 1900 und 1910 von 143.000 auf 304.000.

1871 wohnten 63,9% der Bevölkerung in Dörfern und Kleinstädten mit weniger als 20.000 Einwohnern und lediglich 4,8% in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern. 1910 hingegen lebten nur noch 40% der Bevölkerung in Dörfern und Kleinstädten, aber bereits 21,3% in Großstädten.

Die wachsende Mobilität der Bevölkerung löste eine Steigerung der Verkehrsleistungen aus. Beförderten die Eisenbahnen 1903 958 Millionen Personen, so waren es 1913 bereits 1,8 Milliarden. Diese Ausweitung des Eisenbahnpersonenverkehrs erklärt sich zu einem großen Teil daraus, dass zahlreiche Beschäftigte als Pendler in die Ballungsgebiete zu ihren Arbeitsstätten fuhren.

Die raschen Fortschritte in Wissenschaft und Technik waren für den Einzelnen im Alltag besonders im Verkehrs- und Nachrichtenwesen sichtbar. So stieg in Deutschland zwischen 1897 und 1913 die Zahl der Telefonanschlüsse von 174.000 auf 1.387.300. 1902 wurde in Berlin die erste U-Bahn-Strecke in Betrieb genommen. 1910 beförderten die Straßenbahnen bereits 2,3 Milliarden Fahrgäste. 1907 erfasste die Reichsstatistik erstmalig die Kraftfahrzeuge. Es waren vorhanden: 1.211 Lastkraftwagen, 10.115 Personenkraftwagen und 15.700 Motorräder.

Ab 1910 flogen Passagierluftschiffe, die bis 1914 37.250 Fluggäste beförderten. Allerdings erlaubten es die hohen Flugpreise nur wenigen Begüterten, dieses Verkehrsmittel zu benutzen. Allein ein

Rundflug über Berlin kostete 200 Mark. 1912 wurde erstmalig Post mit Flugzeugen befördert.

Die stürmische Entwicklung der Industrie schuf die materiellen Voraussetzungen dafür, neue Konsumartikel zu erzeugen, und die wachsende Aufgeschlossenheit großstädtischer Bevölkerungskreise für solche Güter ermöglichte deren Absatz. So bewirkte die Herstellung von Lebensmittelkonserven aller Art in den Städten eine deutliche Veränderung der Ernährungsgewohnheiten. Viele der technischen Neuerungen – beispielsweise Zentralheizungssysteme, aber auch Telefon, Staubsauger usw. – waren wegen ihrer hohen Preise nur für die besitzenden Schichten erschwinglich. Dagegen gewannen Fahrrad und Nähmaschine für Arbeiterfamilien große Bedeutung.

Noch 1910 befanden sich z. B. in Berlin 48 % aller Wohnungen in Mietskasernen, die in den Hinterhöfen der eigentlichen Mietshäuser standen und keine Fenster zur Straße hin hatten. Diese Mietskasernen erhielten kaum Sonnenlicht und frische Luft. Eine Befragung von Berliner Schulkindern ergab 1903, dass 70 % von ihnen keine Vorstellung davon besaßen, was ein Sonnenaufgang ist. 87 % wussten nicht, wie eine Birke aussieht. Noch 1916 hatte im I. Berliner Schulkreis nur jedes dritte Schulkind ein eigenes Bett.

Die Bewohner der Mietskasernen wurden durch Lärm und Staub belästigt, den die in den Hinterhöfen befindlichen Kleinbetriebe (Tischlereien, Schlossereien, Wäschereien u. ä.) verursachten. Die Wohnungen waren zumeist nur 20 bis 45 Quadratmeter groß und enorm überbelegt. 1905 bestanden in Groß-Berlin 40 % aller Wohnungen nur aus einem beheizbaren Zimmer, und auf ein Grundstück entfielen im Durchschnitt 77 Bewohner (in Hamburg 39, in Bremen 8). 1910 hatten in Berlin nur 47 % und in Köln nur 44 % sämtlicher Wohnungen eine eigene Toilette mit Wasserspülung. Viele Arbeiterfamilien waren gezwungen, so genannte Schlafgänger, ledige junge Arbeiter und Arbeiterinnen, aufzunehmen.

Die männlichen Arbeiter verbrachten, wenn sie die Arbeitshetze und die halb-militärische Disziplin der Fabrik hinter sich hatten, ihre Freizeit überwiegend nicht in ihren überfüllten Wohnungen, sondern häufig in der Gaststätte (Arbeiterkneipe). Dort suchten die Arbeiter Entspannung, Austausch mit ihresgleichen, auch die politische Diskussion. Viele Kneipen waren Gewerkschafts- und Parteilokale. Der Organisationsgrad der Arbeiter war in den Großstädten hoch. Ende 1906 gehörten in Groß-Berlin 45,1% der Arbeiter den freien Gewerkschaften an, 16,4% der SPD.

Die Zusammenballung großer Menschenmassen in den Großstädten zwang die staatlichen und kommunalen Behörden, eine Reihe von sozialhygienischen Maßnahmen zu ergreifen. Insbesondere wurden Trinkwasserversorgung, Kanalisation und Müllbeseitigung verbessert. Die Zahl der Krankenhausbetten stieg zwischen 1896 und 1910 von 224.454 auf 407.576.

In der medizinischen Forschung besaß Deutschland in der Welt weithin eine führende Rolle. Nach der Entwicklung entsprechender Heilmittel und Sera gelang es Typhus, Cholera, Pest, Diphtherie und weitere gefährliche Infektionskrankheiten, nicht aber die Tuberkulose, einzudämmen. Die Säuglingssterblichkeit betrug 1901 20,7%. Sie konnte bis 1912 auf 14,7% verringert werden, lag damit jedoch noch immer relativ hoch (zum Vergleich: 1912 betrug sie zwar in Österreich 18,1 und in Ungarn 18,6%, in England hingegen lediglich 9,5%, in Norwegen 6,8%). Im Berliner Arbeiterviertel Wedding war die Säuglingssterblichkeit vor 1914 achtmal so hoch wie in Tiergarten, einem Wohnviertel der gut Situierten.

Die Fortschritte auf dem Gebiet der Hygiene und der Medizin bewirkten eine deutliche Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung. Hatte sie in Deutschland 1871 bei Männern 35,6 und bei Frauen 38,5 Jahre betragen, so stieg sie bis 1910 auf 44,8 beziehungsweise 48,3 Jahre.

In den Großstädten entstand eine „Freizeitindustrie“, die sich in erster Linie auf die Arbeiter und die Mittelschichten als Verbraucher einstellte (Gaststätten, Sportveranstaltungen, schließlich das Kino). In Berlin gab es 1906 pro 129 Einwohner eine Gaststätte. Bei der Freizeitgestaltung der städtischen Arbeiter und Kleinbürger und ihrer Familien spielten Sonntagsausflüge „ins Grüne“, Wandern, Sport sowie der Schrebergarten eine wachsende Rolle.

Die vorherrschende bürgerliche Wohnkultur ist in starkem Maße durch den Maler Hans Makart (1840 – 1884) geprägt worden. Die Wohnungen des Bürgertums waren regelrecht überladen mit Möbeln, Gobelins, Bildern und Nippes. Die Einrichtungsgegenstände stellten zumeist ein Sammelsurium aller nur möglichen Stile dar, deren Imitationen oft pauschal als „Deutsche Renaissance“ bezeichnet wurden. Unter den Bildern überwogen einige wenige Reproduktionen, so die düstere „Toteninsel“ von Arnold Böcklin und das „Lichtgebet“ von Hugo Höppener (Fidus). Auch das Kleinbürgertum und die besser gestellten Arbeiter orientierten sich an der bürgerlichen Wohnkultur.

Der fortschreitende Urbanisierungsprozess führte zu einer weiteren Verschärfung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Besonders krass waren die Unterschiede im Volksschulwesen. So wurden im Jahre 1906 in Preußen für einen Volksschüler in der Stadt jährlich durchschnittlich 62 Mark aufgewendet, für einen Volksschüler auf dem Lande hingegen nur 27 Mark. Auf dem Lande waren 1884 noch die Hälfte, 1911 noch ein knappes Drittel der Schulen ein-klassige Zwergschulen. Die Masse der Landbevölkerung besaß auch noch am Vorabend des Ersten Weltkrieges einen niedrigen Bildungsstand, folgte konservativen politischen Auffassungen und hielt an überkommenen Verhältnissen fest. Die meisten der großstädtischen Reichstagswahlkreise waren stark sozialdemokratisch orientiert. Für das Gros der ländlichen Wahlkreise galt hingegen die Regel, dass bei den Wahlen in den protestantischen Gebieten östlich der Elbe die Deutschkonservative Partei dominierte, in den katho-

lischen Gebieten das Zentrum und in den polnisch besiedelten Gebieten Vertreter des polnischen Adels.

Die rasche und unaufhaltsame Wandlung der materiellen Lebensverhältnisse stand in starkem Widerspruch zu dem starren gesellschaftlichen Gefüge des Kaiserreiches. Der Obrigkeitsstaat bevormundete besonders in Preußen und anderen norddeutschen Bundesstaaten die Bürger in oft kleinlicher Weise. Die Masse des Bürgertums und große Teile der Mittelschichten hatten sich die autoritären Wertvorstellungen von Adel und Offizierskorps weitgehend zu Eigen gemacht. Die strikte militärische Disziplin wurde auch für die Schule und sogar für die Familie als Vorbild angesehen.

Zur Jahrhundertwende war die „Produktionsfamilie“, die drei Generationen sowie familienfremde Arbeitskräfte umfasste, nur noch in der Landwirtschaft vorherrschend. Im Handwerk war sie bereits stark reduziert. In den Städten hatte sich die Kleinfamilie – Eltern und Kinder – längst durchgesetzt. Für die bürgerliche Ehe galt es noch als selbstverständlich, dass der Mann gewissermaßen der häusliche Vorgesetzte war und die Frau sich einzig um Kinder, Küche und Kirche zu kümmern hatte.

Die berufliche Karriere der mittleren und höheren Beamten, der Offiziere sowie der Gymnasial- und Hochschullehrer, Geistlichen, Staatsanwälte und Richter setzte neben unbedingter Loyalität gegenüber dem Staat und neben fachlicher Qualifikation auch ein „standesgemäßes“ Verhalten voraus. Die öffentliche und private Lebensführung dieser Beamten unterlag ungeschriebenen Gesetzen, deren Einhaltung für sie eine Existenzfrage war. So hatten sie eine Reihe kostspieliger Repräsentationsverpflichtungen. Besaßen sie kein Vermögen, dann konnten sie diese Verpflichtung nur erfüllen, wenn bei den täglichen Ausgaben, vor allem beim Essen, rigoros gespart wurde.

Gerade in solchen Familien mit angespannter Finanzlage wurden die Dienstmädchen oft besonders rücksichtslos ausgenutzt. Sie

erhielten für einen Arbeitstag von zwölf und mehr Stunden nur einige Groschen Lohn. Meistens mussten die Dienstmädchen in einer Abstellkammer oder gar auf dem Fussboden in der Küche schlafen.

Das durchschnittliche Heiratsalter betrug 1910 in Deutschland bei Männern 27,44 und bei Frauen 24,7 Jahre. Arbeiter heirateten im Durchschnitt mehrere Jahre früher als die übrige Bevölkerung. Zumal bei ungelerten verheirateten Arbeitern reichte der Lohn des Mannes nicht aus, um die Existenz der Familie zu sichern. 1907 waren in Deutschland bereits 9,8 Millionen Frauen berufstätig, von denen 30 % verheiratet waren (bei den Industriearbeiterinnen waren es 21,3 %). Die verheirateten Arbeiterinnen waren durch Beruf, Hausarbeit und Versorgung der Kinder einer aufreibenden Doppelbelastung ausgesetzt.

In den Großbetrieben und im Staatsapparat wuchs der Verwaltungsaufwand rasch an. Nachrichten- und Versicherungswesen nahmen einen schnellen Aufschwung. In den Büros setzten sich seit der Jahrhundertwende Telefon und Schreibmaschine rasch durch, und damit entstanden für Frauen neue Arbeitsmöglichkeiten als Sekretärinnen, Telefonistinnen und Stenotypistinnen. In wachsender Zahl traten Mädchen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Herkunft – oft gegen den Wunsch ihrer Eltern – ins Berufsleben ein.

4. Bildung, Wissenschaften und Philosophie

Im Schulwesen der Kaiserzeit bestand eine schroffe Trennung zwischen Volksschule und höherer Schule. Die Situation der Volksschule verbesserte sich insbesondere in den Städten allmählich. So waren in Preußen 1881 erst 35 % der Stadtschulen sechs- und mehrklassig, 1911 hingegen 68 %. Waren 1875/76 2,37 % der eingezogenen Rekruten Analphabeten, so waren es 1894/95 nur noch 0,22 %.

Nach dem Willen der Regierenden sollte die Volksschule nicht nur ein Grundwissen vermitteln, sondern die Schüler auch zu Frömmigkeit und zu konservativer, monarchischer und nationaler Gesinnung erziehen, obendrein der Sozialdemokratie entgegenwirken. Insofern war die Volksschule eine „Schule der Untertanen“ (Folkert Meyer). Nur 4 bis 5 % der schulpflichtigen Kinder besuchten eine höhere Schule.

Das Gymnasium mit seiner starken Betonung der alten Sprachen Griechisch und Latein büßte seit den 1880er Jahren seine Monopolstellung als Schleuse zum Universitätsstudium ein. Neben ihm gewannen das Realgymnasium (mit Latein, aber ohne Griechisch) und die Oberrealschule (ohne Latein, mit starker Betonung der Mathematik und der naturwissenschaftlichen Fächer) an Boden. Stellten die Gymnasien im Jahre 1900 noch 82 % der Abiturienten, so waren es 1914 nur noch 60%.

Die Zahl der Universitäten stieg bis 1914 auf 22, die der Technischen Hochschulen auf 11. Die deutschen Universitäten und Hochschulen standen im In- und Ausland in hohem Ansehen. Zwischen 1870 und 1914 wuchs die Zahl der Studierenden gewaltig: von 14.000 auf 60.000, die Technischen Hochschulen und anderen Hochschulen eingerechnet sogar auf 80.000. 1914 studierten etwa 4.000 Frauen (die sich in Preußen erst seit 1908 offiziell immatrikulieren lassen konnten). Wissenschaftliche Forschung wurde in der Kaiserzeit fast ausschließlich an den Universitäten und Hochschulen betrieben.

Zur Zeit der Reichsgründung war die deutsche Geschichtswissenschaft „eine Art Führungswissenschaft“.⁵ Diese dominierende Rolle ging ihr in den folgenden Jahrzehnten allmählich verloren. Fast alle Historiker bejahten und idealisierten den preußisch-deutschen Machtstaat und hielten an Leopold von Ranke's Primat der Außen-

⁵ Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 – 1918, 1. Bd.: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 633.

politik fest. Sie konzentrierten sich auf das Individuelle in der Geschichte, blendeten die Strukturen weitgehend aus.

Weltweites Ansehen besaß der Althistoriker Theodor Mommsen. Er hat die wichtigsten seiner Werke nach 1871 veröffentlicht: 1871 – 1888 das dreibändige „Römische Staatsrecht“, 1899 das „Römische Strafrecht“. Mommsen war auch ein hervorragender Wissenschaftsorganisator und leitete jahrzehntelang die Herausgabe des umfangreichen „Corpus Inscriptionum Latinarum“. Gleichzeitig war er ein engagierter liberaler Politiker.

Die größte Breitenwirkung erlangte Heinrich von Treitschke, seit 1874 Nachfolger Rankes auf dessen Lehrstuhl an der Berliner Universität. In seinem Hauptwerk, der 1879 bis 1894 erschienenen „Deutschen Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert“, verherrlichte Treitschke in einer suggestiven, bilderreichen Sprache den preußischen Militarismus und schürte Hass gegen den „Erbfeind“ Frankreich, im fünften Band auch bereits gegen den weltpolitischen Rivalen Großbritannien.

Seit den 90er Jahren bewirkten verschiedene Anstöße, so Anregungen aus der Soziologie, dass die einseitige Fixierung der Historiker auf die Geschichte des Staates allmählich zurücktrat. Die wichtigste Herausforderung innerhalb der Geschichtswissenschaft kam von dem Leipziger Historiker Karl Lamprecht, der seit 1891 eine zwölfbändige „Deutsche Geschichte“ vorlegte.

Lamprecht unternahm den Versuch, von der Kultur- und Universalgeschichte her zu einer verallgemeinernden Methode zu gelangen. Dabei bezog er auch die Wirtschafts- und Sozialgeschichte ein und leitete aus ihr psychologisch begründete „Gesetzmäßigkeiten“ des Geschichtsverlaufs ab. Das löste bei der Historikerkunft ganz zu Unrecht den Verdacht aus, er sei Materialist. Der „Methodenstreit“ um Lamprecht wurde von dessen Gegnern mit erbitterter Schärfe geführt. Lamprecht blieb fortan innerhalb der deutschen Geschichtsschreibung verfemt und isoliert. International hingegen

gelangte er mit seinem 1909 gegründeten Institut für Kultur- und Universalgeschichte zu hohem Ansehen.

Friedrich Meinecke war 1896 – 1935 Herausgeber der führenden „Historischen Zeitschrift“ und seit 1901 Professor in Straßburg. Er hatte in den 1890er Jahren zu den Kritikern Lamprechts gezählt. Im Jahre 1908 schrieb er jedoch im Vorwort zum 100. Band der „Historischen Zeitschrift“, Lamprecht habe letztlich gegen die Beschränktheit und den Ideenmangel der Historiker gekämpft, die zu einseitigen Spezialisten geworden seien. In seinem Werk „Weltbürgertum und Nationalstaat“ (1907) beschrieb er harmonisierend die Entwicklung des deutschen Nationalstaatsgedankens als eine Synthese von „Weimar“ und „Potsdam“, Kosmopolitismus und Preußentum.

Gänzlich außerhalb der akademischen Historikerkunft stand der sozialdemokratische Publizist und Historiker Franz Mehring, der 1898 eine vierbändige „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ und 1918 eine Marx-Biographie veröffentlichte.

Weitaus stärker als die Geschichtswissenschaft haben die Wirtschaftswissenschaft (die man damals „Nationalökonomie“ nannte) und die Soziologie auf den sozialen Wandel reagiert. Von Nationalökonomie und Soziologie gingen wichtige methodische Impulse auf die Geschichtswissenschaft aus, die freilich erst mit großer zeitlicher Verzögerung wirksam wurden.

Die deutsche Nationalökonomie wurde jahrzehntelang von der so genannten jüngeren historischen Schule beherrscht, deren Oberhaupt Gustav (von) Schmoller war. Schmoller war 1890 bis 1917 Vorsitzender des 1872 gegründeten Vereins für Socialpolitik. Unter dessen Mitgliedern (im Jahre 1897: 484) waren neben Nationalökonomien auch Juristen, hohe Beamte und einige Unternehmer. Sie forderten von der Regierung soziale Reformen, weshalb sie von ihren Gegnern „Kathedersozialisten“ genannt wurden.

Nach dem Erscheinen des 3. Bandes des „Kapitals“ von Karl Marx (1894) griffen einige jüngere Nationalökonomien (so Ferdinand Tönnies, Werner Sombart und Max Weber) die Marx'sche Analyse des Kapitalismus auf und suchten ihre Methodik auf die Untersuchung der aktuellen sozialen Entwicklung anzuwenden. Es begann die Entwicklung der Soziologie als eigenständige Wissenschaftsdisziplin.

Zur dominierenden Gestalt unter den deutschen Soziologen und zu einem der Begründer der modernen Soziologie überhaupt wurde Max Weber. Weber begann als Jurist, Wirtschaftshistoriker und empirischer Sozialforscher und entwickelte sich zum Wissenschaftstheoretiker und Universalgelehrten. Er nahm neben Anregungen von Karl Marx auch solche von Friedrich Nietzsche auf.

In seiner berühmten Studie „Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus“ (1904/05) beleuchtete er die Rolle, welche die Prädestinationslehre des Genfer Reformators Johannes Calvin bei der Entstehung des Kapitalismus spielte. Fortan analysierte er die Wechselwirkung von Wirtschaft, Religion, Recht, Politik, Kunst und Wissenschaft. Mit den „Idealtypen“ schuf er sich ein Instrument, um die historische Wirklichkeit begrifflich gliedern zu können.

Weber legte dar, dass der Geist der Rationalisierung den Kapitalismus als überlegene Gesellschaft hervorgebracht habe. Mit der Rationalisierung sah er die Entwicklung einer allmächtigen Bürokratie verbunden, welche tendenziell den Freiheitsraum und die Kreativität der Individuen gefährde.

Schließlich entwickelte Weber eine Herrschaftssoziologie, worin er drei reine Typen „legitimer“ Herrschaft (die in der Realität zumeist vermischt auftraten) unterschied: „legale“, „traditionale“ und „charismatische“ Herrschaft. Als reinsten Typus der legalen Herrschaft sah er die bürokratische Herrschaft an.

Weber war auch politisch engagiert. Er bejahte die imperialistische „Weltpolitik“, forderte, die ökonomischen und politischen Privilegien der Junker zu beseitigen und war ein unnachsichtiger Kritiker Kaiser Wilhelms II.

Deutsche klassische Philologen, Historiker, Germanisten und Theologen führten eine große Anzahl bedeutender Quellenpublikationen und Werkausgaben erfolgreich weiter, so vor allem das „Corpus Inscriptionum Latinarum“, die „Monumenta Germaniae Historica“, die „Deutschen Reichsakten“ (des Mittelalters) sowie die historisch-kritischen Gesamtausgaben der Werke Johann Wolfgang von Goethes und Martin Luthers. 1912 wurde das 56-bändige Nachschlagewerk „Allgemeine Deutsche Biographie“, das unter Leitung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften erarbeitet worden war, abgeschlossen.

Die deutsche Philosophie steckte bereits vor der Reichsgründung in einer tiefen Krise. Die Philosophen taten sich schwer damit, auf die Veränderungen in fast allen Lebensbereichen zu reagieren. Die expandierenden Naturwissenschaften und die aufkommende Soziologie erhoben selbst den Anspruch, die Welt zu deuten.

Etwa zwischen 1865 und 1910 war der Neukantianismus in Deutschland die dominierende philosophische Richtung. Hauptanliegen der Neukantianer war die Rückbesinnung auf die Philosophie Immanuel Kants, insbesondere auf dessen kritische Erkenntnistheorie. Zu den Begründern des Neukantianismus gehörte Friedrich Albert Lange mit seiner „Geschichte des Materialismus“ (1866). Es entstanden die Marburger Schule des Neukantianismus mit Hermann Cohen, Paul Natorp, Ernst Cassirer, Karl Vorländer und anderen und die Heidelberger Schule (auch Südwestdeutsche oder Badische Schule genannt) mit Wilhelm Windelband, Heinrich Rickert und anderen. Die Neukantianer konzentrierten sich auf die Erkenntnistheorie und auf methodologische Fragen der Einzelwissenschaften. In der Gesellschaftslehre hielten sie an liberalen Positionen fest.

Der Geschichtsphilosoph Wilhelm Dilthey veröffentlichte 1882 eine „Einleitung in die Geisteswissenschaften“. Er ging davon aus, dass die Geisteswissenschaften im Unterschied zu den Naturwissenschaften die Zusammenhänge der geistigen (geschichtlichen) Welt nur durch Verstehen erfassen könnten. Mit seiner Verstehenslehre (Hermeneutik) wurde Dilthey zum Begründer der modernen Ideengeschichte und regte die Entwicklung der Mentalitätsgeschichte an.

Die deutschen Philosophen der Kaiserzeit waren in aller Regel Universitätsprofessoren. Friedrich Nietzsche hingegen war ein Philosoph ohne Amt, ein vorzeitig pensionierter ehemaliger Professor der klassischen Philologie. Er veröffentlichte in den 1870er Jahren seine „Unzeitgemäßen Betrachtungen“, in denen er das Epigonenhafte und Sterile am Historismus geißelte und sich mit den Auffassungen des Philosophen Arthur Schopenhauer und des Musikdramatikers Richard Wagner identifizierte. Die weit verbreitete Auffassung, 1870/71 habe auch die deutsche Kultur gesiegt, bezeichnete er als einen verderblichen Wahn, der zu einer künftigen „... Niederlage, ja Exstirpation des deutschen Geistes zugunsten des deutschen Reiches“⁶ führen könne.

In den Schriften seiner „Zarathustra-Periode“ (1882 – 1888) brach Nietzsche radikal mit dem Fortschrittsglauben seiner Zeitgenossen und bekannte sich zum Irrationalismus und Nihilismus, zur „Umwertung aller Werte“ und zum „Willen zur Macht“. Der „Sklavenmoral“ des Christentums und der „Herdentiermoral“ seiner Zeitgenossen stellte er die aristokratische Herrenmoral des „Übermenschen“ entgegen.

Alle Schriften Nietzsches besitzen eine brillante sprachliche Form. Über die Faszination, die von diesen Schriften für viele junge Intellektuelle ausging, hat Fritz Martini geschrieben: „Ein neues Bild des Heroischen und Tragischen, ein neues Wissen um die

⁶ Friedrich Nietzsche. Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden, München 1988, S. 159 f.

Abgründe der Seele und die Weite des Geistes war hier einer leidenschaftlich hingerissenen Jugend gewiesen.“⁷

Nietzsche verfiel 1889 in geistige Umnachtung. Seine Schwester Elisabeth Förster-Nietzsche gab fortan seinen Nachlass heraus, wobei sie seine Texte manipulierte und zum Teil bewusst verfälschte. Nietzsche war kein Nationalist und kein Antisemit, und er hat sich selbst einen „guten Europäer“ genannt. Seine Schwester und deren Kreis jedoch stilisierten ihn geradezu zu einem deutschen Präfaschisten.

Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatten in Deutschland die Naturwissenschaften ganz im Schatten der Geisteswissenschaften und der Philosophie gestanden. In der Kaiserzeit aber nahmen insbesondere Physik, Chemie, Biologie und Medizin eine geradezu rasante Entwicklung, machten die Naturwissenschaften bahnbrechende Entdeckungen. In den Augen vieler Zeitgenossen war nun der wissenschaftliche Fortschritt in erster Linie naturwissenschaftlicher Fortschritt.

1895 entdeckte Wilhelm Conrad Röntgen die nach ihm benannten elektromagnetischen Strahlen. Die Quantentheorie von Max Planck (1900) und die spezielle Relativitätstheorie von Albert Einstein (1905) revolutionierten das physikalische Weltbild und bildeten eine theoretische Voraussetzung für die spätere Atomphysik.

Der Chemiker Fritz Haber entdeckte 1908 ein Verfahren, aus Luftstickstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Katalysatoren Ammoniak herzustellen. Gemeinsam mit dem Chemiker Carl Bosch (einem Neffen des Großindustriellen Robert Bosch) überführte er es in die industrielle Großproduktion. 1916 wurde dann in Leuna die Produktion aufgenommen. Das Haber-Bosch-Verfahren ermöglichte es, ohne das zuvor unentbehrliche Chilesalpeter Sprengstoff zu produzieren.

⁷ Fritz Martini, Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 19., neu bearb. Aufl. Stuttgart 1991, S. 477.

Rudolf Virchow entwickelte die Zellulärpathologie. Robert Koch entdeckte in den 1880er Jahren die Erreger von Tuberkulose und Cholera. Der Serologe Paul Ehrlich entdeckte 1909 das Salvarsan, eine organische Arsenverbindung, mit der unter anderem die Syphilis behandelt werden konnte und wurde dadurch zum Begründer der modernen Chemotherapie.

Zum Vorkämpfer der von Charles Darwin entwickelten Evolutionstheorie, die mit dem Prinzip vom „Kampf ums Dasein“ den Entwicklungsgedanken in der Biologie durchsetzte und auch den Menschen in die Abstammungslehre einbezog, avancierte der Jenaer Zoologe Ernst Haeckel. Mit dem Monismus begründete er eine Weltanschauung, welche die Einheit von Natur und Gesellschaft betonte und alle Veränderungen ausschließlich aus dem Wirken natürlicher Kräfte erklärte.

Die großen Erfolge deutscher Naturwissenschaftler fanden unter anderem dadurch Anerkennung, dass zwischen 1901 und 1914 von den 42 Nobelpreisen für Physik, Chemie und Medizin 14 an deutsche Forscher vergeben wurden. Staatliche und private Forschungsförderung bildete eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung der Naturwissenschaften. Bereits 1887 wurde als außeruniversitäres Forschungszentrum die Physikalisch-Technische Reichsanstalt errichtet. Unter der Ägide Friedrich Althoffs, der von 1897 bis 1907 die Hochschulpolitik Preußens prägte, wurden die Naturwissenschaften bei der Zuteilung von Finanzmitteln und der Einrichtung neuer Lehrstühle überproportional berücksichtigt.

Industrielle und Bankiers stifteten 15 Millionen Mark und ermöglichten so im Jahre 1911 die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (der Vorläuferin der heutigen Max-Planck-Gesellschaft). An dieser Forschungseinrichtung wurden als erstes Institute für Chemie, Physikalische Chemie, Kohlenforschung, Eisenforschung und Arbeitsphysiologie eingerichtet. Es folgten Institute für Physiologie und Hirnforschung, Bio-

logie, Physik und Geschichte. In diesen Instituten wurde sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte Forschung zum Nutzen der Industrie betrieben. Die Institutsdirektoren und Mitarbeiter gehörten zur Elite der deutschen Naturwissenschaftler. So wurde Albert Einstein im Jahre 1914 zum Direktor des Instituts für Physik berufen.

Auch in Deutschland regten sich Bestrebungen, die Evolutionstheorie von Charles Darwin auf die menschliche Gesellschaft anzuwenden. Im Jahre 1869 forderte der britische Naturforscher Francis Galton, ein Vetter Darwins, die Vermehrung weniger wertvoller Menschen einzuschränken, die wertvoller Menschen hingegen zu fördern. Er wurde damit zum Begründer der Eugenik. In Deutschland verwendete man anstelle des Begriffs „Eugenik“ den Begriff „Rassenhygiene“. 1895 vertrat der politische Schriftsteller und Funktionär von Unternehmerverbänden Alexander Tille in seinem Buch „Von Darwin zu Nietzsche“ rassistische sozialdarwinistische Auffassungen. Die rassistische Eugenik-Bewegung blieb in der Kaiserzeit in einer Außenseiterrolle. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933 wurde die „Rassenhygiene“ Staatsdoktrin, und sie mündete schließlich in die barbarische „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ und in den Holocaust ein.

5. Offizielle Kultur und Avantgarde

Die Erwartung vieler Menschen, die Reichsgründung von 1871 werde der Kunst kräftige Impulse verleihen, hat sich drei Jahrzehnte lang nicht erfüllt. In Architektur und Malerei dominierte ein epigonhafter Historismus. Das Bauen war nach 1871 durch ein Nebeneinander so genannter Neostile gekennzeichnet. Kirchen und Rathäuser wurden zumeist im Stil der Neogotik gebaut, Gebäude der staatlichen Institutionen im Stil der „deutschen Renaissance“, Großbauten mit Kuppeln (wie das Reichsgericht in Leipzig und die Preussische Staatsbibliothek in Berlin) im Stil des Neobarock. Der letzte dieser Neostile war die Neoromantik, der Lieblingsstil Kaiser Wil-

helms II. Zu den bekanntesten neoromantischen Bauwerken gehören das Königsschloss in Posen und der Berliner Dom. Allen Neostilen war gemeinsam, dass ihre Bauwerke im Rückgriff auf frühere Epochen der nationalen Kultur durch Monumentalität imponieren und Macht demonstrieren sollten. Die Folge war unter anderem, dass die Rathäuser oft zu groß ausfielen, dass beispielsweise beim Reichsgericht Kuppel und Halle eigentlich überflüssig waren, weil dieses Revisionsgericht nie großes Publikum hatte.

In der Malerei überwogen historisierende Monumentalgemälde. Maßgeblicher Vertreter dieses Genres war Anton von Werner, der geradezu den Rang eines Hof- und Staatsmalers einnahm („Kaiserproklamation in Versailles“, 1877). Zur konventionellen Hof-, Akademie- und Salonmalerei gehörten auch Karl (von) Piloty („Thusnelda im Triumphzug des Germanicus“, 1869 – 1873) und Franz (von) Lenbach, der allein 80 Bismarck-Porträts gemalt hat.

Große Realisten waren hingegen Adolph (von) Menzel und Wilhelm Leibl („Drei Frauen in der Kirche“, 1878 – 1882). Menzels „Eisenwalzwerk“ (1875) ist eins der ersten Werke, das die Industriearbeit und ihre Träger künstlerisch eindrucksvoll gestaltete.

Kaiser Wilhelm II. war emsig bemüht, die bildenden Künstler auf eine simple Verherrlichung des Hohenzollernhauses und seiner eigenen Person festzulegen. Er förderte deshalb unbedeutende Künstler, deren Namen heute kaum noch jemand kennt, so den Maler Hermann Knackfuß. Dagegen lehnte er die Werke von Max Liebermann, dem bedeutendsten deutschen Impressionisten, schroff ab. Der reaktionäre Dilettantismus, den Wilhelm II. auf kulturpolitischem Gebiet entfaltete, zeigte nur eine begrenzte Wirkung.

Seit dem Ende der 1890er Jahre traten in Deutschland in Architektur und bildender Kunst avantgardistische Künstler auf den Plan. Sie griffen Anregungen der europäischen Moderne auf, insbesondere der französischen Impressionisten und der britischen „Arts- and Crafts“-Bewegung.

In der Architektur begann man sich von den eklektischen Stilimitationen eines überladenen Historismus abzuwenden und ging zu einer klareren Flächengestaltung, zu Sachlichkeit und Funktionalität über.

In der bildenden Kunst äußerte sich der Bruch mit dem pompösen Historismus und der Apologetik des Wilhelminismus im Jugendstil (nach der seit 1896 in München erscheinenden Zeitschrift „Jugend“ so genannt). Es war ein linien- und ornamentbetonter Stil, der an englische Vorbilder, aber auch an die Kunst des japanischen Holzschnitts anknüpfte. In England hieß er „Modern Style“, in Frankreich „art nouveau“, in Österreich „Sezessionsstil“. Der Jugendstil entdeckte den ästhetischen Wert neuer Materialien – Stahl, Beton, Glas, Keramik. Er betonte die Einheit von Malerei, Architektur, Kunstgewerbe und Buchgestaltung und ihre wechselseitige Durchdringung mit einem stilbildenden Willen.

Zu den führenden Malern und Zeichnern des Jugendstils zählten Peter Behrens und die beiden Mitarbeiter der satirischen Zeitschrift „Simplicissimus“ Thomas Theodor Heine und Bruno Paul. Vom Jugendstil beeinflusst waren auch Maler wie Heinrich Vogeler (Worpswede) und der Schweizer Franz Hodler, der ausdrucksstarke Monumentalgemälde schuf (so den „Auszug der Jenaer Studenten 1813“, 1908/09). Die Vertreter des Jugendstils strebten danach, alle Lebensbereiche künstlerisch zu durchdringen. Sie wandten sich deshalb unter anderem auch der Innenarchitektur und der Mode zu.

Beim Jugendstil überschritten sich fruchtbare Ansätze mit Tendenzen formalistischer Übertreibung sowie mit deutschtümelnd-romantisierenden Einflüssen, die zum Beispiel bei Fidus (d. i. Hugo Höppener) rassistische Züge trugen. Fidus stellte auf seinen weit verbreiteten Bildern vor allem nackte „nordische“ Menschen mit heroischem oder entrücktem Gesichtsausdruck dar.

Der Jugendstil als avantgardistische Kunstströmung wurde durch bedeutende, ja geniale Persönlichkeiten repräsentiert, so durch

Peter Behrens und den Belgier Henry van de Velde. Van de Velde leitete seit 1901 die Kunstgewerbeschule in Weimar, Behrens leitete seit 1903 die Kunstgewerbeschule in Düsseldorf und wurde 1907 Chefdesigner der AEG. Van de Velde, Behrens und ihre Weggefährten widmeten sich der künstlerischen Gestaltung von Fabriken, Gemeinschaftsbauten und Industriegütern (Möbel, Haushaltsgegenstände, Textilien). Für sie war der Jugendstil nicht nur eine Kunstrichtung, sondern auch eine Reformbewegung. Sie wollten nicht nur die Kunst, sondern auch die Gesellschaft reformieren.

1907 gründeten van de Velde, der Architekt Hermann Muthesius und der liberale Politiker Friedrich Naumann den Deutschen Werkbund.

Der Werkbund hatte zunächst hundert Mitglieder – Künstler, Industrielle, Kunsthandwerker, Literaten. Bis 1914 stieg die Zahl auf knapp 2.000. Die Aktivisten des Werkbundes strebten in ihrem Schaffen nach Sachlichkeit und Funktionalität. Kunst und industrielle Welt sollten miteinander versöhnt werden. Zeitgemäße, klare schöne Formen wurden angestrebt. So einig man sich im künstlerischen Anliegen war, so weit gingen die weltanschaulichen und politischen Ansichten der Mitglieder auseinander. Zu den Mitbegründern des Werkbundes gehörte auch Paul Schultze-Naumburg, der Exponent einer völkischen Richtung der Architektur.

Der Werkbund hatte großen Anteil daran, dass die deutsche Architektur und das deutsche Design in den Jahren vor Kriegsbeginn nicht nur den Anschluss an die internationale Entwicklung fanden, sondern sogar führende Positionen einnahmen. Und vom Werkbund gingen starke Impulse auf das Bauhaus aus.

Henry van de Velde hat später im Rückblick geschrieben: „In keinem anderen Land Europas war in die Vorherrschaft der offiziellen Kunst eine derartig große Bresche geschlagen worden wie in Deutschland. ... Maria und ich schätzten an der Berliner Gesellschaft vor allem den Enthusiasmus, welcher der Kunst und Kultur

der außerdeutschen Länder entgegengebracht wurde. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wehte in Berlin ein Wind, der den Nebel vertrieb, der in den westlichen Ländern über einer beschränkten, dünnkelhaften und veralteten Kultur lag.“⁸

Im letzten Jahrzehnt vor dem Kriegsausbruch trat eine Richtung rebellischer junger Künstler hervor – die Expressionisten. In Dresden entstand die Gruppe „Die Brücke“ (Ernst Ludwig Kirchner, Erich Heckel, Karl Schmidt-Rottluff), in München die Gruppe „Blauer Reiter“ (Wassili Kandinsky und Franz Marc). Die Expressionisten knüpften insbesondere an Edvard Munch und Vincent van Gogh an. Ihre Bilder waren nicht „schön“ und harmonisch, sondern aggressiv, grell und schockierend. Sie waren „im Aufstand gegen eine als verkrustet erlebte Welt eine moralische Kriegserklärung.“⁹

Die alles überragende Erscheinung im Musikleben der Kaiserzeit war Richard Wagner. Er war „... das musikalische Ereignis, die bewegende und polarisierende Gestalt der Musik, ja der Kunst der Epoche.“¹⁰ Wagner hat nicht nur komponiert, sondern auch die Textbücher aller seiner Opern selbst geschrieben. Er strebte ein musikalisch-dramatisches Gesamtkunstwerk an, in dem sich wie in der antiken Tragödie Künstler und Volk wieder zusammenfinden sollten. Seine Musik war „... in einem bis dahin unerhörtem Maße Musik der Ambivalenz. Leid und Lust, Süße und Not, die neuen dissonanten und übergängigen Akkorde, die Mischklänge, die Motivtransformationen, ja die Verdrängung der Tonart durch Motive und Akkorde: Das ermöglichte es, komplexe Emotionen auszudrücken.“¹¹

Auch Wagner huldigte dem Germanenkult. Sein Festspielhaus in Bayreuth war als „... nationale Weihstätte gedacht, in der die Besucher zu ihrer Deutschheit zurückfinden sollten, die in den großen

8 Zit. nach: Dieter und Ruth Glatzer, Berliner Leben 1900 – 1914. Eine historische Reportage aus Erinnerungen und Berichten, Bd. 1, Berlin 1986, S. 26.

9 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 – 1918, 1. Bd., S. 712.

10 Ebenda, S. 748 f.

11 Ebenda, S. 749.

Mythengestalten der deutschen Vorzeit verkörpert war.“¹² Die Wirkung Wagners reichte weit in die Literatur und Philosophie hinein.

Künstlerischer Antipode Wagners war in den Jahren der Reichsgründung Johannes Brahms, der in seinem Musikschaffen bestrebt war, die klassische Wiener Tradition zu bewahren und schöpferisch weiterzuführen.

Das Musikschaffen seit den 1890er Jahren – das mit dem österreichischen noch vielfältig verbunden war – wurde durch eine schöpferische Auseinandersetzung mit dem reichen Erbe, insbesondere mit dem musikdramatischen Werk Richard Wagners, geprägt. Gleichzeitig stand es in Wechselwirkung mit anderen Kunstgattungen, vor allem der Literatur. Die dominierende Gestalt im deutschen Musikleben war jetzt Richard Strauß. Sein umfangreiches und vielschichtiges Werk war durch kühne Harmonik und effektvolle Instrumentierung gekennzeichnet. Die sinfonischen Dichtungen („Ein Heldenleben“, „Sinfonia domestica“, „Eine Alpensinfonie“) knüpften an den Orchesterstil von Hector Berlioz und Franz Liszt an. Die Opern „Salome“ und „Elektra“ begründeten den Weltruf des Komponisten. Mit der Oper „Der Rosenkavalier“ (1911) vollzog Strauß eine Rückwendung zu Wolfgang Amadeus Mozart und schuf ein volkstümliches Werk voller schwelgerischer Melodik. Die Libretti für „Elektra“ und den „Rosenkavalier“ stammten von Hugo von Hofmannsthal.

Das Schaffen des Österreicher Gustav Mahler vollzog sich jenseits der zeitgenössischen Modeströmungen. Mahler verband in seinen neun Sinfonien das Streben nach Volkstümlichkeit und Verständlichkeit mit kühnen polyphonen Klangarchitekturen. Wie Strauß war er zugleich ein hervorragender Dirigent. Der hochproduktive Max Reger schuf Orchester- und Chorwerke mit grandiosen, mitunter auch recht komplizierten und überladenen Klangstrukturen.

¹² Wolfgang J. Mommsen, *Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890*, Berlin 1993, S. 736.

Am ausgereiftesten waren seine großen Variationswerke über Themen von Johann Adam Hiller, Mozart, Ludwig van Beethoven und Georg Philipp Telemann. Der Österreicher Arnold Schönberg stand in der ersten Periode seines Schaffens in der Tradition von Wagner und Johannes Brahms. Seit 1908 wandte er sich dann auf der Suche nach neuen Gestaltungsmitteln der freien Atonalität zu. Mit „Frau Luna“ (1899) kreierte Paul Lincke die so genannte Berliner Operette. Seine populäre Unterhaltungsmusik wurde sehr bald von der „Vergnügungsindustrie“ kommerzialisiert. Nur einer der namhaften Komponisten der späten Kaiserzeit, Hans Pfitzner, trat mit betont nationalistischen Äußerungen hervor.

In den ersten Jahrzehnten nach der Reichsgründung schrieben Theodor Fontane, Wilhelm Raabe und Theodor Storm ihre wichtigsten Werke. Alle drei Autoren hielten in ihren Romanen und Novellen an einem humanistischen Menschenbild fest und übten verhaltene Gesellschaftskritik. Den um sich greifenden Nationalismus lehnten sie ab, und der Typ des bourgeoisen Emporkömmlings der Gründerzeit war ihnen tief zuwider.

Beim zeitgenössischen Lesepublikum freilich fanden Autoren wie Felix Dahn („Ein Kampf um Rom“) mit seinem Germanenkult und Gustav Freytag („Die Ahnen“) mit seiner geschönten Erfolgsgeschichte des deutschen Bürgertums weitaus mehr Resonanz als die drei alten Meister des poetischen Realismus. Das Bedürfnis bürgerlicher Leserschichten nach einer harmonisierenden Weltansicht traf Paul Heyse mit seinem lyrischen und erzählenden Werk, für das er den Nobelpreis erhielt.

Fontane war auch ein exzellenter Theaterkritiker, und er hat die neue literarische Bewegung des Naturalismus, die Ende der 1880er Jahre aufkam und von einer in Berlin und München ansässigen Gruppe junger Literaten getragen wurde, mit Sympathie begleitet. Die Naturalisten orientierten sich insbesondere am Schaffen von Emile Zola und Henrik Ibsen. Sie versuchten, mittels naturwissenschaftlicher Kategorien wie Milieu und Vererbung die Schatten-

seiten der industriekapitalistischen Entwicklung auszuleuchten. Der Alltag der „kleinen Leute“, der „Proleten“, Dienstmädchen und Handwerker wurde nun literaturfähig.

Gerhart Hauptmann war die stärkste dichterische Kraft des deutschen Naturalismus. Seine sozialkritischen Dramen „Vor Sonnenaufgang“ (1889) und „Die Weber“ (1892) wurden von der Hofgesellschaft, anfangs sogar vom bürgerlichen Theaterpublikum wegen ihrer krassen Schilderung des Elends der Armen mit Entrüstung aufgenommen. Gleichwohl stieg Hauptmann im Gefolge seiner Orientierung auf märchenhafte und mythologische Stoffe allmählich zu dem gefeierten „Dichturfürsten“ seiner Zeit auf und erhielt 1912 den Nobelpreis für Literatur.

Um die Jahrhundertwende verlor die naturalistische Bewegung ihren Einfluss. Es traten neue, teils nur kurzlebige literarische Richtungen hervor: Impressionismus, Jugendstil, Neuklassik, Neuroromantik, Symbolismus. Bei vielen Autoren der neuen Richtungen spielten Einflüsse Nietzsches und der französischen Symbolisten (Paul Verlaine, Charles Baudelaire, Jean Nicolas Arthur Rimbaud, Stéphane Mallarmé) eine große Rolle. Dichter wie Richard Dehmel, Hugo von Hofmannsthal, Stefan George und Rainer Maria Rilke wandten sich von der sozialen Thematik ab und setzten auf Innerlichkeit. Am deutlichsten artikulierte Stefan George weltabgewandten Ästhetizismus und dekadente Untergangsstimmungen („fin de siècle“).

Weitaus mehr Breitenwirkung als die antinaturalistischen Lyriker fand die volkstümelnde und überwiegend rechtsorientierte „Heimatliteratur“. Für Autoren wie Gustav Frenssen war Heimat nur derjenige Raum, der noch nicht von der industriellen Entwicklung berührt war, also vor allem Heide, Küstenlandschaft und Bergwelt. Die „Heimatschriftsteller“ verteufelten die großstädtische Zivilisation und betrieben einen Kult des bäuerlichen Lebens.

Thomas Mann gelangte bereits mit seinem ersten Roman „Die Buddenbrooks“ (1901) zu Weltruhm. Der Verfall einer Lübecker

Kaufmannsfamilie erscheint in diesem Werk als Gleichnis für den Niedergang des ehrbaren Bürgertums aus vorindustrieller Zeit, das dem „Zeitgeist“ nicht mehr gewachsen ist. Thomas Manns Kritik am Kaiserreich (so in „Königliche Hoheit“, 1909) war ironisch-distanziert und widerspruchsvoll. Die Kritik seines Bruders Heinrich hingegen war engagiert, ja aggressiv und grundsätzlicher.

Der satirische Gesellschaftsroman „Der Untertan“ (1911 bis 1914 entstanden) bezeichnete den Höhepunkt in Heinrich Manns Auseinandersetzung mit der wilhelminischen Ära. Der Schriftsteller hatte den negativen Romanhelden Diederich Heßling als typischen Bourgeois des Kaiserreiches gezeichnet: chauvinistisch, aggressiv und zugleich spießig eingestellt, servil nach „oben“, brutal nach „unten“. Heßling trägt auch unverwechselbare Züge Wilhelms II. Der Roman konnte in Deutschland erst während der Novemberrevolution in Buchform erscheinen.

Bereits 1891 war Frank Wedekinds Drama „Frühlingserwachen. Eine Kindertragödie“ entstanden. Das Stück wurde 1899 veröffentlicht, aber von der Zensur verboten. 1906 führte Max Reinhardt es zum ersten Male auf. Wedekind geißelte in „Frühlingserwachen“ die Tabuisierung und Unterdrückung der Sexualität durch die Gesellschaft der Kaiserzeit.

Wie in der Malerei, so meldeten sich in den letzten Jahren vor 1914 auch in der Literatur junge Expressionisten zu Wort. Lyriker wie Georg Heym, Georg Trakl und Ernst Stadler artikulierten ihre Vorahnung großer Katastrophen, welche der Menschheit bevorstünden. Im Jahre 1910 kreuzte der Halleysche Komet die Erdbahn, was viele Menschen und insbesondere die Massenpresse zu apokalyptischen Visionen anregte. Der Dichter Jakob van Hoddis (der eigentlich Hans Davidsohn hieß) hat sich in seinem Gedicht „Weltende“ mit grimmigem Humor über die grassierende Massenhysterie lustig gemacht und doch gleichzeitig die düsteren Prognosen bestätigt:

„Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut,
In allen Lüften hallt es wie Geschrei.
Dachdecker stürzen ab und gehn entzwei
Und an den Küsten – liest man – steigt die Flut.

Der Sturm ist da, die wilden Meere hupfen
An Land, um dicke Dämme zu zerdrücken.
Die meisten Menschen haben einen Schnupfen.
Die Eisenbahnen fallen von den Brücken.“

Die Vorahnungen des Jakob von Hoddis haben sich für ihn selbst in schrecklicher Weise erfüllt: er wurde 1942 in einem deutschen Konzentrationslager ermordet.

6. Religion und Kirchen

Im Jahre 1910 gehörten 61,6% der Bevölkerung des Kaiserreichs den evangelischen Landeskirchen und 36,7% der römisch-katholischen Kirche an. 615.000 Menschen (0,95% der Bevölkerung) bekannten sich zur israelitischen (mosaischen) Religion. Trotz der fortschreitenden Säkularisierung bildeten beide große Kirchen durch Gottesdienst, Seelsorge, Religionsunterricht und Schulaufsicht sowie mittels der von ihnen beeinflussten Organisatoren noch immer wesentliche Integrations- und Stabilisierungsfaktoren des Kaiserreiches. Die Theologen beider Konfessionen standen mit wenigen Ausnahmen fest auf dem Boden des monarchischen Obrigkeitsstaates. Unter Berufung auf die Missionstätigkeit befürworteten die meisten von ihnen auch die deutsche „Weltpolitik“ und Kolonialpolitik.

Insbesondere in den Großstädten spielte die Religion im Leben der Menschen eine immer geringere Rolle. Der Gottesdienstbesuch ging zurück (bei den Protestanten stärker als bei den Katholiken). Er lag seit den 1880er Jahren im Durchschnitt nicht über 20%. In Sachsen betrug er vor 1914 auf dem Lande 20 – 40%, in den

Industriegemeinden 2,5 – 8% und in den typischen Arbeitervororten 1%. Die wachsende Entfremdung eines großen Teils der Bevölkerung von den Kirchen wurde dadurch verdeckt, dass noch immer fast alle Menschen bei Taufe, Eheschließung und Begräbnis die Kirche in Anspruch nahmen.

Als streitbarer und einflussreicher Kritiker der christlichen Religion und insbesondere der kirchlichen Autoritäten betätigte sich der namhafte Jenaer Naturforscher Ernst Haeckel. Mit seinem Buch „Die Welträtsel“ (1899), dessen Volksausgabe bereits 1903 eine Auflage von 170.000 Exemplaren hatte, warb er für ein an den Naturwissenschaften orientiertes Weltbild und eine natürliche Lebensführung.

Das vielberufene Bündnis von „Thron und Altar“ war traditionell in Preußen, wo der König als Summus Episcopus gleichzeitig Oberhaupt der evangelischen Kirche war, besonders eng. Unter den protestantischen Theologen Preußens kam es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen einer orthodox-konservativen und einer liberalen Richtung. Dabei besaß die konservative Richtung, die „Positive Union“ oder auch „Hofpredigerpartei“ genannt wurde, ein starkes Übergewicht.

Der berühmteste und international am meisten angesehene deutsche protestantische Theologe der späten Kaiserzeit, Adolf (von) Harnack, gehörte der liberalen Richtung an. Als Kirchenhistoriker strebte er danach, wissenschaftliche Erkenntnis und Religion miteinander zu vereinigen („Geschichte der altchristlichen Literatur“, 3 Bände, 1893 – 1904; „Das Wesen des Christentums“, 1900). Harnack war auch ein befähigter Wissenschaftsorganisator und erwarb sich als Generaldirektor der Staatsbibliothek in Berlin (seit 1905) große Verdienste. Im Umgang mit Wilhelm II. war er nicht frei von byzantinistischen Tendenzen. Als Vorsitzender des Evangelisch-sozialen Kongresses (1903 – 1911) prägte er weitgehend dessen Tätigkeit. Gleich einigen anderen liberalen Theologen setzte er sich dafür ein, die Lage der Arbeiter durch soziale und politische

Reformen zu verbessern und so zur Integrierung der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft beizutragen.

Ein kleiner Kreis evangelischer Theologen wirkte aktiv in der Friedensbewegung (vor allem der Stuttgarter Pfarrer Otto Umfrid, der von 1900 bis 1917 stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft war, und der Marburger Universitätsprofessor und langjährige Herausgeber der Zeitschrift „Die Christliche Welt“, Martin Rade). Etwa hundert Geistliche schlossen sich der Deutschen Friedensgesellschaft an. Vereinzelt suchten Theologen bereits ein positives Verhältnis zur Sozialdemokratie herzustellen und vertraten religiös-sozialistische Auffassungen (so Christoph Blumhardt, Bad Boll).

Im protestantisch geprägten Kaiserreich der Hohenzollern wurden die Katholiken in verschiedenerlei Hinsicht benachteiligt, so bei der Besetzung von Führungsfunktionen. In den Jahren 1888 bis 1914 haben 90 Personen das Amt des Reichskanzlers und die Ämter von Reichsstaatssekretären und preußischen Ministern bekleidet. Nur sieben von ihnen waren Katholiken.

Seit dem Vatikanischen Konzil von 1869/70 wurde die Entwicklung der katholischen Theologie wieder strikt von Rom aus gelenkt. 1879 wurde durch die Enzyklika „Aeterna patris“ der Neothomismus faktisch zur offiziellen Philosophie der katholischen Kirche erklärt. Die neothomistischen Philosophen beriefen sich auf Thomas von Aquino und suchten unter anderem das Schöpfungsdogma gegen die Darwin'sche Evolutionslehre und gegen neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum Werden des Menschen zu retten. Sie vertraten eine konservative Gesellschaftslehre und propagierten eine ständische Gliederung der Gesellschaft.

Auch in Deutschland traten seit den 90er Jahren einige reformkatholische (modernistische) Theologen hervor. Insbesondere Franz Xaver Kraus und Hermann Schell kritisierten die rückwärts gewandten Züge des Neothomismus. Seit 1903 gab Karl Muth die

einflussreiche Zeitschrift „Hochland“ heraus, in der sich reformkatholische mit nationalistischen Tendenzen verflochten. Innerhalb des deutschen politischen Katholizismus kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen zwischen einer pragmatischen und einer fundamentalistischen (integralistischen) Richtung („Zentrumsstreit“ und „Gewerkschaftsstreit“). 1910 wies Papst Pius X. sämtliche katholischen Theologen an, sich durch den so genannten Antimodernisteneid von der reformkatholischen Richtung zu distanzieren.

Obwohl die „Integralisten“ von der römischen Kurie protegert wurden, gewannen sie nicht die Oberhand. Im deutschen politischen Katholizismus setzte sich vielmehr ein Kurs durch, der auf eine Abschwächung der konfessionellen Gegensätze, aber auch auf die Unterstützung der imperialistischen „Weltpolitik“ gerichtet war.

Die große Mehrzahl der Deutschen jüdischer Herkunft bekannte sich zu einem liberalen Reformjudentum. Mitgliederstärkste Organisation der deutschen Juden war der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (1913 36.000 Mitglieder). Er bekämpfte den Antisemitismus und trat für die juristische und soziale Gleichberechtigung der jüdischen Bürger ein.

7. Reformbewegungen

Um 1900 entstand im Kaiserreich eine Vielfalt von Reformbewegungen, so eine Jugend-, eine Frauen-, eine ökologische, eine Lebensreform- und eine Schulreformbewegung. Hauptsächlicher Träger dieser Bewegungen war eine junge Generation von Gebildeten, welche die Widersprüchlichkeiten der Moderne stärker als die vorangegangene Generation empfand. Die diversen Reformbewegungen waren „merkwürdig ambivalent, weil nicht vorwärts- oder rückwärts gewandt, sondern beides zugleich“.¹³

13 Hans-Peter Ullmann, Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918, Frankfurt am Main 1995, S. 202.

Auch in Teilen der bürgerlichen Jugend wuchs der Protest gegen die autoritären Tendenzen in Schule und Familie sowie gegen das hohle nationalistische Pathos und die veräußerlichte Religiosität der „staatserhaltenden“ Kreise. Vor allem unter Gymnasiasten formierte sich seit 1896 die Wandervogelbewegung, welche die Jugend zu einem neuen Gemeinschaftsgeist hinführen wollte. Sie strebte aus den Großstädten hinaus und begeisterte sich auf Wanderungen am Erlebnis der heimatlichen Natur. Dabei wurde das Volkslied, das bereits fast völlig vergessen war, eifrig gepflegt.

Die Wandervögel grenzten sich auch in Kleidung und Lebensführung bewusst von der Erwachsenengeneration ab. So trugen sie kurze Hosen und Schillerkragen, mieden Alkohol und Nikotin. Die meisten der Wandervogelbünde nahmen auch Mädchen als Mitglieder auf. Bis 1913 wuchs die Wandervogelbewegung auf etwa 25.000 Mitglieder an. Die Wandervögel verstanden sich durchweg als eine unpolitische Gemeinschaft. Tatsächlich war jedoch am Vorabend des Ersten Weltkrieges innerhalb der Wandervogelbünde eine politische Polarisierung im Gange, traten einerseits fortschrittliche Reformer wie der Pädagoge Gustav Wyneken, andererseits völkische Ideologen wie Hans Blüher hervor.

Am 11. und 12. Oktober 1913 schlossen sich dann während des „Ersten Freideutschen Jugendtages“ auf dem Hohen Meißner bei Kassel dreizehn bürgerliche Jugendorganisationen zur Freideutschen Jugend zusammen. Nur zwei der Wandervogelbünde – der Jung-Wandervogel sowie der Österreichische Wandervogel – traten der neuen Dachorganisation bei. Das Treffen auf dem Hohen Meißner war bewusst als eine Demonstration gegen die nationalistischen Feiern angelegt worden, welche studentische Korporationen anlässlich des 100. Jahrestages der Völkerschlacht in Leipzig veranstalteten. Wyneken hielt eine der Festreden. Er trat kriegstreiberischen Äußerungen scharf entgegen und rief: „Wenn ich die leuchtenden Täler unseres Vaterlandes hier zu unseren Füßen ausgebreitet sehe, so kann ich nicht anders als wünschen: Möge nie der Tag erscheinen, wo des Krieges Horden sie durchtoben. Und möge auch nie der

Tag erscheinen, wo wir gezwungen sind, den Krieg in die Täler eines fremden Volkes zu tragen.“¹⁴ Die 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens auf dem Hohen Meißner stimmten feierlich der so genannten „Meißner-Formel“ zu. Ihre Kernpassage lautete: „Die Freideutsche Jugend will ihr Leben nach eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, in innerer Wahrhaftigkeit gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein.“¹⁵

1894 entstand als Dachorganisation unterschiedlicher bürgerlicher Frauenvereine der Bund deutscher Frauenvereine. Diese Organisation zählte 1901 70.000 Mitglieder, 1914 500.000. Sie setzte sich für die juristische Gleichberechtigung von Frau und Mann ein und forderte für die Frauen vor allem das Wahlrecht, die Zulassung zum Studium und das Recht zur organisierten politischen Betätigung (bis 1908 verboten die Vereinsgesetze der meisten Bundesstaaten den Frauen sogar die Teilnahme an politischen Veranstaltungen).

Neben der bürgerlichen Frauenbewegung gab es auch eine sozialdemokratische. Die SPD war die einzige Partei der Kaiserzeit, die in ihrem Programm das Frauenwahlrecht forderte (seit 1891). Seit 1908 ermöglichte das Reichsvereinsgesetz den Frauen die Mitgliedschaft in politischen Parteien, und so traten bis 1914 175.000 Frauen in die SPD ein.

1904 entstand der Bund für Heimatschutz. Im Gründungsaufwurf hieß es: „Die Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges haben nicht so gründlich in Stadt und Land mit dem Erbe der Vergangenheit aufgeräumt wie die Übergriffe des modernen Lebens mit seiner rücksichtslos einseitigen Verfolgung praktischer Zwecke.“¹⁶ Und auf dem Hohen Meißner sagte der Philosoph Ludwig Klages über den Fortschritt: „Unter den Vorwänden von ‚Nutzen‘, ‚wirt-

14 Winfried Mogge/Jürgen Reulecke, Hoher Meißner 1913. Der Erste Freideutsche Jugendtag in Dokumenten, Deutungen und Bildern, Köln 1988, S. 294.

15 Ebenda, S. 272 f.

16 Ebenda, S. 179.

schaftlicher Entwicklung‘, ‚Kultur‘ geht er in Wahrheit auf Vernichtung des Lebens aus. Er trifft es in allen seinen Erscheinungsformen, rodet Wälder, streicht die Tiergeschlechter, löscht die primitiven Völker aus, überklebt und verunstaltet mit dem Firnis des Industrialismus die Landschaft und entwürdigt, was er von Lebewesen noch überlässt, gleich dem ‚Schlachtvieh‘ zur bloßen Ware, zum vogelfreien Objekt ‚rationeller‘ Ausbeutung. In seinem Dienste aber steht die gesamte Technik und in deren Dienste wieder die weitaus größte Domäne der Wissenschaft.“¹⁷

Derlei Kritik an der Industrialisierung hatte deutlich einen rückwärts gewandten Zug. Und doch wies solch konservative Kritik eben auch auf zerstörerische Auswirkungen der Industrialisierung hin. Hier waren Ansätze eines Problembewusstseins spürbar, die später zeitweilig von einer Wachstumseuphorie überlagert worden sind.

8. Nationalismus – Antisemitismus – Militarismus

In den Jahrzehnten nach 1871 griff im Kaiserreich ein diffuses explosives Ideengut um sich, dessen Kernbestandteile Nationalismus, Antisemitismus und Militarismus waren. Bis in die 1870er Jahre hinein war der Liberalismus Träger des Nationalismus gewesen. Der Nationalismus der Liberalen war nicht nur auf die nationale Einigung, sondern auch auf Partizipation, somit auf Fortschritt gerichtet. Die Mehrheit der Konservativen war bis in die Jahre der Reichsgründung hinein nicht nationalistisch eingestellt gewesen. Auch Bismarck war kein Nationalist, bediente sich jedoch des Nationalismus zu seinen politischen Zwecken. Seit der konservativen Wende Ende der 1870er Jahre kam es dann zu einer ‚konservativen Inbesitznahme der ‚Nation‘ ‘ (Dieter Langewiesche). Symptomatisch dafür war, dass die Konservative Partei in Preußen sich seit 1876 „Deutschkonservative Partei“ nannte. Der Nationalismus

¹⁷ Ebenda, S. 180.

wurde nun staatskonform, entwickelte sich zum Reichsnationalismus.

Dieser radikale, mehr und mehr auch völkische Nationalismus begann sich seit den 1890er Jahren zu organisieren. Es entstand eine Anzahl nationalistischer Verbände (siehe dazu unten den Abschnitt IV./2.), deren radikalster und einflussreichster der Alldeutsche Verband war. Dieser 1891 gegründete Verband war im Unterschied zu einigen anderen „nationalen“ Verbänden keine Massenorganisation. Er zählte Ende 1891 10.000 Mitglieder und 1914 auch nur 18.000.

Unter den Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes überwogen Lehrer, Journalisten, Professoren, Freiberufler und Beamte (vor allem von Bahn und Post). Von den Aktivisten des Verbandes besaßen fast zwei Drittel eine akademische Bildung, und mehr als die Hälfte von ihnen war im öffentlichen Dienst tätig. Dem Verband gehörten beispielsweise die bekannten Historiker Dietrich Schäfer und Karl Lamprecht sowie der Naturforscher Ernst Haeckel an. Die Alldeutschen besaßen Verbindungen zur Schwerindustrie, waren jedoch nicht etwa bloße Handlanger der Schwerindustriellen, sondern eigenwillige, schwer lenkbare Partner. Da ein Großteil der Alldeutschen in Bildungswesen und Presse tätig war, erreichte ihre Propaganda breite Bevölkerungskreise.

Bei allen Divergenzen, die es innerhalb des Verbandes gab, besaß die alldeutsche Bewegung doch ein geschlossenes Weltbild. Als Maß aller Dinge galt das „Deutschtum“. Die Alldeutschen beriefen sich ständig auf das Volk – freilich, wie Thomas Nipperdey betont, nicht auf das reale Volk, sondern auf ein „fiktives Idealvolk der Zukunft, das ‘wahre’ Volk, als dessen Sprecher sie sich gerierten.“¹⁸

Die politischen Ziele der Alldeutschen waren ausschweifend: man erstrebte die Errichtung eines mitteleuropäischen Reiches unter

¹⁸ Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, 2. Bd.: *Machtstaat vor der Utopie*, München 1992, S. 604.

deutscher Vorherrschaft und ein großes Kolonialreich. Die exorbitanten Ziele der Alldeutschen wurzelten letztlich in tief greifenden Bedrohungsängsten. Die Alldeutschen meinten, das deutsche Volk sei von innen wie von außen her extrem gefährdet. Im Inneren sahen sie „Reichsfeinde“ am Werke – Sozialdemokraten und Juden, aber auch Katholiken und Linksliberale. Als äußere Feinde betrachteten sie insbesondere den „Erbfeind“ Frankreich, den weltpolitischen Rivalen Großbritannien und Russland, die Schutzmacht der Slawen. „Feinde ringsum: Das war von jeher unsere Lage. Und wir haben darunter gelitten wie kein anderes Volk. Feinde ringsum, das bleibt auch unsere Lage für alle Zukunft. Und das ist unser Glück“,¹⁹ schrieb der Verbandsvorsitzende Hasse im Jahre 1907.

Unter Hasses Nachfolger Heinrich Claß (seit 1908) drängte der Alldeutsche Verband immer offener zum Kriege, bekannte sich eindeutig zum Antisemitismus und kritisierte von rechts her die Politik der Reichsregierung.

Die Alldeutschen waren nicht etwa die einzigen Antisemiten, die es im Kaiserreich gab. In Deutschland existierte eine lange Tradition einer religiös motivierten Judenfeindschaft. In den 1870er Jahren kam dann eine rassistische „moderne“ Judenfeindschaft auf. Erst jetzt tauchte auch der Begriff „Antisemitismus“ auf. In früherer Zeit hatten Menschen jüdischer Herkunft, die zum Christentum übergetreten waren, fortan nicht mehr als Juden, sondern als Christen gegolten. In den Augen rassistischer Antisemiten aber blieb auch ein getaufter Jude ein Jude.

Während der Gründerkrise machten konservative Kreise „die“ Juden zu Sündenböcken und erklärten, das „jüdische Kapital“ habe all die schlimmen Auswirkungen der Krise verschuldet.

Seit dem Ende der 1870er Jahre trat in Deutschland mit dem Hofprediger Adolf Stoecker erstmalig ein erfolgreicher Demagoge

¹⁹ Ernst Hasse, Die Zukunft des deutschen Volkstums, München 1907, S. 126.

hervor, der den Antisemitismus zielbewusst zur Mobilisierung von Massen benutzte. Stoecker hoffte zunächst, er könne die Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie weg ins konservative Lager ziehen. Ihm strömten jedoch nicht die Arbeiter zu, sondern Handwerker und Kleinhändler. In den Kreisen des alten Mittelstands gab es einen latenten Antisemitismus. Stoecker merkte schnell, dass bei seinen Zuhörern Ausfälle gegen die Juden auf besonders große Resonanz stießen. Er steigerte sich nun in immer schrillere antisemitische Ausfälle hinein. Stoecker fand nicht nur beim alten Mittelstand, sondern auch bei den rechtsorientierten Vereinen Deutscher Studenten, die seit Beginn der 1880er Jahre entstanden, großen Anklang.

Mehr noch als Stoecker trug der einflussreiche Historiker Treitschke dazu bei, den Antisemitismus bei Teilen des Bildungsbürgertums hoffähig zu machen. 1879 prägte Treitschke den verhängnisvollen Satz: „Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf [...] ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück.“²⁰

Es gab in Deutschland seit dem Ende der 1870er Jahre mehrere antisemitische Parteien, die aber allesamt bis 1918 nicht über den Status von Splittergruppen hinauskamen. Viel schwerer wog, dass der Antisemitismus sich mehr und mehr in den konservativen Parteien, dem Bund der Landwirte und den „nationalen“ Verbänden ausbreitete. Die Deutschkonservative Partei, die im Reich und insbesondere in Preußen zu den wichtigsten parlamentarischen Stützen der Regierung zählte, erhob 1892 in ihrem „Tivoli-Programm“ den Antisemitismus zur Parteidoktrin und verpflichtete sich, „zum Kampf gegen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluss auf unser Volksleben.“²¹

Der weit verbreitete, oft nur unterschwellige Antisemitismus bewirkte, dass trotz aller formellen rechtlichen Gleichstellung Juden

20 Heinrich von Treitschke, *Deutsche Kämpfe*. Neue Folge. Schriften zur Tagespolitik, Leipzig 1896, S. 27.

21 Zit. nach: Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, 1. Bd.: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2000, S. 282.

vielfach zurückgesetzt wurden. Besonders krass trat das beim Offizierskorps zutage. Unter den aktiven Offizieren des preußischen Heeres gab es keinen einzigen Juden. Juden konnten zwar als Einjährig-Freiwillige dienen, Reserveoffizier wurden sie aber nicht. Die Ernennung zum Reserveoffizier erfolgte nämlich nicht automatisch, sondern nach einer Wahl durch die Offiziere des jeweiligen Regiments. Juden wurden aber in Preußen grundsätzlich nicht gewählt. Lediglich in Bayern gab es einige jüdische Reserveoffiziere.

1946, am Ende seines langen Lebens, hat der Historiker Friedrich Meinecke über die antisemitischen Vorurteile der Kaiserzeit geschrieben: „Aus der antisemitischen Gesinnung konnte sich fortan nun leicht eine antilibérale und antihumanitäre Gesinnung überhaupt entwickeln. Vorstufe also des Nationalsozialismus. In dem Zulauf, den der antisemitische Rektor Ahlwardt, ein Mensch von wildester Halbbildung, als ‚Rektor der Deutschen‘ in den 80er Jahren schon fand, kann man ein leises Vorspiel späterer Hitlererfolge sehen.“²²

Die Siege der Jahre 1864, 1866 und 1870/71 haben in ganz Deutschland das Prestige des Militärs und insbesondere seines Offizierskorps gewaltig gesteigert. Die Vorbehalte, die es insbesondere in Süddeutschland gegenüber dem preußischen Militarismus gegeben hatte, traten rasch zurück. Es kam zu einer immer stärkeren Militarisierung der Gesellschaft. Militärische Disziplin und militärische Präzision galten bald in fast allen Lebensbereichen als Vorbild.

Als entscheidendes Mittel, um auch im Bildungsbürgertum militärische Wertvorstellungen zu verbreiten, erwies sich die Institution der Einjährig-Freiwilligen: junge Männer, die an einer höheren Schule die Mittlere Reife geschafft hatten, brauchten nur ein Jahr (statt zwei Jahren) Militärdienst zu leisten und konnten dann nach Ab-

²² Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe, in: derselbe, Werke, Bd. VIII: Autobiographische Schriften. Hrsg. von Eberhard Kessel, Stuttgart 1969, S. 339.

solvierung einer Reserveübung zum Reserveoffizier ernannt werden (was im bürgerlichen Leben ihr Ansehen enorm steigerte). 1914 gab es bereits 120.000 Reserveoffiziere.

Großen Anteil an der Entwicklung einer inneren Kriegsbereitschaft hatten die Kriegervereine mit ihren Hunderttausenden von Mitgliedern. Bei den Veteranen der Kriege von 1864, 1866 und 1870/71, die in diesen Vereinen den Ton angaben, verklärte sich im Laufe der Zeit das Kriegserlebnis immer mehr. Ihnen erschien dieses Erlebnis nun als der heroische Höhepunkt ihres Lebens. Unter den jüngeren Vereinsmitgliedern, die im Frieden gedient hatten und jetzt im Verein den Erzählungen der Veteranen lauschten, wuchs die Ungeduld, sich gleichfalls im Kriege „bewähren“ zu können.

Auch außerhalb des Militärs breitete sich ein Kult des Krieges aus. Im Jahre 1885 behauptete der Philologe Paul de Lagarde über die deutsche Jugend: „Sie will Krieg für ein konkretes Ideal führen, sie will Wagnis, Wunden, Tod, will nicht das Einerlei wiederkäuen, das ihre Großväter bereits gekaut haben.“²³ In den folgenden Jahrzehnten traten immer mehr Militärs im Ruhestand sowie politisierende Gelehrte und Literaten mit kriegsverherrlichenden Äußerungen hervor. So verkündete der Literaturhistoriker Friedrich Gundolf, der dem elitären Kreis um den Lyriker Stefan George angehörte, im Jahre 1911: „Der allgemeine duldende Friede ist ein müdes greisenideal. Wo Jugend, wandlung, schöpfung möglich und nötig ist, da ist krieg nötig: der ist eine menschliche grundform, wie das wandern, die liebe, das beten und das dichten, er kann durch keine zivilisation überflüssig werden.“²⁴

1912 veröffentlichte Claß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, unter dem Pseudonym „Daniel Frymann“ das Buch „Wenn ich der Kaiser wär“. Darin propagierte er offen den Griff nach der

23 Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, 4. Aufl., Göttingen 1903, S. 381.

24 Zit. nach: Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. 9: Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Hans Kaufmann unter Mitwirkung von Silvia Schlenstedt, Berlin 1974, S. 316.

Weltherrschaft und forderte Ausnahmegesetze gegen Sozialdemokraten und Juden. Als das Allheilmittel gegen die Gefährdungen des „Deutschtums“ pries er den Krieg: „Heilig sei uns der Krieg, wie das läuternde Schicksal, denn er wird alles Große und Opferbereite, alles Selbstlose wecken in unserem Volke und seine Seele reinigen von den Schlacken der selbstischen Kleinheit.“²⁵ Die Alldeutsche Bewegung, so schrieb der Historiker Michael Freund später, stellte „die Mutterlauge dar, aus der die großen Narrheiten des Deutschen Reiches im 20. Jahrhundert erwachsen.“²⁶

25 Daniel Frymann [Heinrich Claß], Wenn ich der Kaiser wär! Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912, S. 182 f.

26 Michael Freund, Deutsche Geschichte. Fortgeführt von Thilo Vogelsang, München 1979, Sp. 828.

III. Die Ära Bismarck 1871 – 1890

1. „Kulturkampf“ und konservative Wende 1871 – 1878/79

In den Legislaturperioden 1871 – 1873 und 1874 – 1877 besaßen die liberalen Parteien im Reichstag die absolute Mehrheit. Stärkste Kraft innerhalb des Reichstages waren die Nationalliberalen, die bei den Wahlen von 1871 30,1 % der Stimmen und 125 Mandate erhalten hatten. Bismarck hielt an dem Zweckbündnis fest, das er 1867 mit den Liberalen geschlossen hatte. Die liberale Reichstagsmehrheit und das Reichskanzleramt arbeiteten eng zusammen und setzten die Währungseinheit und Rechtseinheit durch.

Divergenzen gab es bei der Festsetzung des Militäretats. Bismarck versuchte 1874 ein „Aeternat“, eine Festlegung der Friedenspräsenzstärke der Armee ohne zeitliche Begrenzung, durchzusetzen. Da der Militäretat etwa 80 % des Reichshaushaltes ausmachte, hätte eine solche Regelung die Budgetgewalt des Reichstags entwertet. Man einigte sich schließlich auf einen Kompromiss, die Festlegung auf sieben Jahre („Septennat“).

Die Nationalliberalen haben die von Ludwig Bamberger formulierte Parole „Durch Einheit zur Freiheit“ sehr wohl ernst genommen. Sie glaubten, das Reich und Preußen allmählich im liberalen Sinne ausgestalten zu können. Viele von ihnen waren in der Illusion befangen, ihr politischer Einfluss werde stetig weiter zunehmen, und eine Rückwendung Bismarcks zu einer konservativen Politik sei ausgeschlossen.

Es gab jedoch auch breite Bevölkerungskreise, welche die positive Einstellung der Nationalliberalen zum Kaiserreich und ihre optimistischen Erwartungen nicht teilten. Im Deutschen Bund bis 1866 hatte es eine katholische Bevölkerungsmehrheit gegeben. Im Kaiserreich hingegen waren die Katholiken in der Minderheit, und die protestantische Großmacht Preußen übte in dem neuen Staats-

gebilde die Hegemonie aus. Das erfüllte viele Katholiken mit Sorge. In den 1866 annektierten Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein standen viele Menschen dem Reich skeptisch gegenüber. Auch gab es die nationalen Minderheiten der Polen, Dänen und Franzosen (in Lothringen).

Es wäre die Aufgabe der Reichsregierung gewesen, auf eine „innere Reichsgründung“, einen nationalen Ausgleich der Gruppen und Minderheiten hinzuarbeiten. Bismarck tat aber etwas ganz anderes: er grenzte jeweils eine Minderheit aus und diffamierte ihre Angehörigen als „Reichsfeinde“, um im Kampf gegen sie eine Mehrheit um die Regierung scharen zu können.

Bereits Mitte 1871 eröffnete er einen Feldzug gegen die Zentrums-
partei. Die kleineren antipreußischen Gruppierungen im Reichstag (so die hannoverschen „Welfen“) hatten sich um das Zentrum geschart, und Bismarck sah in dieser Partei eine Gefahr für die Stabilisierung des Reiches. Er verbot den Pfarrern, sich von der Kanzel herab kritisch über Staatsangelegenheiten zu äußern. Es folgte ein Verbot des Jesuitenordens und weiterer Orden. Über 1.000 Gemeindepfarrer und sämtliche katholischen Bischöfe wurden abgesetzt, etliche ins Gefängnis geworfen. Die katholische Bevölkerung solidarisierte sich mit den verfolgten Geistlichen und mit der Zentrums-
partei. Hatte das Zentrum 1871 bei den Wahlen zum Reichstag 18,6% der Stimmen erhalten, so errang es 1874 27,9%. 1878 brach Bismarck den erfolglosen „Kulturkampf“ ab. Unterhalb der staatlichen Ebene (so in Wissenschaft und Kultur) wurde der „Kulturkampf“ freilich noch fortgesetzt. Die Verteufelung als angebliche „Reichsfeinde“ erzeugte bei vielen Katholiken ein Bedürfnis, ihre „nationale“ Gesinnung zu demonstrieren, das 1914 und sogar 1933 noch wirksam war.

Die Liberalen hatten den „Kulturkampf“ Bismarcks voller Eifer unterstützt. Eine maßgebliche Rolle im Kampf gegen das Zentrum spielte der preußische Kultusminister Adalbert Falk (1872-1879), ein nationalliberaler Jurist. Die Liberalen sahen im päpstlichen

„Syllabus errorum“ von 1864 (in dem der Liberalismus verurteilt wurde) und im päpstlichen Unfehlbarkeitsdogma von 1870 eine Herausforderung für den modernen Nationalstaat und dessen kulturelle Freiheit. Es war der bedeutende Mediziner und liberale Politiker Rudolf Virchow, der das Wort vom „Kulturkampf“ prägte.

Parallel zur Einstellung des „Kulturkampfes“ vollzog Bismarck seinen Bruch mit der Nationalliberalen Partei. Zwar hatten die nationalliberalen Politiker sich in der Zusammenarbeit mit Bismarck immer wieder nachgiebig gezeigt. Letztlich strebten sie aber doch einen wachsenden Einfluss auf die Regierung an, weshalb sie auch hartnäckig ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz forderten. Bismarck aber wollte von seiner persönlichen Macht und von den Positionen der alten adligen Elite und des Militärs kein Jota aufgeben. Seit der Reichstagswahl von 1878 war es möglich, eine neue Mehrheit zu bilden: aus den beiden konservativen Parteien, dem rechten Flügel der Nationalliberalen – und dem soeben noch heftig bekämpften Zentrum.

Im Gefolge des „Gründerkrachs“ von 1873 war es in Wirtschaft und Gesellschaft des Kaiserreichs zu tief greifenden Veränderungen gekommen. Die Schwerindustriellen und etwas später auch die Großagrарier verlangten Schutzzölle, die sie vor der ausländischen Konkurrenz abschirmen sollten. 1876 entstanden mit dem Centralverband deutscher Industrieller und der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zwei einflussreiche Interessenverbände der Schutzzöllner.

Bismarck griff deren Forderung auf. Zum einen wollte er durch die Schutzzölle die Einnahmen des Reiches steigern. Zum anderen – und das wog für ihn schwerer – betrieb er damit eine Politik der Systemstabilisierung²⁷: indem er sich eine zentrale Forderung der konservativen Großagrарier und der (den Konservativen oder dem

²⁷ Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 – 1918, Bd. 2: Machtstaat von der Demokratie, München 1992, S. 282.

rechten Flügel der Nationalliberalen nahe stehenden) Schwerindustriellen zu Eigen machte, zog er eine Grenzlinie gegenüber den politischen Bestrebungen der Linksliberalen und des linken Flügels der Nationalliberalen.

Im Oktober 1878 ging eine „Volkswirtschaftliche Vereinigung des Reichstags“ mit einer Erklärung zugunsten der Schutzzölle an die Öffentlichkeit, die von 204 Abgeordneten der konservativen Parteien, des Zentrums und des rechten Flügels der Nationalliberalen Partei unterschrieben war. Im Juli 1879 nahm die neue Mehrheit die Zollvorlage der Regierung, durch die Schutzzölle eingeführt wurden, an. Im gleichen Jahr setzte in Preußen ein stockkonservatives Regiment ein, zu dessen Symbolfigur Robert von Puttkamer (seit 1879 Kultusminister, seit 1881 Innenminister) wurde.

2. Außenpolitik 1871 – 1878

Die Reichsgründung von 1871 hatte die Machtbalance in Europa gesprengt, und der neue große Staat mit seiner mächtigen Armee hatte eine Position erlangt, die von den heutigen Historikern zumeist als „halbhegemonial“ bezeichnet wird. Schon wenige Jahre nach der Reichseinigung fiel dem Publizisten Karl Hillebrand unangenehm auf, dass etliche Deutsche im Ausland ein überhebliches „Sedan-Lächeln“ zur Schau trugen.²⁸

In den Hauptstädten des alten Kontinents sah man beklommen auf Berlin. Plante Bismarck, der bereits drei siegreiche Kriege geführt hatte, womöglich schon den Vierten? Als der junge Historiker Dietrich Schäfer im Jahr 1877 die schwedische Ostseeinsel Gotland besuchte, fragte ihn ein Dorfpfarrer: „Mit wem wird Bismarck jetzt Krieg anfangen?“²⁹ Entgegen solchen Befürchtungen betrieb Bismarck eine Friedenspolitik, die auf die Erhaltung des Status quo gerichtet war – freilich nicht von Anfang an, sondern erst seit 1875.

²⁸ Bernhard Fürst von Bülow. Denkwürdigkeiten, Bd. 4, Berlin 1931, S. 345.

²⁹ Dietrich Schäfer, Deutsche Geschichte, 10. Auflage, Bd. 2, Jena 1932, S. 418.

Eine außenpolitische Dauerbelastung ergab sich aus der Annexion von Elsass und Ostlothringen. Die führenden französischen Politiker jeglicher Couleur waren auf die Idee der Revanche eingeschworen. In den 70er Jahren fanden in Frankreich heftige Auseinandersetzungen zwischen Monarchisten und Republikanern statt, bei denen die Republikaner 1879 endgültig die Oberhand gewannen. Bismarck unterstützte die Republikaner, weil er meinte, dass der russische Zarismus sich nicht mit einem republikanischen Frankreich verbünden werde. Seine Außenpolitik galt dem Ziel, Frankreich zu isolieren und gute Beziehungen zu Russland, Großbritannien und Österreich-Ungarn zu wahren.

Im März 1875 verabschiedete die französische Nationalversammlung ein so genanntes Kader-Gesetz. Es sah vor, in den Infanterieregimentern die Zahl der Bataillone von drei auf vier zu erhöhen. Auf diese Weise wurde die Zahl der Offiziersstellen erhöht, während die Mannschaftsstärke gleich blieb. Die deutschen Militärs haben die praktischen Auswirkungen des Kader-Gesetzes zunächst überschätzt und wohl auch bewusst übertrieben.

In der Zeitung „Die Post“, dem Organ der Freikonservativen Partei, erschien nun am 8. April 1875 ein Leitartikel mit der Überschrift „Ist der Krieg in Sicht?“³⁰ Ohne Zweifel war der Artikel zuvor von Bismarck gebilligt worden. Es hieß darin: die im März beschlossene Umstrukturierung der französischen Armee sei für einen „baldigen Krieg“ geplant. In den folgenden Wochen drohten dann Generalstabschef Helmuth von Moltke sowie Mitarbeiter Bismarcks gegenüber ausländischen Diplomaten mit einem Präventivkrieg gegen Frankreich.

Bismarck wollte keineswegs einen Krieg. Sein Ziel war, Frankreich zur Zurücknahme seiner Rüstungsmaßnahmen zu zwingen und ihm eine diplomatische Niederlage zu bereiten. Doch seine Rechnung ging nicht auf. Die Regierenden in London und in St. Petersburg

³⁰ Der Artikel ist abgedruckt in: Freiherr von Lucius von Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen, Stuttgart 1920, S. 531 - 534.

waren beunruhigt und protestierten in Berlin gegen die friedensgefährdende Politik Bismarcks. Der Kanzler gab nach und verzichtete auf die Forderung an Frankreich, das Kader-Gesetz zurückzunehmen. Das Eingreifen Russlands und Großbritanniens hatte gezeigt: es war für das deutsche Kaiserreich eine Existenzfrage, künftig eine vorsichtige und defensive Außenpolitik zu betreiben.

Ereignisse auf dem Balkan haben es dann Bismarck ermöglicht, bald wieder aus der selbstverschuldeten Isolierung herauszukommen. Im Sommer 1875 kam es in Bosnien zu einem Aufstand gegen die türkische Herrschaft. Die Orientalische Krise mündete schließlich im April 1877 in den Russisch-Türkischen Krieg ein. Für die Balkanvölker war dies ein nationaler Befreiungskrieg. Gleichzeitig war es ein Griff des Zarismus nach Konstantinopel (Istanbul), das die panslawistischen Kreise „Zarigrad“ nannten. Das rief Russlands Rivalen England und Österreich-Ungarn auf den Plan und beschwor die Gefahr eines großen europäischen Krieges herauf. Vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 tagte dann der berühmte Berliner Kongress. Hier gelang es Bismarck, die Kriegsgefahr abzuwenden und zwischen Russland, Österreich-Ungarn und England einen Kompromiss auszuhandeln.

Bismarck war seit den Erfahrungen von 1875 bestrebt, die Sicherheit Deutschlands zu garantieren, indem er die Expansionsbestrebungen der potentiellen Gegner in entfernte Regionen lenkte und die Zwistigkeiten zwischen diesen Mächten schürte. Am 15. Juni 1877 formulierte er in seinem berühmten Kissinger Diktat, ihm schwebte eine politische Gesamtsituation in Europa vor, „... in welcher alle Mächte außer Frankreich unsrer bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.“³¹ Am 2. November 1878 erklärte der Kanzler in einem internen Schreiben an das Auswärtige Amt, er würde es als „Triumph unserer Staatskunst“ empfinden, „wenn es uns gelänge, das orientalische Geschwür offen zu halten und

31 Zit. nach: Im Bismarckschen Reich 1871 – 1890. Hrsg. von Hans Fenske, Darmstadt 1978, S. 178.

dadurch die Einigkeit der Großmächte zu vereiteln und unseren eigenen Frieden zu sichern.“³²

3. Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung

Die drei Bismarckschen Arbeiterversicherungsgesetze der 1880er Jahre stellten innerhalb der Sozialgesetzgebung der Kaiserzeit das Kernstück dar. Für die Führer der damaligen Sozialdemokratie war es klar, dass die Sozialgesetze in erster Linie ein Kampfmittel gegen die Arbeiterbewegung waren und ihr die Massenbasis entziehen sollten. Und in der Tat stand im ersten Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes vom 8. März 1881 schwarz auf weiß zu lesen: es gehe darum, den „besitzlosen Klassen der Bevölkerung“ durch „erkennbare direkte Vorteile“ zu zeigen, dass der Staat auch eine wohlthätige, „ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution“ sei.³³ Auch für die Linksliberalen gab es keinen Zweifel daran, dass die Sozialgesetzgebung die Herrschaft Bismarcks zementieren sollte.

Im März 1878 legte Bismarck den ersten Entwurf eines Sozialistengesetzes vor, der aber vom Reichstag abgelehnt wurde. Am 16. September 1878 folgte ein zweiter Entwurf eines „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, und einen Tag später sprach Bismarck dazu im Reichstag. Er verwies auf eine Rede August Bebel vom 25. Mai 1871 und erklärte: Seit diesem Bekenntnis Bebel habe er „in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr“ befinde.³⁴ Bebel hatte sich damals mit der Aufstandsbewegung der Pariser Kommune solidarisiert und vorausgesagt, dass es in ganz Europa zu vergleich-

32 Zit. nach: Heinz Wolter, Bismarcks Außenpolitik 1871 – 1881. Außenpolitische Grundlinien von der Reichsgründung bis zum Dreikaiserbündnis, Berlin 1983, S. 276.

33 Zit. nach: Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 696 f.

34 Zit. nach: Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches 1871 – 1918, Frankfurt am Main 1997, S. 64.

baren Erhebungen des Proletariats kommen werde. Bismarck nutzte außerdem zwei Attentate von Anarchisten auf Kaiser Wilhelm I. hemmungslos dazu aus, die Sozialdemokratie zu verteufeln. Er forderte einen „Vernichtungskrieg“ gegen die sozialdemokratische Partei und sagte über ihre Anhänger: „Sie sind die Ratten im Lande und sollten vertilgt werden.“³⁵

Am 21. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz erlassen, und unverzüglich wurden die sozialdemokratischen Vereine und Zeitungen verboten. Ein Heer von Polizeispitzeln überwachte fortan die führenden Sozialdemokraten. Etwa 1.000 Sozialisten wurden aus ihren Heimatorten ausgewiesen.

Der „Eiserne Kanzler“ war von Anfang an bestrebt, die Verfolgung der Sozialdemokraten mit Sozialpolitik zu kombinieren. Schon am 21. Oktober 1871 hatte er in einer Notiz für den preußischen Handelsminister Itzenplitz geschrieben: „1. Entgegenkommen gegen die Wünsche der arbeitenden Klassen durch Gesetzgebung und Verwaltung, soweit mit den allgemeinen Staatsinteressen verträglich. 2. Hemmung der staatsgefährlichen Agitationen durch Verbots- und Strafgesetze“³⁶. Für die Öffentlichkeit malte Bismarck das „rote Gespenst“ an die Wand. Intern aber verkündete sein Sohn und vertrauter Mitarbeiter Herbert von Bismarck am 29. Oktober 1881 seinem Schwager Kuno Graf zu Rantzau: „Papa sagt, mit den Sozialisten können wir entweder taktieren oder sie niederschlagen, der jetzigen Regierung können sie niemals gefährlich werden ...“. Als der erstaunte Rantzau zurückfragte, bekräftigte der Kanzlersohn am folgenden Tage: „Dass der Papa der Ansicht ist, nicht nur bei Stichwahlen, sondern generell seien Soz. Demokr. besser als Fortschritt [gemeint war die linksliberale Fortschrittspartei – G.F.] darf man mit Rücksicht auf die Attentate [auf Kaiser Wilhelm I. - G.F.] nicht aussprechen. Privatansichten sind aber frei ...“³⁷

35 Zit. nach: Waltraut Engelberg, Das private Leben der Bismarcks, Berlin 1998, S. 198.

36 Zit. nach: Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht, S. 66.

37 Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck. Aus seiner politischen Privatkorrespondenz. Hrsg. u. eingeleitet von Walter Bußmann, Göttingen 1964, S. 108 f.

In der Tat: Gegen Ende der 1870er und Anfang der 1880er Jahre fürchtete Bismarck in Wirklichkeit nicht die Sozialisten, sondern die Liberalen, die potentielle „Regierungspartei“. Man musste damals jederzeit mit dem Ableben des greisen Wilhelm I. und der Thronbesteigung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm (des späteren „99-Tage-Kaisers“) rechnen. Ehrgeizige höhere Beamte versuchten sich deshalb im Spagat: In der Gunst Bismarcks zu bleiben, gleichzeitig aber schon Fühlung zum liberal gesinnten Kronprinzenpaar aufzunehmen. Zum Schrecken Bismarcks und der Konservativen schien sich zu Beginn der 80er Jahre eine parlamentarische Basis für eine künftige liberale Regierung zu bilden. Bei den Wahlen von 1881 wurden die Linksliberalen mit zusammen 21,2% der Stimmen und 105 Mandaten zur stärksten Kraft im Reichstag. Erst der frühzeitige Tod Friedrichs III. im Jahre 1888 nahm Bismarck vorübergehend die Sorge vor einer politischen Wende.

In den 80er Jahren brachte Bismarck seine drei bedeutsamen Sozialgesetze – das Unfallversicherungsgesetz, das Krankenversicherungsgesetz und das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung – im Reichstag durch. Den Wünschen der Großindustriellen gemäß war im Unfallversicherungsgesetz keine Haftpflichtversicherung, sondern eine überbetriebliche Unfallversicherung vorgesehen. Bismarck hat zugleich alle Vorstöße der Zentrumspartei und der Konservativen, die Arbeiterschutzgesetzgebung auszubauen, vereitelt.

1878 waren zwar die sozialdemokratischen Vereine verboten worden. Die Partei aber durfte sich weiterhin an den Wahlen beteiligen. Hatte sie 1878 bei den Reichstagswahlen 415.000 Stimmen erhalten, so waren es 1890 schon mehr als 1,4 Millionen. Der zwölfjährige Krieg, den der „Eiserne Kanzler“ gegen die Arbeiterbewegung führte, musste aus zwei Gründen scheitern. Zum einen war für die organisierten Arbeiter die Verknüpfung von Versicherungsgesetzen und Sozialistengesetz („Zuckerbrot“ und „Peitsche“) unverkennbar. Zum anderen waren die Leistungen aus der Sozialversicherung in den ersten Jahren noch sehr gering, weil die entsprechenden Kassen

nur allmählich Mittel akkumulieren konnten. Bis 1914 sind dann die Leistungen der von Bismarck geschaffenen Sozialversicherung von Jahr zu Jahr allmählich gestiegen. Sie wurde so für die Arbeiter zu einer echten Daseinsvorsorge für Unfall, Alter und Invalidität. In den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung gewannen Vertreter der Gewerkschaften wachsenden Einfluss. Die organisierten Arbeiter konnten so das Kaiserreich als einen „begrenzt reformfähigen Staat anerkennen“.³⁸ Die sozialdemokratische Partei hielt an ihrer marxistischen Programmatik fest. Ihre praktische Politik war aber seit der Jahrhundertwende darauf gerichtet, im Rahmen der bestehenden Ordnung soziale und politische Reformen durchzusetzen. Auf lange Sicht gesehen, war so Bismarcks politisches Kalkül letzten Endes doch noch aufgegangen.

Freilich haben Teile der alten Machtelite die gewandelte Sozialdemokratie nach wie vor als „Umsturzbewegung“ stigmatisiert, wozu der liberale Politiker Friedrich Naumann treffend bemerkte: „Man heuchelte Revolutionsfurcht, um Vorteile zu gewinnen.“³⁹ Das hat die politische Atmosphäre in der späten Kaiserzeit vergiftet.

4. Bismarcks Bündnissystem 1878 – 1890

Die herrschenden Kreise Russlands waren mit den Ergebnissen des Berliner Kongresses nicht zufrieden. Als den Hauptschuldigen dafür, dass sie einen Teil ihrer Ziele nicht erreicht hatten, betrachteten sie Bismarck. Das trug zu einer Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen bei. Bismarck schloss deshalb schließlich im Oktober 1879 ein Bündnis mit Österreich-Ungarn, den Zweibund. Er brach den anfänglichen Widerstand Wilhelms I. gegen dieses Bündnis, indem er von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes en masse angebliche Zuschriften von Bürgern aus allen Teilen

³⁸ Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849 – 1914, München 1995, S. 915.

³⁹ Friedrich Naumann, *Werke*, Bd. 2: *Schriften zur Verfassungspolitik*. Bearb. von Wolfgang Mommsen, Düsseldorf 1966, S. 219.

Deutschlands fabrizieren und sie dem Kaiser vorlegen ließ. Schließlich glaubte der solcherart bearbeitete Monarch, „das deutsche Volk“ rufe wie ein Mann nach dem Bündnis mit Österreich – und er gab nach. Im Zweibundvertrag sicherten sich beide Mächte für den Fall eines russischen Angriffs militärischen Beistand zu.

Zwei Jahre später schloss Bismarck mit Russland und Österreich-Ungarn den Dreikaiservertrag. Darin hieß es: werde einer der drei Vertragspartner von einer vierten Macht angegriffen, dann seien die beiden anderen zu wohlwollender Neutralität verpflichtet. 1882 folgte der Dreibundvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. Er sah vor, dass Deutschland und Österreich-Ungarn Italien militärisch unterstützen müssten, wenn es von Frankreich angegriffen werde. Italien musste dem Deutschen Reich im Falle eines französischen Angriffs Beistand leisten, während es bei einem russisch-österreichischen Krieg nur zur Neutralität verpflichtet war. Es bestand somit ein „... Nebeneinander verschiedener, einander überschneidender, zum Teil widersprechender und auf labiler Grundlage beruhender Verträge.“⁴⁰ Diese Verträge sollten die Sicherheit des Kaiserreiches und den Frieden in Europa garantieren. Bismarcks vielberufenes „Spiel mit den fünf Kugeln“ (den fünf europäischen Großmächten) war in der ersten Hälfte der 80er Jahre durchaus erfolgreich.

Im Juli 1884 erläuterte der Kanzler dem jungen Diplomaten Bernhard von Bülow, den er gerade als Ersten Sekretär an die Botschaft in St. Petersburg entsandt hatte, seine Russlandpolitik folgendermaßen:

Das A und O für die Außenpolitik des Deutschen Reiches sei das Verhältnis zu Russland, und Petersburg sei der wichtigste diplomatische Posten. Es müsse alles getan werden, um einen deutsch-russischen Krieg zu vermeiden. Bülow solle in Petersburg nicht müde werden, immer wieder zu erklären: Niemand könne voraussehen,

40 Ernst Engelberg, Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990, S. 351.

wie ein Krieg zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland ausgehen werde. Nur eins sei ganz sicher: Die drei Monarchen müssten die Zeche bezahlen, und allein die Revolution würde gewinnen.⁴¹

Während seiner Reise nach Petersburg machte Bülow in Königsberg Station und fasste die Äußerungen Bismarcks in einem Gedächtnisprotokoll zusammen. Darin heißt es unter anderem: „S.[eine] D[urchlaucht] über auswärtige Lage. Friedenspolitik! Warum?! Bei Krieg nichts, gar nichts zu gewinnen. D[eu]tsch-Österreich? Baltische Provinzen? Holland? Schweiz? Alles das würde uns nur schwächen. Er verwarf prophylaktische Kriege.“⁴²

Es ist bemerkenswert, dass Bismarck bei seiner Aufzählung denkbarer, von ihm aber sämtlich verworfener Objekte einer deutschen Expansionspolitik irgendwelche überseeischen Expansionsziele gar nicht erwähnte. Dabei hat er just 1884/85 große Kolonialgebiete erworben: Deutsch-Südwestafrika (das heutige Namibia), Kamerun, Togo, Deutsch-Ostafrika (das heutige Tansania, Uganda und Burundi) und den Nordosten Neuguineas. Das wirkliche Ziel seiner Kolonialpolitik brachte er im September 1884 gegenüber einem seiner engsten Mitarbeiter, Karl Heinrich von Boetticher, auf die Formel: „Die ganze Kolonialgeschichte ist ja Schwindel, aber wir brauchen sie für die Wahlen.“⁴³ Später wäre der Kanzler die Kolonien gern wieder losgeworden. Als ihn der Afrika-Forscher Eugen Wolf im Jahre 1888 drängte, die Kolonialpolitik wieder zu forcieren, entgegnete Bismarck: „Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt hier in Europa. Hier liegt Russland, und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.“⁴⁴

41 Bernhard Fürst von Bülow. Denkwürdigkeiten, Bd. 4, S. 556 f.

42 Zit. nach: Gerd Fesser, Bernhard von Bülow und der Sturz Bismarcks, in: Otto von Bismarck. Person-Politik-Mythos. Hrsg. von Jost Dülffer u. Hans Hübner, Berlin 1993, S. 194.

43 Zit. nach: Horst Gründer, Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn-München-Wien-Zürich 1985, S. 59.

44 Zit. nach: Ebenda, S. 53.

Seit 1885 verschlechterte sich die außenpolitische Situation des Kaiserreichs. 1885 verschärfte sich das Ringen zwischen Russland und Österreich um den beherrschenden Einfluss in Bulgarien, das von 1879 bis 1886 von Alexander von Battenberg regiert wurde. Bis in die Armeeführung und die Spitzen der Bürokratie hinein regten sich in Russland panslawistisch gesinnte Kräfte, die für einen Angriffskrieg gegen Österreich eintraten. Mehr und mehr schürten diese Kreise auch antideutsche Stimmungen. Der deutschfreundlich eingestellte russische Außenminister Nikolai Giers geriet zunehmend unter Druck. Gleichzeitig löste der Sturz der Regierung Ferry in Frankreich eine innenpolitische Krise aus, die eine lautstarke antideutsch-revanchistische Bewegung hervorbrachte. Erstmals seit 1871 schien für Deutschland die Gefahr eines Zweifrontenkrieges zu entstehen.

Die außenpolitische Krisensituation dauerte bis 1887 an. In den Führungskreisen des Deutschen Reiches traten starke Kräfte hervor, welche die Russlandpolitik Bismarcks für verfehlt hielten. Diese Leute meinten, ein Krieg mit Russland und Frankreich werde ohnehin kommen, daher sei es besser, ihn präventiv zu führen. Besonders militant zeigte sich Alfred Graf von Waldersee, der anstelle des 85-jährigen Helmuth von Moltke faktisch den preußischen Generalstab leitet. Prinz Wilhelm (der spätere Kaiser Wilhelm II.) befürwortete ebenfalls einen Präventivkrieg. Friedrich von Holstein, die „Graue Eminenz“ des Auswärtigen Amtes, begann im Geheimen der Russlandpolitik Bismarcks entgegenzuarbeiten und belieferte Waldersee sowie die österreichische Regierung mit Informationen. Bismarck beurteilte nicht nur die politischen, sondern auch die militärischen Aussichten eines deutsch-russischen Krieges weitaus realistischer als die angeblichen Fachleute. Er trat deshalb den Kriegsbefürwortern scharf entgegen.

Weder in Berlin noch in St. Petersburg gewannen die kriegsentschlossenen Kreise die Oberhand, und so konnte am 18. Juni 1887 der streng geheime deutsch-russische Rückversicherungsvertrag unterzeichnet werden. Dieses Abkommen war das Werk Bismarcks

und der deutschfreundlichen Kreise um Giers. Die Vereinbarung verpflichtet im Falle eines französischen Angriffs auf Deutschland und eines österreichischen Angriffs auf Russland die Vertragspartner zur Neutralität.

Trotz des Rückversicherungsvertrages verschlechterten sich jedoch die deutsch-russischen Beziehungen weiter. Im August und September 1887 unternahm der führende französische Revanchepolitiker Paul Déroulède eine Reise durch Russland und wurde dabei von den Panslawisten frenetisch gefeiert. Viel schwerer ins Gewicht fiel jedoch die Verschärfung der Gegensätze auf handels- und finanzpolitischem Gebiet. Bismarck übte auf Russland massiven ökonomischen Druck aus – zunächst durch eine Pressekampagne gegen die russischen Wertpapiere, später durch das Lombardverbot. Er wollte die russische Regierung auf diese Weise zwingen, auf geplante Industriezölle zu verzichten, insbesondere jedoch die mit dem Rückversicherungsvertrag eingeleitete außenpolitische Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich tatsächlich einzuhalten. Längerfristig ging Bismarcks Rechnung nicht auf. Russland orientierte sich notgedrungen vom deutschen Kapitalmarkt auf den französischen um, und die Befürworter eines russisch-französischen Bündnisses gewannen weiter an Boden.

5. Bismarcks Sturz

Am 9. März 1888 starb Kaiser Wilhelm I. im biblischen Alter von fast 91 Jahren. Sein liberal gesinnter Sohn Friedrich Wilhelm (der sich als Kaiser Friedrich III. nannte) war bereits ein todgeweihter Mann. Er litt an Kehlkopfkrebs und starb am 15. Juni 1888.

Nach dem Tode des „99-Tage-Kaisers“ bestieg dessen Sohn am 15. Juni 1888 als Wilhelm II. den Thron. Der junge Herrscher war noch keine 30 Jahre alt, ohne wirkliche politische Erfahrung, doch von einem enormen Geltungsdrang erfüllt. Es war von Anfang an klar, dass er sich nicht mit jener bescheidenen Rolle begnügen

würde, die sein Großvater neben dem Titanen Bismarck gespielt hatte. Bismarck hatte einst in den Jahren 1862 bis 1866 die Machtpositionen der Krone erfolgreich gegen die liberale Opposition verteidigt. Und er hatte Wilhelm I. durch drei siegreiche Kriege jede Menge an Ansehen und Ruhm verschafft. Der greise Monarch war seinem leitenden Staatsmann dafür tief dankbar und folgte bereitwillig dessen politischen Intentionen.

Wilhelm II. hingegen lechzte danach, ein „persönliches Regiment“ zu errichten, selbst zu regieren. Einige seiner Vertrauten schürten sorgsam die Spannungen zwischen Kaiser und Kanzler. Vor allem eine ihrer Einflüsterungen fraß sich tief in der Seele des jungen Monarchen fest: Friedrich II. wäre nie der Große König geworden, wenn er bei seiner Thronbesteigung einen allmächtigen Minister wie Bismarck im Amte vorgefunden hätte.⁴⁵

Am 18. März 1890 vollbrachte Wilhelm II. seine spektakulärste politische Tat: er entließ Bismarck, der 19 Jahre lang das Deutsche Reich und 28 Jahre lang den preußischen Staat regiert hatte. Neben dem persönlichen Element, das sich so vortrefflich zu dramatischer Darstellung eignet, spielten beim Sturz Bismarcks sehr wohl schwer wiegende Sachfragen eine Rolle.

Selbst in den beiden konservativen Parteien und in der National-liberalen Partei, die gemeinsam das Regierungslager bildeten, hatte sich allmählich viel Unzufriedenheit mit der Politik Bismarcks angestaut. Das Sozialistengesetz des „Eisernen Kanzlers“ hatte sich als ungeeignet erwiesen, die Sozialdemokratie ernsthaft zu schwächen. Im Bürgertum verübelte man ihm, dass er sich in puncto Kolonialexpansion mittlerweile sehr zurückhielt. Seine Politik gegenüber Russland galt als zu wenig energisch. Bismarck spielte wieder mit dem Gedanken, zu einer gewalttätigen Innenpolitik überzugehen. So sagte er am 7. Dezember 1889 zu Heinrich VII.

⁴⁵ Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg geb. Frein v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches. Ausgewählt u. hrsg. von Rudolf Vierhaus, 5. Aufl., Göttingen 1989, S. 289.

Prinz Reuß jüngere Linie: „Diese Fragen, wie die der Sozialdemokratie [...] werden nicht gelöst ohne Bluttaufe [...]“.⁴⁶ Innerhalb der Machtelite war die Ansicht weit verbreitet, Bismarcks Zeit sei abgelaufen.

Die Entlassung des „Eisernen Kanzlers“ wurde von der deutschen Öffentlichkeit teils mit Erleichterung, teils mit Gleichgültigkeit aufgenommen. In Rathenow erklärte der konservative Reichstagsabgeordnete und Redakteur der „Neuen Preußischen Zeitung“ Hermann Wilhelm Kropatschek vor dem Konservativen Verein: „Eine frohe Botschaft, meine Herren! Von nun an werden wir nicht länger von der Familie Bismarck, sondern von dem Hause Hohenzollern regiert.“⁴⁷ Freilich: als die „herrlichen Tage“⁴⁸, die Wilhelm verheißen hatte, sich nicht einstellen wollten, gewann Bismarck sehr schnell seine mythische Statur zurück.

46 Ebenda, S. 266.

47 Bernhard Fürst von Bülow. Denkwürdigkeiten, Bd. 4, S. 641.

48 Reden des Kaisers. Ansprachen, Predigten und Trinksprüche Wilhelms II. Hrsg. von Ernst Johann, 2. Aufl., München 1977, S. 58.

IV. Das wilhelminische Reich 1890 – 1914

1. „Persönliches Regiment“ und Wilhelminismus

Am 23. März 1890 ernannte Wilhelm II. zur allgemeinen Überraschung den General der Infanterie Leo von Caprivi zum Reichskanzler und Präsidenten des Preußischen Staatsministeriums. Caprivi war ein gradliniger und angesehener Mann, als Militär auf innen- wie außenpolitischem Gebiet naturgemäß stark auf sachkundige Ratgeber angewiesen. Seine Politik wurde bald allgemein als „Neuer Kurs“ bezeichnet. Der „Neue Kurs“ zielte nach innen darauf ab, den Interessen des Bürgertums stärker als bisher Geltung zu verschaffen, namentlich durch den Abschluss industriefreundlicher Handelsverträge. Den Kampf gegen die Arbeiterbewegung suchte Caprivi mit flexiblen Methoden zu führen.

Das entsprach den Intentionen Wilhelms II., der bestrebt war, sich gegenüber Bismarck auf dem Felde der Sozialpolitik zu profilieren. Bereits am 4. Februar 1890 hatte er dem Reichskanzler und der preußischen Regierung ein großzügiges Programm für die Weiterführung der Sozialgesetzgebung unterbreitet. Vier Tage später hatte er Hans Hermann Freiherr von Berlepsch, einen engagierten Sozialreformer, zum preußischen Minister für Handel und Gewerbe ernannt.

Etwa zwischen 1890 und dem Ende der 90er Jahre hat niemand so großen Einfluss auf Wilhelm II. ausgeübt wie Philipp („Phili“) Graf zu Eulenburg. Eulenburg empfand für den Kaiser eine schwärmerische Zuneigung und war ihm aufrichtig ergeben. Er war ein Meister der höfischen Intrige und lenkte Wilhelm II. in vielen Fragen sehr geschickt. Dabei war er selber weitgehend uneigennützig, tat freilich vielerlei für den Eulenburgschen Clan, vor allem aber für seinen intimen Freundeskreis (die nach Eulenburgs Schloss benannte „Liebenberger Tafelrunde“).

Von Anfang an hat sich der unruhige Tatendrang des jungen Kaisers vor allem durch Reisefieber und rednerische Entgleisungen kundgetan. Schon Ende 1890 schrieb Marie Fürstin Radziwill über Wilhelm II: „Weil er ewig reist und dauernd unterwegs ist, behauptet man, sängen die Preußen jetzt nicht mehr ‚Heil dir im Siegerkranz‘, sondern : ‚Heil Dir im Sonderzug ...‘“.⁴⁹ Im August 1894 rechnete die „Vossische Zeitung“ dem Monarchen vor, dass er im Jahre 1893 199 Tage lang auf Reisen gewesen war.⁵⁰ Bereits in den frühen 1890er Jahren trat das Dilemma Wilhelms vollends zu Tage: der Kaiser wollte sein eigener Kanzler sein, war aber nicht gewillt, die dazu erforderliche Regierungsarbeit zu leisten. Er wollte immerzu schnelle Entscheidungen fällen, ohne sich zuvor durch zielstrebige Arbeit über den jeweiligen Gegenstand unterrichtet zu haben. So folgte er heute den Einflüsterungen des einen berufenen oder unberufenen Ratgebers, morgen denen eines ganz anderen.

Am 27. November 1895 bezeichnete Holstein die Regierungsweise Wilhelms II. in einem Brief an Philipp Eulenburg schlicht als „Operettenregiment“.⁵¹ Die Reaktion Eulenburgs zeigte, dass die Matadore des „persönlichen Regiments“ arg realitätsfernen Vorstellungen nachgingen. Eulenburg behauptete nämlich, der Kaiser habe nach der Verfassung das Recht, selbst zu regieren.

Am 26. Februar 1897 ließ Wilhelm sich vom Schwung seiner Beredsamkeit zu seiner bislang ärgsten Entgleisung hinreißen. Er verkündete, die Ratgeber Kaiser Wilhelms I. – gemeint waren Bismarck, Generalstabschef Helmuth von Moltke und Kriegsminister Albrecht von Roon – seien bloße „Handlanger“ dieses Monarchen gewesen. Offenbar hat Wilhelm sogar von „Pygmäen“ gesprochen. Die Sozialdemokratie bezeichnete er als eine „Pest“, die „bis auf den letzten Stumpf“ ausgerottet werden müsse.⁵²

49 Fürstin Marie Radziwill. Briefe vom deutschen Kaiserhof, Berlin 1936, S. 36.

50 Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee, ... bearb. u. hrsg. von Heinrich Otto Meisner, Bd. 2, Stuttgart-Berlin 1922, S. 320.

51 Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz. Hrsg. von John C. G. Röhl, Bd. 2: Im Brennpunkt der Regierungskrise 1892 - 1895, Boppard am Rhein 1979, S. 1414.

52 Reden des Kaisers. Hrsg. von Ernst Johann, S. 70; Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg, S. 353.

In seinem Psychogramm Wilhelms II. vom Jahre 1919 bemerkte Walther Rathenau: „Nie hat eine Epoche mit größerem Recht den Namen ihres Monarchen geführt.“⁵³ Heutzutage wird die Epoche zwischen 1890 und 1914 allgemein als „wilhelminisch“ bezeichnet. Auch der Begriff „Wilhelminismus“ wird häufig verwendet.

Wilhelm Schüssler stellte in seiner kleinen Wilhelm-Biographie die Frage, was „Wilhelminismus“ und „Wilhelminische Epoche“ bedeuten und führte aus: „In kurzen Schlagworten sei es erläutert: Schein für Wirklichkeit – Stuck für Marmor – Historisierendes Stilgemenge – Reden statt Taten – Nationalstaat ohne das ganze deutsche Volk – Wunschdenken statt Realpolitik – Illusionen statt Wirklichkeit – Kraftgefühl und Verblendung – Herrschaft der Konvention und Aufstand der Jugend – Herrschaft der alten Schichten gegen die neue Industriegesellschaft – oder auch: der Feldmarschallstab des Kaisers hinter der Front.“⁵⁴

Hagen Schulze bemerkt in seiner „Kleinen Deutschen Geschichte“ knapp: „Klirrendes Auftreten, darunter Unsicherheit und das Gefühl, dass das alles nicht dauern könne. Das war der Nenner des ‚Wilhelminismus‘.“⁵⁵

Schon die Zeitgenossen waren sich darin einig, dass „[...] zwischen Wilhelm II. und der damaligen deutschen Kollektivmentalität eine sehr enge Wechselbeziehung bestand.“⁵⁶ Alexander Hohenlohe meinte, Wilhelm sei der „zur Karikatur übertriebene Repräsentant seines Volkes gewesen.“⁵⁷ Sebastian Haffner sagt über den Kaiser: „Er war beinahe so etwas wie ein Medium. Er konnte die Stimmung, die ihn umgab [...] sozusagen einatmen und dann wieder ausstrahlen.“⁵⁸

53 Walther Rathenau, *Der Kaiser. Eine Betrachtung*, Berlin 1919, S. 44.

54 Wilhelm Schüssler, *Kaiser Wilhelm II. Schicksal und Schuld*, 3. Aufl., Berlin-Frankfurt a. M.-Zürich 1970, S. 126.

55 Hagen Schulze, *Kleine Deutsche Geschichte*, München 1996, S. 143.

56 Joachim Radkau, *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*, München-Wien 1998, S. 280.

57 Alexander von Hohenlohe, *Aus meinem Leben*, Frankfurt a. M. 1925, S. 346.

58 Sebastian Haffner/Wolfgang Venohr, *Preußische Profile. Erweiterte Neuauflage*, 2. Aufl., Frankfurt a. M.-Berlin 1988, S. 253.

Die Generation der Jahre 1890 bis 1914 hat einen schnellen und tief greifenden Wandel auf den Feldern der Wirtschaft und Technik, eine Revolution der Verkehrs- und Kommunikationsmittel sowie die Anfänge einer modernen Massenkultur erlebt und ist durch diesen Umbruch geprägt worden.⁵⁹ Über die Menschen, insbesondere in den Großstädten kam „[...] eine Flut von neuen Anforderungen, Aufregungen und Reizen, die ebenso faszinierend wie bedrohlich erschien. Daraus speiste sich jene brisante Mischung aus Kraftbewusstsein und Zukunftsangst, die man als Grundgefühl der wilhelminischen Ära bezeichnen kann.“⁶⁰

Wilhelm II. war, wie die meisten seiner Zeitgenossen, von vielem Neuen begeistert und hing doch gleichzeitig in vieler Hinsicht am Althergebrachten oder gar Antiquierten. Der Historiker Karl Lamprecht hat 1913 die kollektive Psyche der wilhelminischen Zeit mit dem Begriff „nervöse Reizsamkeit“ umschrieben und den Kaiser als „Inkarnation eines neuen, zielstrebigem Idealismus“ gepriesen.⁶¹ Rüdiger vom Bruch verweist auf diese Äußerungen Lamprechts und betont, dass für Wilhelm II. und die Wilhelminer „Romantische Modernität“ und „Nervöser Idealismus“ kennzeichnend gewesen seien.⁶²

2. Politische Kultur im Wandel

Wilhelm II. hat ohne Zweifel auf die politische Kultur des Kaiserreichs prägend eingewirkt. Er ist aber selber in viel stärkerem Maße durch Veränderungen in der politischen Kultur geprägt worden. In völligem Gegensatz zu dem zurückhaltenden Kaiser Wilhelm I. drängte es Wilhelm II. zu öffentlichkeitswirksamen Auftritten, suchte er allgegenwärtig zu sein. Das war ein eher unbe-

59 Siehe dazu oben Kapitel II.

60 Volker Ullrich, Der reizbare Koloß, in: DIE ZEIT, Nr. 2 vom 7.1.1999, S. 35.

61 Zit. nach: Rüdiger vom Bruch, Wilhelminismus. Zum Wandel von Milieu und politischer Kultur, in: Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871 – 1918. Hrsg. von Uwe Puschner, Walter Schmitz und Justus H. Ulbricht, München-Providence-London-Paris 1996, S. 5 u. 10 f.

62 Ebenda, S. 6 f. u. 21.

wusstes Reagieren auf die Herausbildung eines „politischen Massenmarktes“ (Hans Rosenberg).

Zwischen 1890 und 1914 hat sich die politische Kultur des Kaiserreichs stark verändert, wobei sich Entwicklungen beschleunigten, die bereits in der Ära Bismarck begonnen hatten. Insbesondere verstärkte sich die Politisierung und Mobilisierung der Bevölkerung enorm. Das lässt sich vor allem an der Wahlbeteiligung, dem Aufkommen der Verbände und der Entwicklung der Presse ablesen.

Die Beteiligung an den Reichstagswahlen lag im Jahre 1871 bei 51%. Sie stieg bis zum Jahre 1912 auf 84,9%.

Neben die Parteien traten Interessenverbände, die energisch die Forderungen ihrer Mitglieder an die Regierung herantrugen. Die Schwerindustriellen hatten sich bereits 1876 im Centralverband deutscher Industrieller organisiert. 1895 formierte sich mit dem Bund der Industriellen ein Interessenverband der exportintensiven Fertigwarenindustrie. Die Agrarier gründeten 1893 den Bund der Landwirte.

Die so genannten freien Gewerkschaften, welche der Sozialdemokratie nachstanden, nahmen einen enormen Aufschwung. Zählten sie 1877 52.000 Mitglieder, so waren es 1904 eine Million und 1912 2,5 Millionen.

Die Kriegervereine schlossen sich 1899 zum Kyffhäuser-Bund der Deutschen Landeskriegerverbände zusammen. Diese Dachorganisation hatte 1900 mehr als 1,8 Millionen Mitglieder und 1914 mehr als 2,8 Millionen.

Es bildete sich eine protestantische und eine katholische Massenorganisation – der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen (gegründet 1886) und der Volksverein für das katholische Deutschland (gegründet 1890).

Eine ganze Anzahl „nationaler“ Verbände entstand. Bei den meisten von ihnen ließ bereits der Name erkennen, welche Zwecke sie verfolgten. So propagierte der Deutsche Flottenverein (gegründet 1898) die Flottenrüstung, die Deutsche Kolonialgesellschaft (gegründet 1887) die Kolonialexpansion. Der Deutsche Ostmarkenverein (gegründet 1894) organisierte in den östlichen Provinzen Preußens den „Volkstumskampf“ gegen die Polen, und der Verein für das Deutschtum im Ausland (gegründet 1881 als „Deutscher Schulverein“) suchte die Auslandsdeutschen dem „Deutschtum“ zu erhalten. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie (gegründet 1904) bekämpfte die sozialdemokratischen „Reichsfeinde“, aber auch alle Parlamentarisierungsbestrebungen schlechthin, und der Deutsche Wehrverein (gegründet 1912) forderte eine verstärkte Heeresrüstung.

Einige der „nationalen“ Verbände besaßen eine zahlreiche Mitgliedschaft. So stieg die Mitgliedschaft des Deutschen Flottenvereins bis 1913/14 auf 1,1 Million, die des Deutschen Wehrvereins auf 360.000. Der 1891 gegründete Alldeutsche Verband brachte es bis 1914 lediglich auf 18.000 Mitglieder, übertraf aber alle anderen „nationalen“ Verbände an Aktivität und Radikalität bei weitem (siehe dazu oben den Abschnitt II/8).

Auf dem entstehenden „politischen Massenmarkt“ spielten die Zeitungen – das einzige Massenmedium, das es damals gab – eine wichtige Rolle. Etliche große Zeitungen standen politischen Parteien nahe, so der „Vorwärts“ der SPD, die „Freisinnige Zeitung“, „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ den Linksliberalen, die „Germania“ dem Zentrum, die „National-Zeitung“ und die „Neuesten Nachrichten“ den Nationalliberalen, die „Post“ der Reichs- und Freikonservativen Partei, die „Neue Preussische Zeitung“ („Kreuz-Zeitung“) den Deutschkonservativen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ war regierungsnah.

In den 1890er Jahren kam die kommerzialisierte „Generalanzeigerpresse“ auf, die sich als politisch unabhängig gab. Neue Druck-

techniken ermöglichten diesen Blättern Massenaufgaben. So hatte die „Berliner Morgenpost“ im Jahre 1900 eine Auflage von fast 400.000 Exemplaren, die „Berliner Illustrierte Zeitung“ kam bis 1914 gar auf eine Million.

Insgesamt erschienen 1914 4.221 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 36,3 Millionen. 1912 standen dem Zentrum 450 katholische Zeitungen mit einer Auflage von 2,6 Millionen nahe. Die sozialdemokratische Parteipresse zählte 1914 93 Tageszeitungen mit einer Auflage von 1,5 Millionen.

Die Parteien waren gezwungen, sich auf die Politisierung und Mobilisierung der Bevölkerung einzustellen. Sie bemühten sich, ihre Organisation zu straffen und im Lande umfassend präsent zu sein. Die bisherigen Honoratiorenparteien wandelten sich allmählich zu modernen Massenparteien. Diese Entwicklung war am stärksten bei der SPD und beim Zentrum ausgeprägt. Die sozialdemokratische Partei besaß im Jahre 1890 etwa 75.000 Mitglieder, 1906 waren es schon 384.000 und 1914 mehr als eine Million. Das Zentrum konnte sich, nicht zuletzt auf den Volksverein für das katholische Deutschland mit seinen 800.000 Mitgliedern gestützt, gut behaupten. Den Liberalen gelang es nicht, aus der Politisierung der Bevölkerung Vorteile zu ziehen, wogegen die Konservativen sich auf den Bund der Landwirte mit seinen 300.000 Mitgliedern stützen konnten.

Einige der „nationalen“ Verbände, so die Kolonialgesellschaft und der Ostmarkenverein, waren regierungsnah. Andere, so der Flottenverein und zumal der Alldeutsche Verband, entwickelten eine Eigendynamik, die sie zu „unkalkulierbaren politischen Größen“ machte.⁶³ Der Alldeutsche Verband profilierte sich als „nationale Opposition“ und übte von rechts scharfe Kritik an der Innen- und Außenpolitik der Reichsregierung.

⁶³ Peter Steinbach, Politische Kultur. Politische Wertvorstellungen zwischen ständischer Gesellschaft und Moderne, in: PLOETZ, Das deutsche Kaiserreich 1867/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche. Hrsg. von Dieter Langewiesche, Freiburg-Würzburg 1984, S. 209.

Die politische Mobilisierung trug ein Doppelgesicht. Nicht nur jene Bewegungen, die eine Parlamentarisierung und Demokratisierung anstrebten, sondern auch die antidemokratischen Kräfte nutzten sie. Die Leiter der nationalistischen Verbände und der großen wirtschaftlichen Interessenverbände zählten fortan zu den „Schlüsselfiguren der wilhelminischen Machtelite“.⁶⁴ Forderten Sozialdemokraten und Liberale eine Modernisierung des politischen Systems, so verteidigte die alte Machtelite stur ihre politischen und ökonomischen Besitzstände. Der zähe Widerstand der alten Machtelite gegen jegliche Reformpolitik bewirkte, dass bis zum Ende des Kaiserreichs „die Spannung zwischen der vorausseilenden ökonomischen und sozialen Entwicklung zur Industriegesellschaft auf der einen Seite und der überkommenen starren politischen Struktur auf der anderen Seite nicht überwunden werden konnte“.⁶⁵

3. Innenpolitik 1890 – 1897

Die Regierung des „Neuen Kurses“ geriet aus verschiedenen Gründen heraus bald in Schwierigkeiten. Die Junker attackierten vehement die Handelsvertragspolitik Caprivis, und schwerindustrielle Kreise um Carl Ferdinand Frhr. von Stumm-Halberg machten gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung Front. Als im Kampf gegen die Sozialdemokratie die erhofften schnellen Erfolge ausblieben, verlor Wilhelm II. das Interesse an der Arbeiterschutzgesetzgebung. Auch zeigte sich, dass Caprivi alles andere als eine Marionette war, eine eigene politische Konzeption entwickelte und sich gegenüber willkürlichen Eingriffen des Kaisers in seine Politik störrisch verhielt. Zu alledem rissen die Angriffe des grollenden Bismarck und seiner Gefolgsleute gegen den „Neuen Kurs“ nicht ab.

Im Herbst 1894 wurde Caprivi dann durch Intrigen junkerlicher Kreise zu Fall gebracht. Die Großagrarien hatten ihn in erster Linie

⁶⁴ Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918*, 6., bibliographisch erneuerte Aufl., Göttingen 1988, S. 71.

⁶⁵ Ebenda.

wegen seiner Handelsvertragspolitik bekämpft. Da das gesamte Bürgertum hinter dieser Politik stand, war das nicht das geeignete Feld, den „Kanzler ohne Ar und Halm“ zu stürzen. So hatten die Exponenten der Großagrarier schließlich den Hauptstoß gegen Caprivi auf dem Felde des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung geführt. Sie hatten neue Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie gefordert, und Caprivi hatte dies abgelehnt. Am 26. Oktober 1894 wurde er daraufhin entlassen.

Neuer Reichskanzler wurde Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Er war der erste Süddeutsche und der erste Katholik in diesem Amt. Der neue Kanzler war 76 Jahre alt. Wilhelm II. und seine Ratgeber hatten dem anpassungswilligen und bereits sehr hinfälligen Mann eine wenig dankbare Funktion zugeordnet: er sollte als Aushängeschild dienen, hinter dem das „persönliche Regiment“ des Kaisers nun endlich durchgesetzt würde.

Für die herrschenden Kreise des Kaiserreiches war der Kampf gegen die Arbeiterbewegung das Kernstück der Innenpolitik. Im Regierungslager griff man ratlos bald nach diesem, bald nach jenem Kampfmittel. Die konservativen Kräfte suchten eine neuerliche Wende, hin zu einer scharfen Unterdrückungspolitik gegenüber der Sozialdemokratie durchzusetzen. Der Scharfmacher Ernst Matthias von Koeller wurde preußischer Innenminister. Doch die Bestrebungen dieser Kräfte schlugen fehl. Sowohl die „Umsturzvorlage“ (1894) als auch das „Kleine Sozialisten-Gesetz“ (1897) scheiterten in den Parlamenten. Das Schicksal der beiden Vorlagen war symptomatisch für die Ära Hohenlohe: die Serie der Regierungskrisen und politischen Fehlschlägen riss nicht ab. Die Autorität des Reichskanzleramts verfiel, und auch das Prestige Wilhelm II. nahm weiter ab.

Einige maßgebliche Regierungsvertreter begriffen: Es war einfach nicht möglich, die bestehende Regierungsform hin zu einem autokratischen Regime umzugestalten. Möglich war es hingegen, die Regierungsmacht zu stabilisieren und ihre Basis durch eine „Samm-

lung“ der herrschenden Kreise zu verbreitern. Die Sammlungspolitik war darauf gerichtet, die vielfältigen Differenzen, die es zwischen Agrariern und Großbürgertum, aber auch innerhalb des Bürgertums gab, zu überbrücken. Der junkerlich-bürgerliche Kompromiss und insbesondere sein Kernstück, das Bündnis zwischen Junkertum und Schwerindustriellen, sollte durch eine Konzentrierung auf die gemeinsamen Interessen und durch Kompromisse (vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet) wieder gefestigt werden. Hauptwortführer der Sammlungspolitik war der preußische Finanzminister Johannes Miquel, ein Vertrauensmann der Großagrariern und Schwerindustriellen. Miquel verfocht eine „kleine Lösung“ der Sammlungspolitik. Sein Konzept stellte im Grunde einen Rückgriff auf das Bismarcksche „Kartell“ von 1887 dar. Es war wirtschaftspolitisch auf die Interessen von Montanindustriellen und Agrariern, parteipolitisch auf Deutschkonservative Partei, Freikonservative Partei und Nationalliberale Partei ausgerichtet.

Die mannigfaltigen Querelen unter der Kanzlerschaft Hohenlohes ließen den Kaiser und Eulenburg erkennen: ein so fügsamer Kanzler war auch nicht das Optimum. Ein solcher Kanzler war einfach zu schwach dazu, die Differenzen innerhalb der herrschenden Kreise einzudämmen und das Funktionieren der Regierungsmaschinerie zu gewährleisten. Wilhelm II. und sein engster Ratgeber wünschten sich nun einen ganz anderen Reichskanzler. Er sollte dem Kaiser bedingungslos ergeben sein, dessen Intentionen genau erfassen und sie selbstständig durchsetzen, ohne dass Wilhelm II. und Eulenburg ständig in die Regierungsgeschäfte eingreifen müssten. Beide richteten den Blick auf den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow.

Im Jahre 1897 geriet das wilhelminische Kaiserreich an den Rand einer Staatskrise. Es kam vieles zusammen. Prozesse gegen die Polizeiagenten Heinrich Leckert und Karl von Lützwow sowie gegen den Kriminalkommissar Eugen von Tausch, Abteilungsleiter im Berliner Polizeipräsidium, wirbelten jede Menge Staub auf. Es kam ans Licht, dass die Berliner politische Polizei im Auftrage stockkonservativer Kreise insgeheim gegen den Staatssekretär des Aus-

wärtigen Amtes, Adolf Frhr. Marschall von Bieberstein und weitere Regierungsmitglieder gewählt hatte. Wilhelm II. verprellte führende Politiker der Zentrumsparlei, und die stellten sich im Reichstag gegen des Kaisers Lieblingsprojekt, die Flottenrüstung.

Kanzler Hohenlohe brachte die Lage am 30. März 1897 auf die Formel: „Es ist evident, dass der Kaiser unter dem Einfluss von Leuten steht, die ihm weismachen, er könne eine große Konfliktsära in Szene setzen, die Reichsverfassung ändern, das allgemeine Wahlrecht abschaffen und ungezählte Kreuzer bauen lassen.“⁶⁶

Im Juni und Juli 1897 wurden die Reichsregierung und die preußische Regierung umgebildet. Konteradmiral Alfred Tirpitz wurde neuer Staatssekretär des Reichsmarineamtes. Karl Heinrich von Boetticher, der gleichzeitig Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren, Vizekanzler und Vizepräsident des Staatsministeriums gewesen war, erhielt seine Entlassung. An seine Stelle traten Arthur Graf von Posadowsky-Wehner als Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren und Miquel als Vizepräsident des Staatsministeriums. Bülow trat in Raten die Nachfolge Marschalls an. Am 26. Juni 1897 wurde er zum stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt, am 20. Oktober zum Staatssekretär und Preußischen Staatsminister.

4. Die Abwendung von Bismarcks außenpolitischem System

Unmittelbar nach dem Sturz Bismarcks vollzog die neue Reichsregierung auf dem Felde der Außenpolitik einen einschneidenden Kurswechsel: sie verlängerte den Rückversicherungsvertrag mit Russland nicht. Wilhelm II. hatte in den Tagen des Regierungswechsels persönlich mit dem russischen Botschafter Paul Graf Schuwalow verhandelt und ihm zugesagt, dass der Vertrag verlän-

⁶⁶ Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit. Hrsg. von Karl Alexander von Müller, Stuttgart-Berlin 1931, S. 327.

gert würde. Er ließ sich jedoch bald darauf ebenso wie der neue Reichskanzler Caprivi durch Holstein umstimmen, das Abkommen **nicht** zu verlängern.

Holstein, Generalstabschef Waldersee und eine Anzahl von Diplomaten und Militärs meinten, ein Zweifrontenkrieg mit Frankreich und Russland sei unvermeidlich. Aus diesem Grunde hielten sie ein Arrangement mit Russland – für das es durchaus noch Spielraum gab – für überflüssig. Sie setzten stattdessen auf eine Festigung des Dreibundes und waren bestrebt, Großbritannien an dieses Bündnis heranzuziehen. Diesem Ziel diene der Helgoland-Sansibar-Vertrag vom 1. Juli 1890. Der „Neue Kurs“ sollte sich auf dem Felde der Außenpolitik als unheilvoller Fehlschlag erweisen: Es gelang schließlich doch nicht, England für ein Bündnis zu gewinnen. Die Begleitumstände der Abwendung Deutschlands vom Rückversicherungsvertrag und das zeitweilige deutsche Liebeswerben um die Gunst Englands hatten aber in den regierenden Kreisen Russlands Besorgnis hervorgerufen. Man befürchtete dort, den Pressionen oder gar dem militärischen Angriff einer übermächtigen Koalition ausgesetzt zu werden. Die Befürworter einer russisch-französischen Allianz setzten sich nun endgültig durch. 1893 schlossen Russland und Frankreich eine Militärkonvention ab.

Der amerikanische Diplomat und Historiker George Kennan hat hervorgehoben, dass die russisch-französische Militärkonvention einen gefährlichen Automatismus festschrieb: Sobald eine der Dreibundmächte ihre Streitkräfte mobilisieren würde, sollten Frankreich und Russland zur Gesamtmobilmachung übergehen; Mobilmachung und Eröffnung der Kriegshandlungen aber sollten faktisch identisch sein. Die in der Militärkonvention vorgesehene Verklammerung von Mobilmachung und Kriegsbeginn verschaffte, so Kennan, den russischen Militärs die Möglichkeit, „einen großen europäischen Krieg zu entfesseln, wann immer es ihnen in den Kram passte.“⁶⁷

67 George F. Kennan, Die schicksalhafte Allianz. Frankreich und Russland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Köln 1990, S. 337

Nach 1890 verschlechterten sich nicht nur die deutsch-russischen, sondern auch die deutsch-britischen Beziehungen. War Wilhelm II. hierbei im Fall Russlands der Getriebene, so betätigte er sich im Fall Großbritanniens selbst als Treiber. Einen Markstein in der Geschichte der Beziehungen zu Großbritannien stellte die Krüger-Depesche dar.

Am 29. Dezember 1895 drang der Brite Leander Starr Jameson mit einigen hundert Bewaffneten von der britischen Kap-Kolonie aus in Transvaal ein. Sein Ziel war, in der Burenrepublik, die gigantische Vorkommen von Diamanten und Gold beherbergte, die Macht zu übernehmen. Die britische Regierung selbst war an dem Unternehmen nicht beteiligt. Aber Jameson handelte im Auftrag von Cecil Rhodes, dem Ministerpräsidenten der Kap-Kolonie. Und Rhodes war in den 1890er Jahren **die** Symbolfigur des britischen Imperialismus. Der Überfall scheiterte schon am 2. Januar 1896 kläglich: Jamesons Truppe wurde von den Buren eingekesselt und musste sich ergeben.

Der Vorfall erregte weltweit gewaltiges Aufsehen. Kaiser Wilhelm II. war ganz in seinem Element. Bereits am 3. Januar tauchte er, von drei Admiralen flankiert, in der Reichskanzlei auf und verkündete Kanzler Hohenlohe, was zu geschehen habe: ein deutsches Protektorat über Transvaal errichten, die Marineinfanterie mobilisieren und ein deutsches Expeditionskorps nach Transvaal entsenden.

Als der entsetzte Hohenlohe ihm erklärte, das alles bedeute Krieg mit England, erwiderte Wilhelm unbekümmert: „Aber nur zu Lande!“⁶⁸ Es gelang, dem Kaiser seine Pläne auszureden. Wilhelm II. bestand aber darauf, dem Präsidenten von Transvaal, Paulus („Ohm“) Krüger, ein Telegramm zu schicken. Es lautete: „Ich spreche Ihnen Meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, dass es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten

⁶⁸ Zit. nach: Erich Eyck, Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914, Erlenbach-Zürich 1948, S. 134.

Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit Ihres Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“⁶⁹

Die Depesche wirkte, als sei ein Blitz in ein Pulverfass eingeschlagen. Große Teile der deutschen Öffentlichkeit begeisterten sich an dem „forschen“ Ton Wilhelms. Die britische Öffentlichkeit aber empfand die Äußerungen des Kaisers als feindseligen Akt und war aufs Tiefste verletzt. Die englischen Massenblätter waren voll von hasserfüllten Ausbrüchen. Der deutsche Diplomat Graf Bernstorff urteilte später rückblickend: „Das Krüger-Telegramm spielte in den deutsch-englischen Beziehungen annähernd die gleiche Rolle wie später die ‘Lusitania’ in den deutsch-amerikanischen, d. h. es wurde in England nie vergessen, weil es als Kennzeichen der wahren inneren Gesinnung der Deutschen galt.“⁷⁰

Die halbhegemoniale Machtposition, welche das Deutsche Reich unter Bismarck in Europa eingenommen hat, war nach 1890 schnell dahin. Der Aufbruch in die „Weltpolitik“, der sich bereits 1895 ankündigte, diente nicht zuletzt dem Ziel, die Serie außenpolitischer Fehlschläge zu beenden.

5. „Weltpolitik“ und Flottenrüstung 1897 – 1900

Am 6. Dezember 1897 sprach Staatssekretär Bülow zum ersten Male vor dem Reichstag. In den regierenden Kreisen wusste man, dass er das besondere Vertrauen des Kaisers besaß und deshalb schon jetzt zu den einflussreichsten Mitgliedern der Reichsregierung gehörte. Für die Öffentlichkeit und auch für das Gros der Reichstagsabgeordneten war er hingegen ein unbeschriebenes Blatt. Das änderte sich an diesem Tage. Die Ansprache des Staatssekretärs

⁶⁹ Zit. nach: Quellen zur deutschen Außenpolitik im Zeitalter des Imperialismus 1890 - 1911. Hrsg. von Michael Behnen, Darmstadt 1977, S. 143 f.

⁷⁰ Graf Johann Heinrich Bernstorff, Erinnerungen und Briefe, Zürich 1936, S. 30 f.

erregte im In- und Ausland enormes Aufsehen. Die zwei Kernsätze lauteten:

„Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin thront – diese Zeiten sind vorüber ... Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“⁷¹

Drei Wochen zuvor, am 14. November 1897, hatten deutsche Marineeinheiten in China das Gebiet von Kiautschou (Jiaozhou) besetzt. Die Zusammenhänge und Perspektiven dieser Okkupation bildeten den Schwerpunkt von Bülow's Rede. Jeder, der die Rede hörte oder dann den Text in der Zeitung las, wusste, was Bülow meinte, wenn er von einem „Platz an der Sonne“ sprach: Kolonien und Einflusszonen.

Etliche Jahre später hat Bülow dann die Aufgabe, die ihm 1897 übertragen worden war, wie folgt umrissen: „Entwicklung unseres Handels, Übergang zur Weltpolitik und insbesondere Schaffung einer deutschen Flotte ohne Zusammenstoß mit England, dem wir noch in keiner Weise gewachsen waren.“⁷² Die Stichworte „Handel, Weltpolitik, Flotte“ deuten vage auf tief greifende Wandlungen innerhalb der entwickelten Staaten und in den internationalen Beziehungen hin, die sich um die Jahrhundertwende vollzogen und für das Zeitalter des Imperialismus kennzeichnend waren.

Die territoriale Aufteilung der Welt unter die Kolonialmächte war um 1900 bereits nahezu abgeschlossen. Es setzte deshalb ein heftiges Ringen dieser Staaten um die letzten überseeischen Gebiete ein, die noch nicht zu einem der Kolonialreiche gehörten. Das waren vor allem China, die Türkei, Marokko und Persien. Zu dieser Zeit ver-

71 Fürst Bülow's Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik. Hrsg. von Johannes Penzler, Bd. 1, Berlin 1907, S. 71.

72 Zit. nach: Peter Winzen, Bülow's Weltmachtkonzept. Untersuchungen zur Frühphase seiner Außenpolitik 1897 - 1901, Boppard am Rhein 1977, S. 64, Anm. 11.

schob sich das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der führenden Weltmacht Großbritannien in dramatischer Weise. So stieg von 1896 bis 1910 die englische Stahlproduktion um 154 Prozent – und die deutsche um 1.335 Prozent. Das deutsche Kaiserreich war bei der Aufteilung der Welt in Kolonien und Einflusszonen zu spät gekommen. Begehrlich richtete man in den herrschenden Kreisen mehr und mehr den Blick vom eigenen mageren Kolonialbesitz auf das gigantische britische Weltreich, dessen Ausplünderung den Briten so große Reichtümer einbrachte.

Die Rede Bülows vom 6. Dezember signalisierte, dass das kaiserliche Deutschland eine Expansionspolitik eingeleitet hatte, deren Stoßrichtung sich objektiv vor allem gegen das britische Weltreich richtete. Die Antriebe dieser deutschen „Weltpolitik“ waren vielfältig. Fast das gesamte Großbürgertum stand hinter dieser Politik. Es setzte große, häufig stark überzogene Erwartungen in eine verstärkte ökonomische und koloniale Expansion nach Übersee. Die Akteure der „Weltpolitik“ wollten durch eine erfolgreiche Expansion einerseits die „Sammlung“ von Großbürgertum und Großagrariern vertiefen und festigen. Andererseits waren sie bestrebt, einen möglichst großen Teil des Volkes, insbesondere die Mittelschichten, unter Ausnutzung „nationaler“ Parolen für ihre Politik zu gewinnen. In diesem Sinne schrieb Bülow am 26. Dezember 1897 an Eulenburg: „Ich lege den Hauptakzent auf die auswärtige Politik. [...] Nur eine erfolgreiche äußere Politik kann helfen, versöhnen, beruhigen, sammeln, einigen ... Die Summa summarum bleibt nach außen: Ruhe; Taten und nicht Worte [...] Im Innern: Keine konfessionelle Politik, keine Schläge ins Wasser mit totgeborenen Umsturz- und ähnlichen Gesetzen, Kontinuität.“⁷³

Bülow hat die imperialistische „Weltpolitik“ nicht etwa erfunden. Er hat sie aber auf griffige Formeln gebracht und sie geprägt. Seine „Weltpolitik“ folgte keinem ausgreifenden geheimen Plan. Sie war

⁷³ Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz. Hrsg. von John C. G. Röhl, Bd. 3: Krisen, Krieg und Katastrophen 1895 – 1921, Boppard am Rhein 1983, S. 1877 f.

vielmehr darauf ausgerichtet, vorteilhafte Konstellationen der internationalen Politik improvisierend zu nutzen. 1898/99 gelang es Bülow, die pazifische Insel Samoa, die Marianen, die Karolinen und Palau zu erwerben. Innerhalb der „Weltpolitik“ nahm der Bau der Bagdadbahn als eine strategische Konstante eine Sonderstellung ein. Bülow war als typischer „Wilhelminist“ in seiner Außenpolitik stets darauf aus, vorzeigbare Prestigeerfolge zu erringen, die nicht zuletzt seine persönliche Machtposition festigen sollten.

Der außenpolitische Spielraum Bülows wurde bald durch die deutsche Flottenrüstung eingeschränkt. Initiatoren der Flottenrüstung waren Wilhelm II. und Admiral Tirpitz. Bülow trug diese Politik mit, wobei er zunächst ihre verhängnisvollen Auswirkungen auf die deutsch-britischen Beziehungen nicht erkannte.

Seit dem 30. November 1897 lag dem Reichstag der Entwurf eines Flottengesetzes vor. Die deutsche Flotte zählte damals 7 Linienschiffe (Schlachtschiffe), die britischen hingegen 38. Die Flottenvorlage sah vor, die deutsche Flotte bis 1904 auf einen Stand von 19 Linienschiffen sowie 8 Küstenpanzerschiffen und 42 Kreuzern zu bringen. Am 28. März 1898 konnten Bülow und Tirpitz, die monatelang unermüdlich auf die Öffentlichkeit und den Reichstag eingetrommelt hatten, triumphieren: der Reichstag nahm mit 212 gegen 139 Stimmen die Vorlage an.

Mit dem Flottengesetz gab die Reichsregierung eine indirekte Antwort auf die Frage, mit welchen Mitteln Deutschland einen „Platz an der Sonne“ erringen könne. Bismarck hatte sich seinerzeit große Mühe gegeben, ein gutes Verhältnis zu England zu wahren. Aus diesem Grunde hatte er die deutsche Kriegsflotte klein gehalten und die Kolonialexpansion begrenzt. Bülow, der doch aus Bismarcks Schule kam, hatte 1897/98 entscheidenden Anteil daran, dass die offizielle deutsche Politik sich von diesen Maximen abwandte.

Um die Jahrhundertwende erkannten führende britische Politiker, dass ihre traditionelle Politik der „splendid isolation“ an ihre

Grenze gestoßen war. Großbritannien musste sich entweder mit Frankreich und Russland oder aber mit Deutschland arrangieren. Am 30. November 1889 sprach sich Kolonialminister Joseph Chamberlain in einer öffentlichen Rede für eine Allianz zwischen Deutschland, England und den USA aus.

Bülow und Tirpitz gaben ihm bereits am 11. Dezember 1899 eine unmissverständliche Antwort. An diesem Tage kündigte die deutsche Reichsregierung den Entwurf eines zweiten Flottengesetzes an. Die Vorlage schrieb für die deutsche Kriegsflotte eine Sollstärke fest, welche nahe an die der Royal Navy heranreichte: 38 Linienschiffe und 52 Kreuzer. Die einseitige Orientierung auf die Linienschiffe mit ihrem begrenzten Aktionsradius machte deutlich, dass die deutsche Flottenrüstung sich vorab gegen England richtete.

An diesem 11. Dezember hielt Bülow vor dem Reichstag eine seiner markantesten Ansprachen, die „Amboss-oder-Hammer-Rede“. Das Bündnisangebot Chamberlains ignorierte er darin geflissentlich. Wichtige Aussagen seiner Rede waren bewusst so vage gehalten, dass sie dem Hörer und Leser jede Menge Spielraum ließen, das Ungesagte mit seiner Phantasie auszufüllen. Bülow verkündete eingangs: „Man hat gesagt, meine Herren, dass in jedem Jahrhundert eine Auseinandersetzung, eine große Liquidation stattfindet, um Einfluss, Macht und Besitz auf der Erde neu zu verteilen ...“. Sodann legte er dar, wie im 16. Jahrhundert die Spanier und Portugiesen, im 18. Jahrhundert die Engländer ihre Weltreiche errichteten. Anschließend fragte er: „Stehen wir wieder vor einer neuen Teilung der Erde ...?“ Daran wiederum schloss sich die Erklärung: „träumend beiseite stehen, während andere Leute sich den Kuchen teilen, das können wir nicht und das wollen wir nicht.“ Schließlich sagte Bülow: „In dem kommenden Jahrhundert wird das deutsche Volk Amboß oder Hammer sein.“⁷⁴

74 Fürst Bülows Reden, Bd. 1, S. 89, 90 u. 96.

Aus großem zeitlichen Abstand hat Klaus Hildebrand in seiner Gesamtdarstellung zur deutschen Außenpolitik betont, wie verantwortungslos die Regierenden des Kaiserreichs „Weltpolitik“ und Flottenrüstung inszenierten: „Riskant, fast übermütig, ja leichtfertig setzte man zum weltpolitischen Sprung an. Ein hasardeurhafter Zug des alles oder nichts haftete der Entscheidung zum Flottenbau an.“⁷⁵

6. Die Innenpolitik der Ära Bülow 1900 – 1909

Am 17. Oktober 1900 ernannte Wilhelm II. Bernhard von Bülow zum Reichskanzler. Bülow stellte die Autorität der Reichsregierung, die sich während der Kanzlerschaft Hohenlohes stark verringert hatte, zügig wieder her. Nach einer Umbildung der preußischen Regierung im Jahre 1901 konnte er eine weitgehende Homogenität der Politik von Reichsregierung und preußischer Regierung durchsetzen.

In der Politik der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie stellte der Beginn der Kanzlerschaft Bülows eine deutliche Zäsur dar. Es war Bülow ebenso wie dem Staatssekretär des Reichsamts des Inneren, Posadowsky, klar geworden, dass es unmöglich sein würde, im Reichstag neue Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterbewegung durchzubringen. Beide stellten sich deshalb darauf ein, den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit flexibleren Methoden zu führen und nahmen die Sozialpolitik wieder auf.

Noch im Jahre 1900 wurde die Unfallversicherung erweitert. Es folgte 1901 die Einführung obligatorischer Gewerbegerichte (Schiedsgremien für Arbeitsstreitfälle). 1903 wurde die Dauer der Krankenversicherung verlängert und das Verbot der Kinderarbeit auf die Heimindustrie ausgedehnt. Seit 1901 unterstützte die Reichsregie-

⁷⁵ Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871 - 1945, Stuttgart 1995, S. 193.

rung den Bau von Arbeiterwohnungen mit vier bis fünf Millionen Mark pro Jahr (während sie für jedes einzelne Schlachtschiff der „Braunschweig“-Klasse 24 Millionen Mark aufwendete).

Kein anderes Thema hat Bülow in den ersten zwei Jahren seiner Kanzlerschaft so intensiv beschäftigt wie die Zolltarifreform. Die Großagrарier drängten die Reichsregierung massiv, ihre 1897 gegebene Zusage einzulösen und die Einfuhrzölle für Agrarprodukte zu erhöhen. Sie forderten, bei den Importzöllen für Getreide einen Doppeltarif einzuführen (einen Minimaltarif, der künftigen Handelsverträgen zugrunde gelegt werden sollte, und einen Maximaltarif, der in Zukunft bei Agrarimporten aus solchen Ländern angewendet werden sollte, mit denen keine Handelsverträge abgeschlossen würden). Dagegen lehnten Bank- und Handelskreise und große Teile der Industriellen eine Steigerung der Agrarzölle ab. Sie befürchteten zum einen, eine Erhöhung der Agrarzölle werde es künftig sehr erschweren, Handelsverträge abzuschließen. Zum anderen war klar, dass Zollerhöhungen zu einer Steigerung der Lebensmittelpreise führen und neue Lohnforderungen der Arbeiter nach sich ziehen würden.

Die Unnachgiebigkeit der extremen Agrарier einerseits, die heftige Opposition der Sozialdemokratie und die Erregung breiter Bevölkerungskreise andererseits brachten Bülow in Zugzwang. Hinter verschlossenen Türen verhandelte er mit dem Führer der Freikonservativen Partei, Wilhelm von Kardorff, und weiteren gemäßigten Agrарiern. Am 27. November legte Kardorff schließlich dem Reichstag einen Kompromissantrag vor. Der Antrag ging bei den Maximaltarifen über den Regierungsentwurf hinaus, folgte ihm aber bei den weitaus wichtigeren Minimaltarifen. Am 14. Dezember 1902 nahm der Reichstag mit 202 gegen 100 Stimmen die Zolltarifvorlage an.

Die Verabschiedung des Zolltarifgesetzes war ein wichtiger Erfolg der Bülow'schen Sammlungspolitik. Das Bündnis von Junkertum und Schwerindustriellen hatte auf Kosten der Verbraucher eine sta-

bile wirtschaftspolitische Basis erhalten. Gleichzeitig gelang es, die ländlichen Mittelschichten weit gehend in die „Sammlung“ einzu-beziehen. Der neue Zolltarif trat im März 1906 in Kraft und trug zu einer sprunghaften Erhöhung der Lebensmittelpreise bei.

Am 13. Dezember 1906 lehnte es der deutsche Reichstag mit den Stimmen der Sozialdemokratie, der Zentrumspartei und der polnischen Fraktion ab, zusätzliche Mittel für die Niederwerfung des Aufstandes der Herero und Nama, der seit 1904 in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika im Gange war, zu genehmigen. Unmittelbar nach der Abstimmung verlas Reichskanzler Bülow ein Schreiben des Kaisers, das den Reichstag für aufgelöst erklärte. Bülow wollte sich durch Neuwahlen eine stärkere und stabilere parlamentarische Basis für die Weiterführung seiner Politik schaffen. Er wollte das Zentrum für eine begrenzte Zeit in die Opposition schicken, um es zu „erziehen“. Anstelle des Zentrums sollten die Nationalliberalen und – erstmalig seit dem Bestehen des Kaiserreiches – die linksliberalen Parteien Regierungsparteien werden.

Die Reichsregierung sowie die konservativen und liberalen Parteien und Verbände entfesselten im Wahlkampf eine heftige nationalistische Kampagne. Der Hauptstoß wurde gegen die sozialdemokratische Partei gerichtet, aber auch die Zentrumspartei und die Polen wurden zu „Reichsfeinden“ erklärt. Die Wahlen vom Januar und Februar 1907 brachten einen Erfolg der konservativen und liberalen Parteien, welche die undemokratische Wahlkreiseinteilung ausgenutzt und sich auf Abkommen für die Stichwahlen geeinigt hatten. Die sozialdemokratische Partei verlor 38 Mandate, obgleich ihr Stimmenanteil sich nur von 31,71 auf 27,94 % verringert hatte. Die Deutschkonservative Partei, die Freikonservative Partei und die Nationalliberale Partei besaßen nunmehr zusammen mit den linksliberalen Parteien Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Deutsche Volkspartei sowie einigen Splittergruppen im Reichstag die absolute Mehrheit. Sie bildeten bis 1909 als „Bülow-Block“ die parlamentarische Stütze der Reichsregierung.

Im April 1908 setzten die Parteien des Bülow-Blocks im Reichstag das Reichsvereinsgesetz durch. Dieses Gesetz stellte einen Kompromiss zwischen den Bestrebungen der konservativen und liberalen Kräfte dar. Sein Paragraph 12 schrieb vor, dass in allen öffentlichen Versammlungen nur deutsch gesprochen werden durfte. Paragraph 17 untersagte es Personen unter 18 Jahren, politischen Vereinen anzugehören und an öffentlichen Versammlungen teilzunehmen. Der „Sprachenparagraph“ diente zur Unterdrückung der nationalen Minderheiten, vor allem der Polen. Der „Jugendlichenparagraph“ richtet sich gegen die Arbeiterjugendbewegung. Gleichzeitig brachte das Gesetz auch einige Fortschritte. Anstelle der bisherigen, zum Teil erheblich voneinander abweichenden Vereinsgesetze der verschiedenen Bundesstaaten bestand nunmehr ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht. Die Frauen erhielten nun die Möglichkeit, sich legal politisch zu betätigen und zu organisieren.

Ende Oktober 1908 veröffentlichte die englische Zeitung „Daily Telegraph“ in der Form eines Interviews Äußerungen Kaiser Wilhelms II. über die deutsch-englischen Beziehungen.⁷⁶ Wilhelm II. versuchte auf plumpe Weise die Besorgnis der Briten über die deutsche Flottenrüstung zu zerstreuen. Gleichzeitig beschimpfte er das englische Volk und verbreitete offenkundige Lügen. Die Entgleisungen Wilhelms riefen in England große Empörung hervor. In der deutschen Öffentlichkeit aber – in der sich bereits viel Verärgerung über verantwortungslose Äußerungen Wilhelms und über seine willkürlichen Eingriffe in die Regierungspolitik angesammelt hatte – erhob sich in allen politischen Lagern ein Sturm der Kritik am Kaiser. Selbst die Deutschkonservative Partei und Reichskanzler Bülow forderten Wilhelm II. auf, künftig bei seinen öffentlichen Verlautbarungen Zurückhaltung zu üben, und der Kaiser musste entsprechende Zusicherungen machen.

⁷⁶ Abgedruckt in: Quellen zur deutschen Außenpolitik im Zeitalter des Imperialismus 1890 - 1911, S. 412 - 416.

In verfassungsrechtlicher Hinsicht hatte die „Daily-Telegraph“-Affäre keine nennenswerten Ergebnisse. Aber Wilhelm II. steigerte sich bald, von intriganten Höflingen darin bestärkt, in Hassgefühle gegen Bülow hinein, der ihn „verraten“ habe. Er beschloss insgeheim, Bülow zu entlassen, sobald sich eine passende Gelegenheit bieten sollte.

Die forcierte Aufrüstung Deutschlands trieb die Staatsverschuldung in die Höhe. Die Reichsregierung legte deshalb im November 1908 die Entwürfe neuer Steuergesetze vor, die pro Jahr zusätzliche Staatseinnahmen von 500 Millionen Mark erbringen sollten. Davon sollten 80% durch Verbrauchssteuern – die vor allem die breiten Bevölkerungsschichten belasteten – und knapp 20% durch eine Erbschaftssteuer – die in erster Linie die Großgrundbesitzer betraf – aufgebracht werden. Ein Großgrundbesitzer beispielsweise, der ein Gut im Werte von 400.000 Mark erbt, sollte die vorgesehene Erbschaftssteuer in 20 Jahresraten zu je 420 Mark bezahlen können. Die konservativen Parteien lehnten im Juni 1909 unter dem Einfluss des Bundes der Landwirte gemeinsam mit dem Zentrum und der polnischen Fraktion im Reichstag die Steuervorlage ab. Damit war der Bülow-Block gesprengt. Die Konservativen einigten sich mit dem Zentrum, anstelle der Erbschaftssteuer eine Stempelsteuer auf Wertpapiere einzuführen, womit statt der Junker das Wirtschaftsbürgertum belastet wurde. Dass Wilhelm II. Bülow entlassen wollte, wussten die Führer der Konservativen genau. Sie selber strebten nicht nur wegen der geplanten Erbschaftssteuer den Sturz Bülows an, sondern auch deshalb, weil dieser eine Reform des reaktionären preußischen Dreiklassenwahlrechts angekündigt hatte. Im Juli 1909 wurde Theobald von Bethmann Hollweg neuer Reichskanzler.

7. Die Innenpolitik der Ära Bethmann Hollweg 1909 – 1914

Bülows Nachfolger Hollweg war zuvor Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren gewesen. Er besaß auf dem Felde der inneren Verwaltung einen großen Fundus an Wissen und Erfahrung. Im

Grunde freilich war er kein Staatsmann, sondern lediglich ein gebildeter Behördenchef. Es fehlte ihm an Machtinstinkt, Entschlussfreudigkeit und Ausstrahlung.

Der neue Kanzler trat sein Amt in einer prekären innenpolitischen Situation an. Die Konservativen hatten aus purem Interessenegoismus heraus Bülow's Reichsfinanzreform vereitelt und den Bülow-Block gesprengt. Die Zentrumspartei hatte sich aus Machtkalkül daran beteiligt. Im bürgerlich-liberalen Lager war man tief erbittert. Bereits Mitte 1909 formierte sich der Hansa-Bund, eine bürgerlich-liberale Sammlungsbewegung aus Handel, Banken und Industrie. In den liberalen Parteien (die sich dann 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei zusammenschlossen) wuchs der Einfluss linker Kreise.

Im Reichstag stützte Bethmann sich notgedrungen vor allem auf die Konservativen und das Zentrum, die zusammen den „schwarz-blauen Block“ bildeten. Eigentlich schwebte ihm eine vorsichtige Reformpolitik vor, die sich auf wechselnde Mehrheiten stützen sollte.

Im Februar 1910 legte Bethmann den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes für Preußen vor. Es sah vor, das Dreiklassenwahlrecht, das den Konservativen die Vorherrschaft im preußischen Landtag sicherte, beizubehalten und lediglich etwas zu modifizieren. So sollten künftig Akademiker sowie ausgediente Offiziere und Unteroffiziere als „Kulturträger“ in eine höhere Wählerklasse eingestuft werden. Selbst dieser Entwurf ging den Konservativen zu weit. Die Sozialdemokratie aber organisierte zahlreiche Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht. Allein in Berlin beteiligten sich an diesen Massendemonstrationen am 13. Februar 1910 200.000, am 6. März 150.000 und am 10. April 250.000 Menschen. Im Mai 1910 zog Bethmann seinen Entwurf zurück.

Im Jahre 1911 ging der Kanzler sein zweites Reformprojekt an. Das „Reichsland“ Elsass-Lothringen hatte noch immer nicht den Status eines normalen Bundesstaates, besaß kein Parlament und keine

Landesregierung. Es wurde weiterhin von einem Statthalter verwaltet, der dem Kaiser unmittelbar unterstellt war. Bethmann legte im Reichstag den Entwurf einer Verfassung für Elsass-Lothringen vor, der wenigstens die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für einen Landtag vorsah. Der Entwurf wurde im Mai 1911 vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen, wobei die Sozialdemokraten dafür, die Konservativen dagegen stimmten.

Die Reichstagswahlen im Januar 1912 brachten dann einen dramatischen Linksruck: Die Sozialdemokratie errang 34,8% der Stimmen und 110 Mandate. Die Konservativen, die Nationalliberalen und insbesondere das Zentrum verloren deutlich, während die Fortschrittliche Volkspartei dank eines Stichwahlabkommens mit den Sozialdemokraten erheblich zulegte. Der „schwarzblaue Block“ hatte seine Mehrheit eingebüßt. Rechnerisch war im Reichstag fortan eine Mehrheit aus Nationalliberalen, Linksliberalen und Sozialdemokraten (der Großblock „von Bassermann bis Bebel“) und eine Mehrheit aus Zentrum, Linksliberalen und Sozialdemokratie möglich. Die neue Mehrheit sollte sich dann freilich erst während des Weltkriegs formieren. Vorerst blockierten die politischen Lager sich gegenseitig.

Der Wahlausgang 1912 verringerte den Handlungsspielraum der Reichsregierung weiter. Im rechten Lager rückte man enger zusammen und versteifte sich noch mehr auf die Verteidigung seiner politischen und sozialen Besitzstände. „Alte“ und „neue“ Rechte (vor allem die Konservative Partei und der Alldeutsche Verband) gaben die Distanz, die sie bisher zueinander gewahrt hatten, nach und nach auf.

In der sozialdemokratischen Partei, die bei den Wahlen einen so eindrucksvollen Sieg errungen hatte, gab es einen radikalen linken Flügel um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und einen reformistischen rechten Flügel. Dominierende Kraft waren aber die Zentristen. Sie behielten die bisherige revolutionäre Theorie und Rhetorik bei, betrieben in der Praxis aber Reformarbeit. Nach dem

Tode der alten Parteiführer Paul Singer (1911) und August Bebel (1913) wurden der Zentrist Hugo Haase und der eher dem rechten Flügel nahe stehende Friedrich Ebert Parteivorsitzende. Diese Doppelspitze stand für innerparteiliche Integration und für geringe Handlungsfähigkeit.

Auf dem Felde der Rüstungspolitik gab es im bürgerlichen Lager einen breiten Konsens. Im Juni 1913 nahm der Reichstag die größte Heeresvorlage seit 1871 an. Sie sah vor, die Armee bis 1916 um 131.000 Mann zu verstärken. Die Feuerkraft der Infanterie wurde durch die Aufstellung von 135 neuen Maschinengewehr-Kompagnien beträchtlich verstärkt. Weitere neue Waffen, so schwere Minenwerfer und schwerste Steilfeuergeschütze, wurden eingeführt.

Die Sozialdemokratie hatte, wie stets seit 1871, gegen die Heeresvorlage votiert. Im Reichstag kam es zu heftigen Auseinandersetzungen um die Finanzierung der gewaltigen Heeresvorlage. Gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen verständigten sich Zentrum und Liberale auf einen „Wehrbeitrag“ (eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von einer Milliarde Mark) und eine progressive Vermögenszuwachssteuer. Im Kampf um die Deckung der Militärausgaben hatte sich eine neue Mehrheit gebildet (Zentrum, Nationalliberale, Linksliberale und Sozialdemokraten).

Ende 1913 verdeutlichten Vorfälle in der elsässischen Garnisonsstadt Zabern, wes' Geistes Kind viele preußische Offiziere waren. Ende Oktober erging sich ein junger preußischer Leutnant in einer Instruktionsstunde in beleidigenden Äußerungen gegen die Elsässer und hetzte seine Soldaten gar zur Tötung von Zivilpersonen auf. Als diese Äußerungen öffentlich bekannt wurden, lösten sie in Zabern Proteste der Bevölkerung aus. Der Kommandeur des in Zabern und weiteren Orten stationierten Infanterieregiments ließ daraufhin in rechtswidriger Weise 28 Personen verhaften und misshandeln. Die Militärbehörden und der Kaiser deckten die Übergriffe der betreffenden Offiziere. Als die Vorfälle im Reichstag zur Sprache kamen, lavierte Kanzler Bethmann. Er musste sich dann gar mit dem pro-

vozierend auftretenden Kriegsminister Erich von Falkenhayn solidarisieren. Der Reichstag sprach ihm daraufhin mit 293 zu 54 Stimmen sein Misstrauen aus. Die Zabernaffäre hat die wirklichen Machtverhältnisse im Kaiserreich jäh verdeutlicht. Der Militärapparat hatte vor der Welt demonstriert, dass Reichstag und Reichsregierung ihm gegenüber letztlich ohnmächtig waren.

8. Die außenpolitische Isolierung des Kaiserreichs 1900 – 1914

Das Deutsche Reich hatte bei seinem Übergang zur „Weltpolitik“ eine günstige internationale Mächtekonstellation ausnutzen können, und Bülow meinte, diese Konstellation habe einen Ewigkeitswert. Noch 1898 wäre es während der Fashoda-Krise um ein Haar zu einem englisch-französischen Kriege gekommen, und im Gefolge der Intervention der imperialistischen Mächte in China von 1900/1901 verschärfen sich die Spannungen zwischen Russland und England weiter. Für Bülow, Holstein und die anderen führenden deutschen Diplomaten war es geradezu ein Glaubenssatz, dass die Widersprüche zwischen Russland und England („Bär“ und „Walfisch“), aber auch die zwischen England und Frankreich unüberbrückbar seien. Bülow war überzeugt, dass Deutschland den Rücken für die Forcierung der „Weltpolitik“ frei habe: „Die großen Ziele der heutigen Interessenpolitik – Mittelmeer, Byzanz, Persien, Ostasien – sind Fragen, denen gegenüber wir die Freiheit der Entscheidung haben.“⁷⁷

Die deutschen „Weltpolitiker“ überschätzten den außenpolitischen Handlungsspielraum des Kaiserreichs in geradezu abenteuerlicher Weise. Das erste deutsche Flottengesetz hatte die Briten noch nicht beunruhigt, das Zweite vom Jahre 1900 aber tat das gründlich. 1899 hatte die türkische Regierung mit der von der Deutschen Bank gegründeten Anatolischen Eisenbahngesellschaft einen Vorvertrag

⁷⁷ Bülow an Karl Graf von Wedel, 17.12.1901, in: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 - 1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, Bd. 18/II, Berlin 1924, Nr. 5709, S. 510.

über den Bau einer 3.200 Kilometer langen Eisenbahnlinie abgeschlossen, die von Konya über Bagdad zum Persischen Golf führen sollte. Im Jahre 1904 wurde der erste Streckenabschnitt von Konya nach Bulgurlu in Betrieb genommen. Die Türkei wurde nun zum Hauptbetätigungsfeld der deutschen Expansionspolitik. Zwischen 1880 und 1914 stiegen die deutschen Investitionen in der Türkei von 40 Millionen Mark auf mehr als 600 Millionen. Deutsche Militärs reorganisierten die türkische Armee.

Die Regierenden in St. Petersburg befürchteten, die Dardanellen und der Bosphorus – jene alten Expansionsziele der russischen Zaren – würden unter deutsche Vorherrschaft geraten. In London sah man den Suezkanal und somit die Verbindungslinie nach Indien bedroht.

1900/1901 warfen deutsche Truppen gemeinsam mit russischen, britischen, französischen und Truppen von vier weiteren Staaten in China die Erhebung der Yihetuan („Boxer“) nieder. Blutrünstige Äußerungen, die Kaiser Wilhelm bei der Verabschiedung des deutschen Kontingents in seiner berüchtigten „Hunnenrede“ machte, haben dem deutschen Ansehen in der Welt schwer geschadet.

Die Zuspitzung des deutsch-englischen Gegensatzes führte rasch zu einer Schwächung des Dreibundes. Italien musste wegen seiner langen ungeschützten Küste eine Konfrontation mit der Seemacht Großbritannien vermeiden. Bereits 1902 schloss es ein geheimes Abkommen mit Frankreich, in dem es sich verpflichtete, im Falle eines deutsch-französischen Krieges neutral zu bleiben. Damit hatte sich Italien de facto bereits von den militärischen Verpflichtungen losgesagt, die ihm aus dem Dreibundvertrag erwachsen.

Am 8. April 1904 schlossen Großbritannien und Frankreich den als „Entente cordiale“ bekannt gewordenen Vertrag. In diesem Abkommen erkannte Frankreich die britische Herrschaft über Ägypten an, und England überließ in einem geheimen Zusatzabkommen den Franzosen den größten Teil Marokkos, das formell noch ein souveräner Staat war.

Die Bildung der Entente bedeutet das Fiasko von Bülow und Holsteins Politik der „freien Hand“. Die deutsche Expansion nach dem Fernen und Nahen Osten und die Flottenrüstung hatten binnen weniger Jahre dazu geführt, dass die weltpolitische Mächtekonstellation sich dramatisch veränderte. Die alten Rivalen England und Frankreich waren mehr und mehr dazu übergegangen, ihre Differenzen auszugleichen und sich gegen den neuen gefährlicheren Gegner zusammenzuschließen. Es war nur eine Frage der Zeit, dass auch Russland zur Entente stoßen und Deutschland völlig in die außenpolitische Isolierung geraten würde.

Im Jahre 1905 war das mit Frankreich verbündete Russland, durch die Revolution und durch die Niederlage im Krieg gegen Japan geschwächt, außenpolitisch nicht aktionsfähig. Die regierenden Kreise Deutschlands beschlossen, diese für sie günstige Situation zu einem Vorstoß gegen Frankreich auszunutzen.

Bereits seit den 90er Jahren tobte in Marokko ein erbitterter Kampf zwischen deutschen und französischen Rüstungsfirmen um die reichen Erzvorkommen dieses Landes und um den profitablen Waffenhandel. Im Februar 1905 erschien der französische Gesandte George Taillandier beim Sultan in Fez und forderte diesen auf, eine Anzahl von „Reformen“ durchzuführen (insbesondere Armee und Zollwesen französischer Aufsicht zu unterstellen), die Marokko in ein französisches Protektorat verwandelt hätten.

Bülow und Holstein wollten nicht nur die französische Expansion in Marokko stoppen. Sie verfolgten darüber hinaus das Ziel, durch eine Demütigung Frankreichs die anglo-französische Entente nachhaltig zu schwächen. Am 31. März 1905 landete Wilhelm II. in der marokkanischen Hafenstadt Tanger und brachte dort zum Ausdruck, dass das deutsche Kaiserreich gleichfalls Ansprüche auf Marokko erhob. Wenige Tage später forderte die Reichsregierung, eine internationale Konferenz von 13 Staaten einzuberufen, die über die Ansprüche Frankreichs und anderer Länder auf Marokko befinden sollte. Sie war fest davon überzeugt, eine solche Konferenz werde mit einer diplomatischen Niederlage Frankreichs enden. Als die

französische Regierung sich zunächst weigerte, auf die deutschen Forderungen einzugehen, drohte die Reichsregierung mit Krieg. Das war keineswegs nur ein Bluff. Führende deutsche Militärs, darunter Alfred von Schlieffen, erwogen ernsthaft einen Angriffskrieg gegen Frankreich. Die britische Regierung bot Frankreich militärischen Beistand an. So entstand eine gefährliche Spannungssituation. Schließlich wich die französische Regierung vor den deutschen Drohungen zurück und stimmte einer Marokkokonferenz zu.

Die internationale Marokkokonferenz, die von Januar bis April 1906 in der spanischen Stadt Algeciras tagte, brachte entgegen den Erwartungen Bülow und Holsteins einen Triumph Frankreichs und eine schwere diplomatische Niederlage Deutschlands. Die Konferenzmehrheit, darunter die Vertreter Englands, Russlands, der USA und Italiens, übertrug Frankreich die Kontrolle über die Polizei sowie das Finanz- und Zollwesen Marokkos. Damit war der Weg für die künftige Verwandlung Marokkos in eine französische Kolonie geebnet. Die Entente hatte sich gefestigt, und die Gegensätze zwischen ihr und dem deutsch-österreichischen Block hatten sich weiter zugespitzt.

Während der Marokkokrise arbeitete Generalstabschef Schlieffen die endgültige Fassung eines Planes für einen Feldzug gegen Frankreich aus. Dieser Plan sah vor, dass die Masse der deutschen Armee überraschend durch die neutralen Länder Belgien, Holland und Luxemburg hindurch in Frankreich eindringen, den starken französischen Festungsgürtel umgehen und auf Paris vorstoßen sollte. Das deutsche Heer sollte dann um Paris herum nach Südosten schwenken und die gesamte französische Armee in einer gewaltigen Kesselschlacht vernichten. Der ganze Feldzug sollte nur sechs Wochen dauern. Der Plan Schlieffens war letztlich unrealistisch. Schlieffen unterschätzte die Kampfkraft der französischen Armee und überschätzte die möglichen Marschleistungen der deutschen Truppen.

1905/06 ging Großbritannien zum Bau von Großkampfschiffen über. Im Februar 1906 lief das Linienschiff „Dreadnought“, im

April 1907 der Schlachtkreuzer „Invincible“ vom Stapel. Die englische Marineführung war davon überzeugt, Deutschland sei aus technischen und finanziellen Gründen nicht in der Lage, Großkampfschiffe zu bauen. Das erwies sich als Fehlkalkulation. Bereits im März 1908 lief das erste deutsche Großkampfschiff „Nassau“ vom Stapel, im März 1909 der Schlachtkreuzer „Von der Tann“.

Mit dem Bau von Großkampfschiffen wurden die bisherigen Linienschiffe und Panzerkreuzer entwertet. Damit begann das deutsch-englische Flottenwettrüsten faktisch wieder beim Stande Null. Doch von vornherein hatte Deutschland wegen der mit dem „Dreadnoughtsprung“ einhergehenden immensen Verteuerung des Schiffsbaus einerseits und seiner kostspieligen Heeresrüstung andererseits keine Aussicht, dem von Großbritannien vorgegebenen maritimen Rüstungstempo auf Dauer zu folgen. Zudem erlaubte es der Abschluss der Ententen mit Frankreich und Russland dem Inselreich, seine bisher über die Meere verstreute Flotte nunmehr in den heimischen Gewässern gegen die entstehende deutsche Flotte zu konzentrieren.

Sowohl die britische Regierung als auch die Reichskanzler Bülow und Theobald von Bethmann Hollweg versuchten in den folgenden Jahren wiederholt, das kostspielige Flottenwettrüsten zu begrenzen. Wilhelm II. und Tirpitz haben aber alle diese Bemühungen durchkreuzt.

Im Oktober 1908 annektierte Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina. Beide Provinzen waren von Südslawen bewohnt. Sie unterstanden seit 1878 österreichischer Militär- und Verwaltungshoheit, gehörten aber formell noch zum türkischen Reich. Die Annexion verstieß gegen geltende internationale Verträge. Sie rief insbesondere in Serbien, das die Vereinigung aller südslawischen Völker in einem unabhängigen Staat anstrebte, große Erregung hervor. Die deutsche Reichsregierung zwang schließlich im März 1909 durch ein Ultimatum das hinter Serbien stehende Russland, die Annexion anzuerkennen. Russland hatte nachgeben müssen, weil

seine Armee noch immer durch die Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg geschwächt war. Der deutsch-österreichische Machtblock hatte so einen Prestigeerfolg gegen die Triple-Entente errungen. Infolge der Bosnischen Krise spitzten sich insbesondere der deutsch-russische und der serbisch-österreichische Gegensatz stark zu, und Russland forcierte seine Rüstungsanstrengungen.

Im Mai 1911 okkupierte Frankreich die marokkanische Hauptstadt Fez und schickte sich an, Marokko endgültig seinem Kolonialreich einzuverleiben. Die deutsche Reichsregierung entsandte daraufhin Anfang Juli das Kanonenboot „Panther“ und den Kreuzer „Berlin“ vor die marokkanische Hafenstadt Agadir. Der Alldeutsche Verband entfesselte eine chauvinistische Pressekampagne und forderte, die Reichsregierung solle einen Teil Marokkos annektieren. Der Initiator des „Panther-Sprungs“, Staatssekretär Alfred von Kiderlen-Wächter, strebte jedoch keine Annexionen in Marokko an. Er verfolgte vielmehr das Ziel, in Mittelfrika ein großes zusammenhängendes deutsches Kolonialreich zu errichten. Er betrachtete Agadir als „Faustpfand“ und beschwor bewusst die Gefahr eines allgemeinen Krieges herauf, um die französische Regierung zu zwingen, große Teile ihres mittelafrikanischen Kolonialbesitzes abzutreten. Die englische Regierung stellte sich sofort eindeutig auf die Seite Frankreichs. Das zwang die Reichsregierung zum Einlenken. Im November 1911 erkannte sie die französische Vorherrschaft über Marokko an. Frankreich trat dafür einen Teil seiner Kongo-Kolonie ab (275.000 km²), der von tropischen Sümpfen bedeckt und von der Schlafkrankheit verseucht war (weshalb er „Schlafkongo“ genannt wurde). Der riskante Vorstoß Kiderlens hatte damit nur eine magere Beute eingebracht.

In den Regierungskreisen des Kaiserreichs und im diplomatischen Dienst gab es einige Männer mit Realitätssinn und Weitblick, die erkannt hatten: sich mit der Weltmacht Großbritannien zu arrangieren, war für das Deutsche Reich eine Existenzfrage. Zu diesem Kreis zählten beispielsweise der Botschafter in London, Paul Graf von Wolff-Metternich, der Staatssekretär des Reichskolonialamtes,

Wilhelm Solf, und der Gesandte in Lissabon, Friedrich Rosen. Der engagierteste und zielstrebigste Exponent dieser Gruppe war der Botschaftsrat in London, Richard von Kühlmann.

In ihrer Einstellung gegenüber Großbritannien stimmten Bethmann Hollweg und Staatssekretär Kiderlen in der Grundlinie mit Metternich und Kühlmann überein. Bethmann stand jedoch seit dem Ende der Agadir-Krise unter massivem Druck. Er hatte seitdem im rechten Lager den Ruf, seiner Außenpolitik fehle es an Entschlossenheit und Härte. Der Kanzler war deshalb bestrebt zu verdeutlichen, dass er kein „schwacher“ Politiker sei. Er verfolgte fortan einen mittleren Kurs zwischen den Vorschlägen Metternichs und Kühlmanns und den Forderungen der diversen imperialistischen Kreise. Bethmann wollte ernsthaft eine Entspannung im Verhältnis zu Großbritannien, und er hoffte auf kolonialpolitische Gegenleistungen der Briten, insbesondere in Mittelfrika. In der Tendenz lief diese Politik auf eine künftige Juniorpartnerschaft Deutschlands mit Großbritannien hinaus.

Gegen die Entspannungspolitik Bethmanns wandte sich von Anfang an eine mächtige Phalanx. Es formierte sich eine militante „neue Rechte“, welche vor allem aus dem Alldeutschen Verband, starken Kräften anderer „nationaler“ Verbände und aus dem Bund der Landwirte bestand. Diese „neue Rechte“ fand Förderer in den Regierungskreisen, der Militärführung und der Schwerindustrie. Weit über den Alldeutschen Verband hinaus hielten einflussreiche Kreise einen großen Krieg für unvermeidlich. Von der Überzeugung, ein Krieg sei unvermeidbar und stehe nahe bevor, ist es nur ein kleiner Schritt bis zu der Meinung, dann müsse man den Zeitpunkt des Krieges selbst bestimmen.

Im Februar 1912 zeigte dann das Scheitern der so genannten Haldane-Mission, wie sehr sich der deutsch-englische Gegensatz bereits verfestigt hatte. Der britische Kriegsminister Lord Richard Haldane kam auf eine Einladung der Reichsregierung hin nach Berlin und verhandelte mit Wilhelm II., Bethmann Hollweg und

Tirpitz. Die englische Regierung strebte dabei eine Verlangsamung der deutschen Flottenrüstung an, die deutsche wollte die Entente durch den Abschluss eines deutsch-englischen Neutralitätsabkommens lockern. Da keine der beiden Seiten zu echten Gegenleistungen bereit war, scheiterten die Verhandlungen.

Im Oktober 1912 begannen die von Russland dazu ermunterten Balkanstaaten Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro einen Krieg gegen die Türkei. In diesem ersten Balkankrieg ging es zum einen um die nationale Befreiung jener Balkanvölker, die noch unter türkischer Fremdherrschaft standen. Zugleich ging es um die ökonomischen und militärstrategischen Balkaninteressen der beiden Machtblöcke. Und es ging auch um eigensüchtige nationalistische Ziele, welche die herrschenden Kreise der Balkanstaaten verfolgten. Nachdem die Türkei besiegt worden war, setzte ein räuberischer Länderschacher ein. Die Regierung Österreich-Ungarns wollte eine Stärkung Serbiens verhindern und führte Ende November 1912 eine gefährliche Spannungssituation herbei.

Im Juni und Juli 1913 besiegten Serbien, Griechenland und Rumänien sowie die Türkei im zweiten Balkankrieg gemeinsam Bulgarien. Genau wie ein Jahr zuvor eskalierte die Situation. Wiederum stand ein Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien bevor, damit ein österreichisch-russischer Konflikt und folglich ein Kontinentalkrieg. Im Oktober richtete Österreich-Ungarn ein Ultimatum an Serbien. Es drohte mit Krieg, falls nicht die serbischen Truppen endgültig aus Albanien abgezogen würden. Es gelang den Regierungen in Berlin und London jedoch noch einmal, die Kriegsgefahr gemeinsam abzuwenden.

Die beiden Balkankriege waren ein Schritt auf dem Weg zum großen Krieg. Serbien zeigte sich mächtig erstarkt. Seitdem die Türkei fast völlig vom Balkan vertrieben war, betrachtete es Österreich-Ungarn als seinen Hauptgegner. Unter den Wiener Regierenden wuchs die Neigung, mit den Serben „abzurechnen“, weiter an. Der Erhalt des europäischen Friedens während der beiden Bal-

kankriege war mit einer schweren Hypothek erkaufte worden: Ein künftiger ähnlicher Konflikt würde sich nicht auf die gleiche Weise beilegen lassen. Ließe Russland noch einmal seinen Schützling Serbien im Stich, würde es unweigerlich einen verheerenden Prestigeverlust erleiden. Und Deutschland konnte seinem Juniorpartner Österreich-Ungarn nicht noch ein weiteres Mal in den Arm fallen, ohne das Bündnis ernsthaft zu gefährden.

V. Der Erste Weltkrieg

Julikrise und Kriegsausbruch

Am 28. Juni 1914 ermordete in Sarajevo, der Hauptstadt Bosniens, der 19-jährige Gymnasiast Gavrilo Princip den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und dessen Frau. Von Franz Ferdinand hatte man allgemein erwartet, er werde nach seiner Thronbesteigung die Unterdrückung der südslawischen Unabhängigkeitsbewegung drastisch verschärfen. Princip und die anderen am Attentat beteiligten jungen bosnischen Anarchisten hatten ihre Waffen von dem serbischen nationalistischen Geheimbund „Vereinigung oder Tod“ erhalten, der auch „Schwarze Hand“ genannt wurde. An der Spitze der „Schwarzen Hand“ stand der Chef des Geheimdienstes der serbischen Armee, Oberst Dragutin Dimitrijević. Die serbische Regierung war an der Vorbereitung des Attentats nicht beteiligt. Sie stand selbst unter dem Druck der „Schwarzen Hand“ und konnte den Anschlag nicht verhindern.

In Österreich-Ungarn wollte eine von Außenminister Leopold Graf Berchtold und Generalstabschef Franz Conrad von Hötzendorf geführte „Kriegspartei“ das Attentat als Vorwand dazu benutzen, gegen Serbien einen Angriffskrieg zu führen und den serbischen Staat zu zerschlagen. Als der deutsche Botschafter in Wien, Heinrich von Tschirschky, dies der Reichsregierung mitteilte, notierte Wilhelm II. zustimmend: „jetzt oder nie“.⁷⁸ Zu Tschirschkys Meldung, er warne die österreichische Regierung vor übereilten Schritten, schrieb Wilhelm II. empört: „Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muss aufgeräumt werden, und zwar bald“⁷⁹.

78 Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Bd. 1: Vom Attentat in Sarajevo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin, Berlin 1922, Nr. 7, S. 11.

79 Ebenda.

Am 5. und 6. Juli fragten dann Beauftragte der österreichischen Regierung bei Wilhelm II. und Reichskanzler Bethmann Hollweg an, wie Deutschland sich bei einem österreichischen Angriff auf Serbien verhalten werde. Der Kaiser und die Reichsregierung stellten der österreichisch-ungarischen Regierung den berühmten „Blankoscheck“ für ein militärisches Vorgehen gegen Serbien aus und trieben Österreich-Ungarn in den folgenden Wochen regelrecht in einen Angriffskrieg.

Die Frage, wie sich die Sozialdemokratie im Kriegsfall verhalten werde, hat die Regierenden des Kaiserreiches stets tief beunruhigt. Während der ersten Marokkokrise 1905 hatte die Furcht vor der Arbeiterpartei entscheidend dazu beigetragen, dass die regierenden Kreise das Risiko eines Krieges scheuten. Noch am 6. Juni 1913 zeigte sich Kriegsminister Josias von Heeringen überzeugt, die Sozialdemokratie verfolge das Ziel, sich in den Betrieben der Rüstungsindustrie Einfluss zu verschaffen, um sie „im Mobilmachungsfall lahm legen zu können“.⁸⁰

In der zweiten und dritten Juliwoche wahrten die Regierungen in Berlin und Wien eine trügerische Ruhe. Am 23. Juli richtete dann die österreichische Regierung an Serbien ein Ultimatum. Es war bewusst so formuliert, dass die serbische Regierung es nicht annehmen konnte. So wurde gefordert, dass Organe der österreichischen Regierung berechtigt sein sollten, in Serbien an der Unterdrückung der großserbischen Bewegung und an den Untersuchungen gegen Beteiligte am Attentat von Sarajevo mitzuwirken. Die serbische Regierung antwortete sehr entgegenkommend, lehnte aber die beiden genannten Forderungen ab. Daraufhin erklärte die österreichische Regierung – von der deutschen Reichsregierung ausdrücklich dazu aufgefordert – am 28. Juli Serbien den Krieg.

Unterdessen hatten sich in den drei Ententeländern jene Kreise durchgesetzt, die entschlossen waren, dem Krieg, auf den Deutsch-

⁸⁰ Bundesarchiv Berlin, Reichskanzlei, Nr. 2243, Bl. 9.

land offenkundig zusteuerte, nicht auszuweichen und die sich gute Siegeschancen ausrechneten. Die Regierungen Russlands und Frankreichs hatten sich während eines Besuchs des französischen Staatspräsidenten Raymond Poincaré in St. Petersburg (20. bis 23. Juli) in diesem Sinne verständigt. Lediglich die britische Regierung lavierte aus innenpolitischen Gründen noch einige Zeit. Erst am 29. Juli erklärte sie, dass sie im Falle eines Krieges an der Seite Frankreichs und Russlands stehen werde. Die zweideutige Haltung der englischen Regierung hat bei der deutschen Reichsregierung zeitweise die Illusion genährt, England werde neutral bleiben.

Die Julikrise von 1914 ist ein deutliches Beispiel dafür, dass auch Regierende zu Selbsttäuschungen, zum Verdrängen neigen, sich an unrealistische Hoffnungen klammern können usw. Wilhelm II. und Bethmann hofften tatsächlich, ein österreichisch-serbischer Krieg könne „lokalisiert“ werden. Bethmanns Pressechef Otto Hammann sagte im Oktober 1914 rückblickend zu dem Diplomaten Karl Max Fürst von Lichnowsky: „Wir hofften, dass wir ohne Krieg Russland demütigen würden; es wäre doch ein schöner Erfolg gewesen.“⁸¹ Hinter derlei trügerischen Hoffnungen stand freilich unterschwellig die böse Ahnung, die „Lokalisierung“ des Krieges werde nicht gelingen. Die wachsende Kriegsentschlossenheit des Kreises um Bethmann Hollweg war eben kombiniert mit Zukunftsängsten, Fehlkalkulationen, Zögern und auch Kopflosigkeit.

Die Julikrise gewann rasch eine Eigendynamik, und die Treiber der Wilhelmstraße wurden zu Getriebenen. Am 28. Juli lief das Räderwerk der Militärbündnisse und militärischen Planungen an. Die russische Regierung ordnete am 30. Juli als Erste die Mobilmachung ihrer Streitkräfte an. Daraufhin richtete die deutsche Reichsregierung am 31. Juli an Russland ein auf zwölf Stunden befristetes Ultimatum, in dem sie verlangte, die Mobilmachung rückgängig zu machen. Das Ultimatum blieb unbeantwortet. Am 1. August ordneten Frankreich und Deutschland die Mobilmachung an, und am glei-

⁸¹ Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Fürst Bülow's Denkwürdigkeiten. Untersuchungen zu ihrer Entstehungsweise und zu ihrer Kritik, Tübingen 1956, S. 57.

chen Tag erklärte die deutsche Reichsregierung Russland den Krieg. Am 3. August folgte die deutsche Kriegserklärung an Frankreich.

Die Reichsregierung hatte Belgien am 2. August ein Ultimatum gestellt, in dem sie für das deutsche Heer freien Durchmarsch verlangte. Die Belgier lehnten ab. Das Ultimatum lief am 4. August aus, und im Morgengrauen fielen deutsche Truppen in Belgien ein. Am gleichen Tage erklärte Großbritannien dem Deutschen Reich den Krieg.

Am Abend zuvor hatte der britische Außenminister Grey am Fenster seines Arbeitszimmers gestanden und beobachtet, wie die Dämmerung hereinbrach und die Straßenlaternen angezündet wurden. Der Minister hatte gerade einen Besucher bei sich, zu dem er düster sagte: „Die Lampen gehen in ganz Europa aus, wir werden sie in unserem Leben nie wieder leuchten sehen.“⁸²

2. Der Kriegsverlauf 1914 und 1915

Im August 1914 marschierte das deutsche Feldheer gemäß dem modifizierten Schlieffenplan auf. 58 Divisionen (die 1. bis 5. Armee) wurden für den Angriff gegen Frankreich bereitgestellt, 17 Divisionen (die 6. und 7. Armee) standen in Elsass-Lothringen, 10 Divisionen (die 8. Armee) in Ostpreußen. Am 2. August wurde das neutrale Luxemburg besetzt, am 4. August begann der Überfall auf das neutrale Belgien. Bis zum 25. August wurde fast ganz Belgien besetzt. Die fünf Armeen des deutschen rechten Flügels rissen die strategische Initiative an sich und rückten in Nordfrankreich rasch vor. In einer Serie so genannter Grenzschlachten siegten sie über die französischen und belgischen Truppen. Es gelang ihnen aber nicht, stärkere gegnerische Kräfte abzuschneiden und einzukesseln. Die französischen und britischen Truppen leisteten zähen Widerstand und zogen sich geordnet zurück.

⁸² Lord Edward Grey, Fünfundzwanzig Jahre Politik 1892 – 1916, Bd. 2, München 1926, S. 18.

Anfang September standen deutsche Truppen 40 Kilometer vor Paris. Durch hohe Verluste, die Strapazen des schnellen Vormarsches und wachsende Nachschubschwierigkeiten war ihre Kampfkraft erheblich gesunken. Der rechte Flügel des deutschen Heeres zählte mittlerweile nur noch 51 Divisionen. 65^{1/2} französische und englische Divisionen standen ihnen gegenüber. Am 6. September begannen die Truppen der Entente an der Marne eine erfolgreiche Gegenoffensive. Vom 9. September an mussten die deutschen Armeen sich auf die Linie Noyon – Reims – Verdun zurückziehen. Am 14. September wurde Generalstabschef Helmuth von Moltke durch Erich von Falkenhayn abgelöst. Die Schlacht an der Marne bedeutete eine entscheidende Wende im Kriegsverlauf, war doch der Blitzkriegsplan nunmehr unwiderruflich gescheitert. In einem längeren Zwei- oder Mehrfrontenkrieg aber mussten die größeren Menschen- und Materialreserven der Entente immer stärker ins Gewicht fallen.

Um von der strategischen Niederlage an der Marne abzulenken, baute die deutsche Propaganda die Bedeutung der Siege auf, welche die deutsche 8. Armee im August und September bei Tannenberg und den Masurischen Seen über russische Truppen errang. Viel schwerer als diese Erfolge auf dem Nebenkriegsschauplatz Ostpreußen fiel aber die katastrophale Niederlage ins Gewicht, welche die russischen Armeen im September in Galizien dem österreichisch-ungarischen Heer zufügten. Die österreichischen Truppen verloren insgesamt 350.000 Mann und mussten ganz Galizien räumen. Bereits im August war eine österreichische Offensive gegen Serbien fehlgeschlagen.

An der Westfront versuchten beide Seiten Ende September bis Mitte Oktober vergeblich, die gegnerische Nordflanke zu umfassen („Wettlauf zum Meer“). Ende Oktober bis Ende November scheiterten in Flandern zwei große Angriffsoperationen der deutschen Armee. Generalstabschef Falkenhayn hatte dabei Verbände eingesetzt, die überwiegend aus jungen Kriegsfreiwilligen bestanden. Diese Freiwilligen waren nur flüchtig ausgebildet worden und

unzureichend ausgerüstet. Sie erlitten schwere Verluste, so am 10. November beim Sturm auf das Dorf Langemarck. Ende 1914 erstarrte die Front im Westen wie im Osten im Stellungskrieg. Dabei blieb im Westen der Frontverlauf bis zum Frühjahr 1918 nahezu unverändert.

Im August 1914 stellte Japan sich auf die Seite der Entente. Im November eroberte es Kiautschou. Anfang November trat die Türkei als Bundesgenosse der so genannten Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn in den Krieg ein und eröffnete im Kaukasus und in Palästina neue Fronten.

Am 2. November erklärte die britische Regierung völkerrechtswidrig die gesamte Nordsee zum militärischen Sperrgebiet. Die englische Flotte blockierte fortan die Ausgänge der Nordsee. Diese Fernblockade zu durchbrechen, war für die deutsche Flotte unmöglich. Durch die englische Wirtschaftsblockade wurde Deutschland die Zufuhr von Rohstoffen, Lebensmitteln und Futtermitteln weitgehend abgeschnitten.

Im Jahre 1915 verlagerten die Mittelmächte das Schwergewicht der Kriegführung auf den osteuropäischen Kriegsschauplatz. Im April 1915 wurden im Frontabschnitt zwischen Gorlice und Tarnów starke deutsche und österreichische Kräfte mit einer weit überlegenen schweren Artillerie konzentriert. Anfang Mai gelang es diesen Truppen, die russischen Stellungen zu durchbrechen und zum Bewegungskrieg überzugehen. Bis zum September eroberten die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen Galizien, die Bukowina, Polen, Litauen und Kurland. Die russische Armee erlitt sehr schwere Verluste. Die Mittelmächte erreichten aber ihr strategisches Ziel, große Teile des russischen Heeres einzukesseln und Russland zum Abschluss eines Separatfriedens zu zwingen, nicht.

An der Westfront scheiterten im Februar/März, Mai/Juni und September/Oktober in der Champagne und im Artois alle Versuche der englischen und französischen Truppen, die deutschen Stellun-

gen zu durchbrechen. Bei einer Gegenoffensive im Raum von Ypern ließ die deutsche Militärführung entgegen dem Völkerrecht Giftgas (so genanntes Yperit) einsetzen. Im weiteren Verlauf des Krieges verwendeten beide kämpfende Seiten in steigendem Umfang das grausame neue Kampfmittel.

Im Mai mussten die Mittelmächte eine neue große Front aufbauen. Italien, dem die Entente unter anderem Südtirol sowie Teile von Dalmatien und Kleinasien versprochen hatte, erklärte Österreich-Ungarn den Krieg. Trotz großer zahlenmäßiger Überlegenheit ranneten die italienischen Truppen erfolglos gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Isonzo an.

Im Oktober verbündete sich Bulgarien mit den Mittelmächten. Von Oktober bis Dezember eroberten deutsche, österreichisch-ungarische und bulgarische Truppen ganz Serbien. Damit war eine Landverbindung von Deutschland nach der Türkei hergestellt. Das zwang die englischen und französischen Truppen, die im April auf der Halbinsel Gallipoli (Gelibolu) gelandet waren und seitdem einen blutigen Stellungskrieg gegen türkische Truppen führten, zum Rückzug.

Anfang Februar hatte der Admiralstab mit Billigung der Reichsregierung die Gewässer um die Britischen Inseln zum „Kriegsgebiet“ erklärt. Mit dem Ziel, England die lebensnotwendige Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen abzuschneiden, sollten die vorerst 21 U-Boote rigoros gegen die Handelsschifffahrt von und nach britischen Häfen vorgehen. Angesichts der Proteste davon mitbetroffener Neutraler wurde das Vorgehen der U-Boote dann mehr oder minder starken Einschränkungen unterworfen. Am 7. Mai torpedierte ein deutsches U-Boot den englischen Passagierdampfer „Lusitania“, der auch große Mengen Munition an Bord hatte. 1.198 Menschen, darunter 120 Amerikaner, fanden den Tod. Als sich die hochgespannten Erwartungen in den Einsatz der U-Boote nicht erfüllten, die Versenkung des Passagierdampfers „Arabic“ hingegen wiederum zu Spannungen mit den USA führte, wurde im September

der U-Boot-Handelskrieg im „Kriegsgebiet“ für mehrere Monate faktisch eingestellt.

3. Innenpolitik und Kriegszieldiskussion 1914 und 1915

Noch vor wenigen Jahren konnte man in fast allen Darstellungen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges lesen, **die** Deutschen seien im August 1914 begeistert in den Krieg gezogen. Neue Forschungen haben jedoch erwiesen: das „Augusterlebnis“ im Sinne einer Kriegsbegeisterung aller Volksschichten war ein Wunschbild der zeitgenössischen Kriegsapologeten und ist von konservativen Historikern ungeprüft übernommen worden.

Von nationalistischer Kriegsbegeisterung wurde in erster Linie das Bürgertum und namentlich die Intelligenz ergriffen. Die Arbeiterschaft wurde nur teilweise davon erfasst, während auf dem Lande, wo die Erntearbeiten gerade im Gange waren, Besorgnis überwog. Alle Schichten der Bevölkerung waren sich aber in der Überzeugung einig, dass man zusammenstehen und das Vaterland verteidigen müsse.

Noch in der letzten Juliwoche hatten in Deutschland große Antikriegsdemonstrationen stattgefunden, an denen etwa eine Dreiviertelmillion Menschen teilnahmen. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte am 25. Juli den Kriegskurs der österreichischen Regierung scharf verurteilt und die deutschen Arbeiter aufgefordert, an Friedensdemonstrationen teilzunehmen.

Während die Massendemonstrationen gegen den Krieg anhielten, bahnte sich innerhalb der SPD-Führung ein Kurswechsel an. Der zum rechten Parteiflügel gehörende Albert Südekum verhandelte am 25. Juli mit Vizekanzler Clemens Delbrück und am 29. Juli mit Reichskanzler Bethmann Hollweg. Nachdem er Friedrich Ebert und weitere Mitglieder der Parteiführung informiert hatte, versicherte Südekum dem Reichskanzler am 29. Juli in einem Brief, dass die

Sozialdemokratie keinerlei „wie immer geartete Aktion (General- oder partieller Streik, Sabotage u. dergl.)“ gegen den Krieg unternehmen werde.⁸³ Die Reichsregierung hatte am 25. Juli den Befehl, im Kriegsfall die führenden Sozialdemokraten zu verhaften, aufgehoben. Am 29. Juli wies der Vorstand der SPD die Redaktionen der Parteipresse an, die Kritik an der Politik der Reichsregierung einzustellen. Am 2. August ordnete die Führung der freien Gewerkschaften an, alle Streikkämpfe sofort abubrechen. Einen Tag später beschloss die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichsfraktion, die Kriegskredite zu bewilligen. Lediglich 14 Abgeordnete (darunter Karl Liebknecht, Hugo Haase und Georg Ledebour) wollten gegen die Kriegskredite stimmen, beugten sich aber dem Fraktionszwang. Am 4. August stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Kriegskrediten zu.

Reichskanzler Bethmann Hollweg hatte sich große Mühe gegeben, die Meinungsbildung bei der Sozialdemokratie zu beeinflussen. Auf die Frage des Reeders Albert Ballin, weshalb er es denn mit der Kriegserklärung an Russland so eilig habe, hatte er geantwortet: „Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit.“⁸⁴

Für die Führung der SPD bildete die Überzeugung, das Kaiserreich führe gegen das zaristische Russland einen gerechten Verteidigungskrieg, in der Tat ein entscheidendes Motiv. Bei den führenden Vertretern des rechten Parteiflügels kam Kalkül hinzu: sie wollten demonstrieren, dass die Sozialdemokraten keine „Reichsfeinde“ waren, und sie rechneten auf politische und soziale Reformen als Belohnung für ihr Wohlverhalten.

Bei Kriegsbeginn ging gemäß Artikel 68 der Reichsverfassung die vollziehende Gewalt im Reich auf die 62 Militärbefehlshaber (die Stellvertretenden Kommandierenden Generale der Militärbezirke und die Festungskommandanten) über. Die Militärbefehlshaber

83 Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende

1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, 3., durchges. Aufl., Berlin 1971, S. 271.

84 Bernhard Fürst von Bülow. Denkwürdigkeiten, Bd. 3: Weltkrieg und Zusammenbruch, Berlin 1931, S. 168.

besaßen gegenüber den zivilen Behörden Weisungsrecht, waren für die öffentliche Sicherheit, die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen und die Pressezensur zuständig.

Kaiser Wilhelm II. prägte bei Kriegsbeginn den Satz „Wenn es zum Kriege kommen soll, hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder“⁸⁵, der in der Lesart „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ zum geflügelten Wort werden sollte. Danach dauerte es nur noch einige Monate, bis Wilhelm zu einem bloßen „Schattenkaiser“ herabsank. Andere fällten nun die militärischen und politischen Entscheidungen. Im November 1914 besuchte Prinz Max von Baden den Kaiser im Hauptquartier, und da sagte Wilhelm zu ihm: „Der Generalstab sagt mir gar nichts und fragt mich auch nicht. Wenn man sich in Deutschland einbildet, dass ich das Heer führe, so irrt man sich sehr. Ich trinke Tee und säge Holz und gehe spazieren, und dann erfahre ich von Zeit zu Zeit, das und das ist gemacht, ganz wie es den Herren beliebt.“⁸⁶

Für die Dauer des Krieges wurde von den politischen Parteien feierlich ein „Burgfrieden“ proklamiert. Die Reichsregierung honorierte die Haltung der SPD und der freien Gewerkschaften mit einigen eher geringfügigen Zugeständnissen. So wurden die Staatsbetriebe angewiesen, künftig bei ihren Beschäftigten die Mitgliedschaft in SPD und freien Gewerkschaften zu dulden. Den Verwaltungsbehörden wurde empfohlen, Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern die Übernahme kommunaler Ämter zu ermöglichen. Arbeiter, die wegen Streikpostenstehens oder wegen „Anreizens“ zum Streik verurteilt worden waren, wurden amnestiert.

Im Dezember 1914 kündigte Bethmann Hollweg für die Zeit **nach** dem Kriege eine „Neuorientierung“ der Innenpolitik an. Vizekanzler Delbrück wurde im Haushaltsausschuss des Reichstags etwas deutlicher: er sagte der SPD eine Modifizierung des Reichsvereins-

85 Reden des Kaisers. Hrsg. von Ernst Johann, S. 125.

86 Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts, Admiral Georg Alexander von Müller. Hrsg. von Walter Görnitz, Göttingen-Berlin-Frankfurt 1959, S. 68.

gesetzes und dem Zentrum die Aufhebung des Jesuitenparagraphen zu. Von einer Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen – der innenpolitischen Hauptforderung der SPD – war vorerst keine Rede.

Wie in den anderen Krieg führenden Ländern formulierte die politische Elite auch im Kaiserreich Kriegszielprogramme. Am 6. September 1914 legte der Montanindustrielle August Thyssen eine Kriegszielenkschrift vor⁸⁷, am Tag darauf der Vorsitzende des Alldeutschen Vereins, Heinrich Claß, eine ganz ähnliche.⁸⁸

Das alldeutsch-schwerindustrielle Kriegszielprogramm sah unter anderem vor: die Annexion der Bergbauregion von Longwy-Briey, Nordfrankreichs bis zur Somme und zur Kanalküste, Belgiens, Kongresspolens, der Ukraine und des Baltikums, die Aneignung englischer, französischer und belgischer Kolonien, die Germanisierung der annektierten Gebiete.

Gleichfalls vom 7. September 1914 datiert eine Kriegszielenkschrift Walther Rathenaus.⁸⁹ Rathenau strebte keine großen direkten Annexionen an, sondern eine indirekte Hegemonie Deutschlands in Europa in der Form eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes.

Bethmann Hollweg verbot die öffentliche Kriegszieldebatte und legte sich selbst nicht fest. Im rechten Lager trug ihm das den Ruf ein, ein „Flaumacher“ zu sein, der einen „faulen Frieden“ anstrebe und obendrein der SPD unmäßige Zugeständnisse mache. In Wirklichkeit hatte der Kanzler bereits am 9. September 1914 ein geheimes amtliches Kriegszielprogramm fixiert.⁹⁰ In diesem „Septemberprogramm“ wurden gefordert: die Annexion von Longwy-Briey, die Umwandlung Belgiens in einen deutschen Vasallenstaat,

87 Text in: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 –1945. Hrsg. von Reinhard Opitz, 2. Aufl., Bonn 1994, S. 221 – 225.

88 Text in: Ebenda, S. 226 – 266.

89 Text in: Ebenda, S. 212 – 215.

90 Text in: Ebenda, S. 215 – 217.

die Schaffung eines großen deutschen Kolonialreiches in Mittelafrika. Österreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Polen, eventuell auch Italien, Schweden und Norwegen sollten einem mitteleuropäischen Wirtschaftsverband unter deutscher Führung angegliedert werden.

Trotz des Verbots der öffentlichen Diskussion über die Kriegsziele heizte das rechte Lager den Streit um die Kriegsziele an. Man umging das Verbot, indem man Kriegszielenkschriften in großer Stückzahl herstellte und „vertraulich“ versandte. Am 10. März 1915 richteten der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernverband, der Centralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband an Bethmann Hollweg und an den Reichstag eine Kriegszieleingabe⁹¹, in der die alldeutschschwerindustriellen Forderungen vom September 1914 wiederholt und teilweise übertrumpft wurden. Im rechten Lager hoffte man, mittels der Kriegszieldebatte die SPD, die das gigantomanische alldeutschschwerindustrielle Kriegszielprogramm ablehnte, erneut politisch isolieren zu können.

In kleinen Zirkeln der Arbeiterbewegung begann der Protest gegen den Krieg. Karl Liebknecht erregte großes Aufsehen, als er am 2. Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die zweite Kriegskreditvorlage stimmte. In Berlin, Hamburg, Bremen und weiteren Städten bildeten sich Gruppen oppositioneller Sozialdemokraten. Am 5. März 1915 trafen sich in Berlin linke Sozialdemokraten, darunter Rosa Luxemburg und Franz Mehring, und stellten eine lose Verbindung zwischen den verschiedenen oppositionellen Gruppen der Sozialdemokratie her. Am 17. August verließen vor der Abstimmung über die vierte Kriegskreditvorlage 32 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete den Saal. Vier Monate später, am 21. Dezember 1915, stimmten 20 Abgeordnete der SPD gegen die fünfte Kriegskreditvorlage.

91 Text in: Ebenda, S. 302 – 304.

Im November 1914 schloss sich ein kleiner Kreis konservativer, liberaler und sozialistischer Kriegsgegner zum Bund Neues Vaterland zusammen. Diese pazifistische Organisation lehnte alle Annektionsforderungen ab und verlangte eine schnelle Beendigung des Krieges. Die Militärbehörden gingen mit Briefkontrollen, Verhaftungen und anderen Repressalien gegen die oppositionellen Sozialdemokraten und die Pazifisten vor.

4. Der Kriegsverlauf 1916. Die III. Oberste Heeresleitung

Jede der beiden Militärkoalitionen hoffte, im Jahre 1916 den Sieg erringen zu können. Die Ententemächte planten für den Frühsommer eine allgemeine strategische Offensive im Osten, Westen und Süden. Die deutsche und die österreichisch-ungarische Militärführung konnten sich nicht über ein gemeinsames Vorgehen einigen. Generalstabschef Falkenhayn entschloss sich, im Westen bei Verdun anzugreifen. Er wollte den Angriff mit einer mächtigen Artilleriekonzentration, aber einer begrenzten Truppenzahl (12^{1/2} Divisionen) führen. Falkenhayn rechnete darauf, dass die französische Militärführung zur Verteidigung der strategisch wichtigen Festung Verdun nach und nach alle ihre Reserven einsetzen werde. Und er verfolgte das unrealistische Ziel, auf diese Weise die französische Armee „auszubluten“.

Der deutsche Angriff begann am 21. Februar. Er führte zwar am 25. Februar zur Eroberung des Forts Douaumont, blieb dann aber stecken. Nun begann sich bei Verdun eine jener furchtbaren Materialschlachten zu entwickeln, die für die Kampfführung an der Westfront bis zum Kriegsende charakteristisch bleiben sollten. Die „Hölle von Verdun“ brachte für die kämpfenden Soldaten Leiden und Entbehrungen, deren grausiges Ausmaß man nur ganz unvollkommen beschreiben kann. Die deutsche Führung trieb in stumpfsinniger Manier ihre Soldaten immer wieder gegen die Feuer speienden französischen Befestigungsanlagen vor. Jeder kleine Ge-

ländegewinn wurde mit Strömen von Blut erkaufte. Im Juli endlich ließ Falkenhayn die Kampf­tätigkeit einschränken, im September wurde der Angriff endgültig eingestellt. Im Oktober eroberten die Franzosen überraschend das Fort Douaumont zurück. Beide Seiten hatten ungeheure Verluste an Toten, Verwundeten, Vermissten und Gefangenen erlitten: die Deutschen 337.000 Mann, die Franzosen 362.000.

Mittlerweile war im Mai/Juni in Südtirol eine Offensive der österreichisch-ungarischen Armee gescheitert. Am 31. Mai war es vor dem Skagerrak zur einzigen großen Schlacht zwischen der deutschen und der englischen Flotte gekommen. Die deutsche Hochseeflotte (21 Großkampfschiffe) errang einen taktischen Erfolg gegen die britische Flotte (37 Großkampfschiffe). Strategisch blieb die Schlacht ohne Bedeutung, und die britische Flotte konnte ihre Fernblockade unvermindert fortsetzen.

Anfang Juni hatten die Truppen der russischen Südwestfront überraschend eine erfolgreiche Offensive gegen die österreichisch-ungarische Armee begonnen (so genannte Brussilow-Offensive). Nur der Einsatz starker deutscher Verbände bewahrte die österreichisch-ungarische Front vor dem Zusammenbruch. Die österreichisch-ungarischen Truppen, deren Kampfmoral bereits stark gesunken war, verloren bis Ende August 614.000 Mann, darunter 327.000 Gefangene – größtenteils Überläufer. Die Erfolge der russischen Truppen waren mit riesigen Verlusten erkaufte (800.000 Mann), was maßgeblich zur weiteren Revolutionierung der zaristischen Armee beitrug.

Die englischen und französischen Truppen hatten Ende Juni an der Somme die größte und blutigste Materialschlacht des Krieges eingeleitet. Gestützt auf eine gewaltige Überlegenheit an Artillerie und Kampfflugzeugen, vor allem aber an Munition, rannten sie bis November gegen die deutschen Stellungen an, erzielten aber nur begrenzte Geländegewinne. Sie verloren dabei 750.000 Mann, die Deutschen 500.000.

Die militärischen Erfolge der Ententemächte veranlassten Rumänien, Ende August an deren Seite in den Krieg einzugreifen. Der größte Teil des Landes wurde jedoch bis Dezember von deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Truppen erobert.

Die maßgeblichen Vertreter der deutschen Machtelite machten für die Verschlechterung, welche die militärische Lage der Mittelmächte seit Juni/Juli 1916 erfahren hatte, den Generalstabschef Falkenhayn verantwortlich. Nach mancherlei Intrigen gelang es Reichskanzler Bethmann Hollweg, die Entlassung Falkenhayns durchzusetzen. Am 29. August wurde Paul von Hindenburg zum neuen Generalstabschef ernannt. Tatsächlicher Führer der III. Obersten Heeresleitung (OHL) aber wurde der energiegeladene General Erich Ludendorff, für den eigens die Dienststellung eines „Ersten Generalquartiermeisters“ geschaffen worden war.

War Falkenhayn mit seiner unrealistischen Ermattungsstrategie gescheitert, so setzte Ludendorff auf eine noch viel unrealistischere Vernichtungsstrategie. Die neue OHL betrieb eine totale Mobilisierung aller noch vorhandenen Kräfte und Mittel. Dies sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, einen „Siegfrieden“ zu erkämpfen. Ende August wurde das „Hindenburg-Programm“ beschlossen, das eine gewaltige Steigerung der Rüstungsproduktion vorsah. Im Dezember nahm der Reichstag das Gesetz über den „Vaterländischen Hilfsdienst“ an, das alle nicht zum Militärdienst einberufenen Männer vom 17. bis 60. Lebensjahr zur Arbeit in der Rüstungsindustrie zwangsverpflichtete. Die Ausplünderung der besetzten Gebiete wurde verschärft. Verstärkt wurden belgische und polnische Arbeiter nach Deutschland deportiert oder hinter der Front eingesetzt (bis Kriegsende etwa 300.000). Während die Arbeitsleistung der Industriearbeiter noch mehr angespannt wurde, verschlechterte sich im „Kohlrübenwinter“ 1916/17 die Versorgungslage drastisch.

Mittelsmann zwischen OHL und Rüstungsindustrie war Oberstleutnant Max Bauer, innerhalb der OHL für Beschaffung zuständig

und gleichzeitig Ludendorffs engster Mitarbeiter. „Hindenburg-Programm“ und „Hilfsdienst“-Gesetz waren von Rüstungsindustriellen unmittelbar angeregt worden.

Ludendorff übte mehr und mehr auch auf die politischen Entscheidungen der Reichsregierung bestimmenden Einfluss aus. Im November 1916 proklamierten die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns unter dem Druck der OHL die Umwandlung des besetzten Russisch-Polen in ein angeblich selbstständiges „Königreich Polen“. Dieser Schritt machte alle Bemühungen um einen Sonderfrieden mit Russland zunichte.

5. Die Kriegswirtschaft

Schon in den ersten Wochen des Krieges zeigte sich, dass der Munitionsverbrauch viel höher war als die führenden Militärs beider Seiten vermutet hatten. An einem einzigen Tag der Marne-schlacht verbrauchte die deutsche Artillerie mehr Munition als während des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 insgesamt. Im Oktober 1914 waren die Vorräte an Waffen und Munition aufgebraucht. Man sprach deshalb von einer „Munitionskrise“. Das zwang die Krieg führenden Länder, große Anstrengungen zur Steigerung der Rüstungsproduktion zu unternehmen. Als der Krieg sich in die Länge zog und die britische Seeblockade immer spürbarer wurde, geriet Deutschland ökonomisch mehr und mehr in eine äußerst schwierige Lage.

Die deutsche Industrie war in hohem Maße von der Rohstoffeinfuhr abhängig. Diese Abhängigkeit betrug 1913 bei Mangan, Kautschuk, Baumwolle und Salpeter (das für die Erzeugung von Sprengstoff unentbehrlich war) 100 %, bei Erdöl 93 %, 1912 bei Kupfer 83 % und bei Blei 62 %. Da allgemein angenommen worden war, ein Krieg zwischen Großmächten werde nur einige Monate dauern, hatte sich die Reichsregierung bei der Vorbereitung auf einen sol-

chen Konflikt im Wesentlichen darauf beschränkt, Finanzmittel bereitzustellen. Vorräte strategisch wichtiger Rohstoffe waren nicht angelegt worden.

Die unerwartet großen Anforderungen, welche der Krieg an die Rüstungsproduktion stellte, lösten in allen Krieg führenden Ländern tiefe Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben aus. In Deutschland war das besonders ausgeprägt. Bereits am 13. August 1914 wurde im preußischen Kriegsministerium eine Kriegsrohstoffabteilung gegründet und mit umfangreichen Vollmachten ausgestattet. Ihr Leiter war bis März 1915 Walther Rathenau. Die Kriegsrohstoffabteilung befasste sich mit der Zwangsbewirtschaftung einheimischer Rohstoffe, der Beschaffung von Rohstoffen aus den besetzten Gebieten und aus neutralen Ländern, mit der Zentralisierung der Rüstungsindustrie sowie mit der Entwicklung und Produktion von Ersatzstoffen. Sie gründete Kriegsrohstoffgesellschaften, als Erste am 2. September 1914 die Kriegsmetall AG. Diese halbstaatlichen Organisationen entschieden über die Verteilung der bewirtschafteten Rohstoffe und beeinflussten die Preisgestaltung usw.

Die Kriegsgesellschaften wurden in der Regel von den jeweils stärksten Unternehmen der Branche beherrscht. Mit Hilfe der Kriegsgesellschaften konnten diese Unternehmen sich die wichtigsten Rüstungsaufträge sichern. Im August 1914 schlossen sich der Centralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen zum Kriegsausschuss der deutschen Industrie zusammen. Der Kriegsausschuss übte großen Einfluss auf die gesamte Kriegswirtschaft aus.

Im November 1916 wurde innerhalb des preußischen Kriegsministeriums das Kriegsamt als Lenkungsorgan der gesamten Kriegswirtschaftspolitik errichtet. Es umfasste die Kriegsrohstoffabteilung, das Kriegsersatz- und Arbeits-Departement und das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt.

Es gelang, die deutsche Rüstungsproduktion bedeutend zu steigern. Die Ausstattung der Armee mit Kampftechnik konnte stetig erhöht werden. Die immensen Rüstungsanstrengungen Deutschlands konnten aber die gewaltige materiell-technische Überlegenheit der Ententemächte nicht wettmachen.

Das Anwachsen der Militärtechnik im deutschen Feldheer

	1914	1918
Maschinengewehre	2.400	100.000
Minenwerfer	160	16.000
leichte Feldgeschütze	7.226	11.250
schwere und schwerste Geschütze	1.671	4.262
Flugzeuge (Heer und Marine)	250	5.187

Die Rüstungsproduktion 1914 – 1918

	Deutsch- land	Frank- reich	Groß- britannien	USA
Maschinen- gewehre	280.000	312.000	239.000	75.000
Geschütze	64.000	23.200	26.400	4.000
Tanks (Panzer)	20	5.300	2.800	1.000
Flugzeuge	47.300	52.100	47.800	13.800
Lastkraftwagen	65.000	110.000	87.000	30.000

Die beträchtliche Steigerung der deutschen Rüstungsproduktion setzte voraus, dass in wachsendem Maße Facharbeiter vom Militärdienst freigestellt wurden. Im Juli 1917 waren es 1,9 Millionen.

Die Oberste Heeresleitung hatte das Gesetz über den „vaterländischen Hilfsdienst“ zu einer Militarisation der Industriebetriebe nutzen wollen. Die Reichstagsmehrheit hatte jedoch durchgesetzt, dass im Gesetz eine Anzahl von Mitbestimmungsmaßnahmen verankert wurden. So wurden für alle Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten obligatorische Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vorgeschrieben – Vorläufer der Betriebsräte.

Schon viele Zeitgenossen haben das System halb staatlicher, halb privatwirtschaftlicher Lenkung, das im Laufe des Krieges in Deutschland entstand, als „Kriegssozialismus“ bezeichnet. In Wirklichkeit entwickelte dieses System sich „mehr und mehr zu einem Lobbyismus größten Stils“.⁹² Diejenigen industriellen Unternehmen, die in kriegswichtigen Branchen tätig waren, wurden zu eindeutigen Gewinnern des Krieges. Einige Beispiele für die Entwicklung des Reingewinns deutscher Rüstungsunternehmen sollen das verdeutlichen (wobei zu beachten ist, dass beispielsweise Krupp 1916/17 seinen Bruttogewinn durch Abschreibungen und Rückstellungen nahezu „halbiert“ hat):

Ausgewiesener Reingewinn in Millionen Mark⁹³

	Vorkriegs- Durchschnitt	1914/15	1915/16	1916/17
Krupp	31,6	33,9	86,5	79,7
Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik	5,5	8,2	11,5	12,7
Kölner Pulver- fabriken	4,3	6,5	14,5	14,7
Rheinmetall	1,4	3,5	9,9	15,3

⁹² Wolfgang J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918, Berlin 1995, S. 670. = Propyläen Deutsche Geschichte, Bd. 7/II.

⁹³ Angaben nach: Gerd Hardach, Der Erste Weltkrieg, München 1973, S. 117. = Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 2.

6. Kriegsalltag an der Front und in der Heimat

Im Herbst 1914 erstarrte im Westen, später auch im Osten die Front im Stellungskrieg. Die Truppen beider Seiten lagen sich in Feldbefestigungen gegenüber, die pioniertechnisch immer weiter ausgebaut wurden. Schließlich bestanden diese Stellungen zumeist aus drei hintereinander liegenden Schützengräben mit Unterständen, später auch Betonbunkern. Vor dem ersten Schützengraben befanden sich Stacheldrahtverhaue.

Der Alltag der Soldaten im Stellungskrieg war auch in Zeiten geringer Kampfätigkeit voller Leid und Entbehrungen. Die Soldaten litten unter Regen, Schlamm, Ungeziefer, Krankheiten und unter der extremen psychischen Anspannung.

Seit Herbst 1915 versuchten die Militärführungen beider Seiten, in so genannten Materialschlachten das gegnerische Stellungssystem zu durchbrechen. Die Angreifer nahmen jeweils die Stellungen des Gegners wochen- und monatelang unter verheerendes Artilleriefeuer. Das pausenlose Artilleriefeuer zerrte an den Nerven der Verteidiger und führte bei vielen Soldaten zu unheilbaren psychischen Erkrankungen. Verwundete konnten häufig nicht geborgen werden und gingen zwischen den Frontlinien qualvoll zugrunde. Oft konnte tagelang keine Verpflegung nach vorn gebracht werden.

So sehr die Verteidiger unter der Beschießung zu leiden hatten – wenn die Angreifer dann ihre Infanterie vorgehen ließen, erlitt sie im Maschinengewehrfeuer der Verteidiger schwerste Verluste. Obendrein hatten die Verteidiger allemal genügend Zeit, hinter dem bedrohten Frontabschnitt starke Reserven zusammenzuziehen. Auf diese Weise führten die Materialschlachten zur gegenseitigen Erschöpfung beider Seiten, änderten aber kaum etwas am Frontverlauf. Erst die Entwicklung elastischer Angriffstaktiken und der Einsatz von Panzern (Tanks) machten es dann seit 1917 möglich, das gegnerische Stellungssystem zu durchbrechen.

Der Alltag in der Heimat war auf die Dauer für den größten Teil des Volkes durch Leid und bittere Not gekennzeichnet. Insgesamt sind fast zwei Millionen deutsche Soldaten gefallen. Die meisten von ihnen waren noch jung. Hunderttausende von Mädchen und jungen Frauen verloren so den Menschen, mit dem sie gemeinsam eine Zukunft hatten aufbauen wollen. Hunderttausende von Kindern verloren den Vater. Eltern verloren den Sohn oder die Söhne.

Die Reallöhne der Arbeiter sanken, wobei es große Unterschiede gab. Lag der Reallohn der deutschen Rüstungsarbeiter 1918 bei 77,8 % des Standes von 1914, so betrug er bei den Arbeitern der so genannten Friedensindustrien lediglich 52,2 %. Gleichwohl wurde das Arbeitstempo gesteigert und die tägliche Arbeitszeit verlängert, teilweise auf 12 Stunden. Die meisten der Frauen, deren Männer zum Militärdienst einberufen worden waren, erhielten nur einen minimalen Fürsorgebeitrag, der oft nur 30 % des Einkommens in Friedenszeiten betrug. Viele von ihnen mussten deshalb in der Industrie arbeiten, oftmals unter gefährlichen und gesundheitsschädigenden Bedingungen.

Auch die realen Einkommen der Beamten verringerten sich erheblich. Im Jahre 1918 bezogen die höheren Beamten nur noch 46,8 % des Einkommens von 1913, die mittleren Beamten 55 % und die unteren Beamten 69,6 %.

Da die Staatsorgane der Belieferung der Streitkräfte die absolute Priorität einräumten, mangelte es der großen Masse des Volkes mehr und mehr an Textilien, Schuhen und Seife. Die Qualität der Waren verschlechterte sich durch die Verwendung von Ersatzstoffen immer mehr. Am schlimmsten aber stand es um die Versorgung mit Lebensmitteln.

Die deutsche Agrarerzeugung sank, da es an Arbeitskräften, Zugtieren und Kunstdünger fehlte, immer mehr ab. Im Jahre 1917 betrug der Ernteertrag bei Weizen 50 %, bei Roggen 58 %, bei Hafer 38 % und bei Kartoffeln 65 % des Ergebnisses von 1913. Die

Ententemächte handhabten nicht nur die Wirtschaftsblockade rigoros. Sie zwangen auch die neutralen Länder Europas, den Handel mit Deutschland immer mehr einzuschränken. Da die Großagrарrier heftigen Widerstand leisteten, konnten in Deutschland auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft erst nach und nach staatliche Regulierungsmaßnahmen durchgesetzt werden. Als die Reichsregierung Höchstgrenzen für die Preise von Agrарprodukten einführte, verringerten viele Großagrарrier zielbewusst den Kartoffelanbau, um eine Erhöhung dieser Preise zu erzwingen.

Im Januar 1915 wurde für Brot und Mehl, im Laufe des Jahres 1916 dann für alle wichtigen Lebensmittel eine Rationierung auf Karten eingeführt. Diese Lebensmittelrationen betragen im Zeitraum von Juli 1916 bis Juni 1917 bei Fleisch 31 %, bei Eiern 18 %, bei Butter 22 % und bei Zucker 49 % des Vorkriegsverbrauchs. Es entwickelte sich ein umfangreicher „Schwarzer Markt“, auf dem es buchstäblich alles zu kaufen gab. Es wird geschätzt, dass im Jahre 1918 schließlich bei Fleisch, Eiern und Obst ein Drittel oder gar die Hälfte des Erzeugten auf dem „Schwarzen Markt“ landete. Die Preise dort betragen bis zum Zehnfachen der Friedenspreise und konnten natürlich nur von Wohlhabenden gezahlt werden. Die Masse des Volkes hungerte in den letzten Kriegsjahren, und sie fror im Winter. Insgesamt sind in Deutschland von 1914 bis 1918 763.000 Personen, größtenteils Kinder und alte Menschen, an den Folgen der Unterernährung gestorben.

7. Kultur im Kriege

In allen Krieg führenden Ländern identifizierte sich die große Mehrheit der Geistesschaffenden mit der Kriegspolitik ihrer jeweiligen Regierungen. Mit besonderer Inbrunst taten das die meisten der deutschen Gelehrten und Künstler. Bekannte Autoren wie Richard Dehmel, Alfred Döblin, Gustav Frenssen, Ludwig Ganghofer, Gerhart Hauptmann, Hugo von Hofmannsthal, Hermann Löns, Robert Musil, Rainer Maria Rilke und Hermann Sudermann

bejahten begeistert den Krieg. Das taten auch Schriftsteller wie Thomas Mann, die bisher eine betont unpolitische Haltung eingenommen hatten. Thomas Mann rief im Herbst 1914 aus:

„Wie hätte der Künstler, der Soldat im Künstler nicht Gott loben sollen für den Zusammenbruch einer Friedenswelt, die er so satt, so überaus satt hatte!

Krieg! Es war Reinigung, Befreiung, was wir empfanden, und eine ungeheure Hoffnung.“⁹⁴

Es erschien eine regelrechte Sturzflut von Gedichten, in denen die nationale Gemeinschaft beschworen, ein romantisierendes Bild des Krieges gezeichnet und Hass gegen die Feinde geschürt wurde. Besonders bekannt wurden das Gedicht „Soldatenabschied“ des Arbeiterdichters Heinrich Lersch mit dem Refrain „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen“ und Ernst Lissauers „Hassgesang gegen England“ mit dem Refrain „Wir haben alle nur einen Feind: England“. Zahlreiche Autoren meinten nun, an der deutschen Kultur der Vorkriegszeit sei vieles „dekadent“ gewesen. Diese „Dekadenz“ sei aus einer „Zersetzung“ der deutschen Kultur durch ausländische Einflüsse, vor allem französische zu erklären.

Die Masse der deutschen Gelehrten und Schriftsteller sah in Großbritannien, das nun zumeist „perfides Albion“ genannt wurde, den Hauptfeind. Es gelte, so hieß es allgemein, die deutsche Kultur gegen die westliche „Zivilisation“ zu verteidigen.

Während des Vormarsches der deutschen Truppen durch Belgien im August 1914 war es zu Widerstandsaktionen von Franc tireurs (Partisanen) gekommen. Gegen wirklichen und vermeintlichen Widerstand war das deutsche Militär mit brutaler Härte vorgegangen, auch mit summarischen Erschießungen von Zivilpersonen. So sind am 23. August in Dinant 600 Zivilisten erschossen worden. Nam-

⁹⁴ Zit. nach: Helmut Fries, Deutsche Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, in: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse. Hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 825.

hafte britische und französische Wissenschaftler forderten ihre deutschen Kollegen auf, sich von den Gräueltaten des deutschen Militärs zu distanzieren.

In zahlreichen Erklärungen wiesen deutsche Wissenschaftler und Künstler diese Forderung zurück. Besonders bekannt wurde der „Aufruf an die Kulturwelt“ vom 4. Oktober 1914, den 93 prominente Vertreter des deutschen Geisteslebens unterschrieben hatten, darunter etliche Träger großer Namen. Zu den Unterzeichneten zählten unter anderem die Maler Franz von Defregger und Max Liebermann, die Schriftsteller Richard Dehmel und Gerhart Hauptmann, die Historiker Karl Lamprecht, Friedrich Meinecke und Eduard Meyer, die Philosophen Rudolf Eucken und Wilhelm Windelband, der Altphilologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, die Nationalökonominnen Lujo Brentano und Gustav von Schmoller, der Theologe Adolf von Harnack, die Naturwissenschaftler Fritz Haber, Ernst Haeckel, Max Planck und Wilhelm Röntgen, der Komponist Engelbert Humperdinck und der Theaterregisseur Max Reinhardt.

In ihrer Erklärung stritten die Dreiundneunzig die Übergriffe deutscher Truppen in Belgien rundweg ab, und sie identifizierten sich ausdrücklich und uneingeschränkt mit dem deutschen Militarismus.

Im Herbst 1914 prägte der Münsteraner Soziologe Johann Plenge das Schlagwort „Ideen von 1914“. Die „Ideen von 1914“ wurden den Ideen der Französischen Revolution von 1789 entgegengestellt. Plenge meinte, die bisherigen Klassengegensätze und Interessenkonflikte im Kaiserreich würden nunmehr in einer „Volksgemeinschaft des nationalen Sozialismus“ aufgehoben.

Im August 1914, so erklärten zahlreiche Autoren, sei es zu einer Wiedergeburt des alten „deutschen Wesens“ gekommen. Diese Wiedergeburt sei vor allem durch die patriotische Massenbegeisterung bei Kriegsbeginn und durch den Abschluss des „Burgfriedens“ sichtbar geworden.

Viele Professoren, Geistliche und Schriftsteller stellten den Krieg vermessen in eine heilsgeschichtliche Perspektive, beantworteten die Frage nach dem Sinn des Krieges in der Form einer Geschichtsapokalypse. Klaus Vondung hat diese heilsgeschichtliche Interpretation des Krieges auf die folgende Formel gebracht:

„Im Zentrum der ‚deutschen Apokalypse‘ von 1914 steht die Deutung des Krieges als ‚Weltgericht‘, das Gott über Deutschlands Feinde verhängt hat. Die Kriegsgegner des Deutschen Reichs werden mittels klassischer apokalyptischer Symbole als Vertreter des schlechthin Bösen gezeichnet und mit dem Satan und Antichrist identifiziert. Die Deutschen, von diesem Feind seit langem bedrängt, erscheinen als ‚Gottes Volk‘, das berufen ist, im Auftrag Gottes das ‚Weltgericht‘ zu vollstrecken. Da Deutschland als ‚Werkzeug Gottes‘ kämpft, gilt sein Sieg als ausgemacht. Als Schlussakt eines apokalyptischen Dramas erhält der erwartete Sieg die Qualität eines ‚metastatischen‘ Ereignisses, das nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Welt ‚Erlösung‘ bringen wird.“⁹⁵

Viele Schriftsteller hofften, der Krieg werde sie von den bedrohlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte wie der Abhängigkeit vom Markt, der Konkurrenzsituation, dem Bedeutungsverlust der Literatur usw. befreien und die Literaten wieder als geistige Führer der Nation einsetzen.

Der Krieg forderte sehr bald auch unter den Schriftstellern und Künstlern, die sich als Freiwillige gemeldet hatten oder als Reservisten einberufen worden waren, Opfer. Noch 1914 sind unter anderem Alfred Lichtenstein, August Macke und Ernst Stadler gefallen, in den folgenden Kriegsjahren unter anderem Gerrit Engelke, Walter Flex, Gorch Fock, Hermann Löns, Franz Marc und August Stramm.

⁹⁵ Klaus Vondung, Deutsche Apokalypse 1914, in: Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen. Hrsg. von Klaus Vondung, Göttingen 1976, S. 156.

Seit Anfang 1915 kam es dann bei den meisten der Gelehrten und Literaten, die im August 1914 kriegsbegeistert gewesen waren, zu einer Ernüchterung. Sie gingen nun vom Pathos des August 1914 ab und predigten fortan ein Ethos der Pflichterfüllung. Die Desillusionierung kam bei denen, die sich als Kriegsfreiwillige gemeldet und die grausige Realität des Krieges selbst erlebt hatten, zu meist am raschesten.

Nur eine kleine Gruppe von Schriftstellern, so Johannes R. Becher, Ricarda Huch, Anette Kolb, Heinrich Mann, Arthur Schnitzler und Franz Werfel, war von Anfang an gegen den Krieg gewesen. Im Verlauf des Krieges entwickelten sich dann etliche Autoren zu Pazifisten. Der aus dem Elsass stammende René Schickele hatte sich vor 1914 für eine deutsch-französische Verständigung eingesetzt. Im Herbst 1915 emigrierte er nach Zürich. In den „Weißen Blättern“, die er dort herausgab, wurden Heinrich Manns berühmter „Zola“-Essay und die Antikriegstexte von Johannes R. Becher, Leonhard Frank und Henri Barbusse veröffentlicht.

Der Offizier Fritz von Unruh wurde während der Kämpfe um Verdun schwer verwundet. Nach seiner Genesung erhielt er von der Obersten Heeresleitung den Auftrag, die Schlacht um Verdun literarisch darzustellen. Unruh war jedoch durch seine traumatischen Erlebnisse zum entschiedenen Kriegsgegner geworden. Seine Erzählung „Opfergang“ war deshalb für seine Auftraggeber eine tiefe Enttäuschung und wurde verboten.

Der spätere gefeierte Dramatiker Ernst Toller war Kriegsfreiwilliger, stieg zum Offizier auf und wurde schließlich als kriegsuntauglich entlassen. Er war unterdessen Pazifist und Sozialist geworden. Anfang 1918 schloss er sich der Antikriegsbewegung an und wurde wegen „Landesverrats“ verhaftet.

8. Deutschland im Epochenjahr 1917

Am 12. März (dem 27. Februar des alten russischen Kalenders) fegte in Russland eine Revolution das Regime des Zaren Nikolaus II. hinweg. Eine Provisorische Regierung, die sich im Parlament (der Duma) auf die Liberalen stützte, übernahm die Macht. Sie war bestrebt, an der Seite der Entente den Krieg fortzuführen. Die Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) hingegen, die sich überall im Lande bildeten, verlangten die sofortige Beendigung des Krieges „ohne Annexionen und Kontributionen“.

Dieser Appell machte auch in Deutschland auf die kriegsmüden Massen einen gewaltigen Eindruck. Die Parole ging um, man müsse es „wie in Russland“ machen. Die linken Kräfte in der SPD hatten die loyale Haltung, welche die Parteiführung gegenüber der Reichsregierung einnahm, immer heftiger kritisiert. Im April 1917 traten sie aus der SPD aus und gründeten in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD). Auch der Kreis um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der sich mittlerweile in der Spartakusgruppe organisiert hatte, trat in die USPD ein.

Die Gründung der USPD fiel zeitlich mit einem innenpolitischen Manöver der regierenden Kreise zusammen. Am 7. April kündigte Wilhelm II. in einer „Osterbotschaft“ (um deren Text es zuvor innerhalb der Regierung heftige Auseinandersetzungen gegeben hatte) eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts an. Dieser Botschaft zufolge sollte zwar das geheime und direkte, nicht aber das gleiche Wahlrecht eingeführt werden – obendrein erst nach dem Kriege. Die mageren Versprechungen des Kaisers wurden allgemein mit Enttäuschung und Erbitterung aufgenommen.

Eine Woche nach der Verkündigung der „Osterbotschaft“ kürzten die Staatsorgane erneut die kärglichen Brotrationen. Das löste am 16. April in Berlin, Leipzig und weiteren Städten Streiks aus, insbesondere in Rüstungsbetrieben. Hunderttausende von Arbeitern legten die Arbeiter nieder, allein in Berlin 300.000. Die Streikenden

verbanden ökonomische und soziale Forderungen mit dem Ruf nach sofortigem Frieden ohne Annexionen.

Unterdessen hatten die USA am 6. April dem Deutschen Reich den Krieg erklärt. Sie begannen damit, eine Millionenarmee aufzubauen. Sobald dieses Heer einsatzbereit war und an der Westfront auftauchte, musste die Lage der deutschen Armee hoffnungslos werden.

In Deutschland und Österreich-Ungarn war einigen realistisch denkenden Politikern mittlerweile klar geworden: Diese beiden Staaten konnten nicht gegen die ganze Welt den Krieg gewinnen. Ihre Regierenden mussten deshalb bestrebt sein, aus dem Krieg herauszukommen. Da sie nun einmal in der schwächeren Position waren, galt es, den Gegnern ein akzeptables Angebot zu machen. Vor allem mussten die Oberste Heeresleitung und ihr rechter Anhang sich ihre annexionistischen Kriegsziele aus dem Kopf schlagen.

Das erkannte auch der einflussreichste Politiker der Zentrumspartei, Matthias Erzberger. Er machte – gestützt auf eine geheime Denkschrift des österreichischen Außenministers Czernin vom 12. April 1917 – den Mitgliedern des Reichstages klar, wie ernst die Lage tatsächlich war. Erzberger hatte entscheidenden Anteil daran, dass der Reichstag am 19. Juli 1917 mit den Stimmen des Zentrums, der SPD und der Fortschrittlichen Volkspartei in einer Resolution einen Verständigungsfrieden forderte. Die Kernpassage der Friedensresolution lautete: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsabtretungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“⁹⁶

Wenige Tage zuvor, am 14. Juli, hatten Hindenburg und Ludendorff den widerstrebenden Wilhelm II. durch eine Rücktrittsdrohung

⁹⁶ Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. von Ernst Rudolf Huber, Bd. 3: Deutsche Verfassungsdokumente 1900 – 1918, 3., neu bearbeitete u. vermehrte Aufl., Stuttgart-Berlin-Köln 1990, S. 191.

gezwungen, Reichskanzler Bethmann Hollweg zu entlassen. Bethmann Hollweg hatte – vor allem auf dem Felde der Kriegsziele und der Innenpolitik – zwischen den Bestrebungen der konservativen und der liberalisierenden Strömung der politischen Elite lavieren müssen, wobei er den Zielen der liberalisierenden Kräfte stärker zuneigte. Durch sein Lavieren hatte er aber schließlich das Vertrauen aller politischen Kräfte verloren. Besonders aktiv hatten die Oberste Heeresleitung, der Großindustrielle Carl Duisberg, die Parteiführer Erzberger und Gustav Stresemann sowie der rechte Sozialdemokrat Eduard David auf den Sturz Bethmanns hingearbeitet. Namentlich Erzberger, Stresemann und Oberstleutnant Max Bauer setzten sich dafür ein, Bülow als Reichskanzler zu berufen. In seiner Ratlosigkeit ernannte der Kaiser einen gewissen Georg Michaelis, von dem er zuvor noch nie etwas gehört hatte, zum Kanzler. Das war ein farbloser Verwaltungsbeamter, der durch das neue Amt total überfordert war.

Unter dem Eindruck der russischen Februarrevolution griff in Deutschland die Antikriegsbewegung auch auf die Streitkräfte über. An der Ostfront kam es zu zahlreichen Verbrüderungen zwischen deutschen und russischen Soldaten. Seit Frühjahr 1917 bildeten sich auf zahlreichen Kriegsschiffen illegale Mannschaftsorganisationen. Die Matrosenbewegung verfolgte das Ziel, durch einen so genannten Flottenstreik die Beendigung des Krieges zu erzwingen. Am 2. August verweigerten 600 Matrosen des Großkampfschiffes „Prinzregent Luitpold“ den Dienst und verließen eigenmächtig das Schiff. Es gelang den Militärbehörden jedoch, die Matrosenbewegung zu zerschlagen. Die Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch wurden hingerichtet.

Das ganze konservative Lager in Deutschland hatte auf die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit mit einem Aufschrei geantwortet. Führende Exponenten dieses Lagers verständigten sich über den Plan, alle „nationalen“ Kräfte in einer parteiübergreifenden Sammlungsbewegung zu vereinigen. Am 2. September 1917 gründeten sie in Königsberg die „Deutsche Vaterlandspartei“.

An die Spitze der neuen Organisation traten zwei Männer, deren Namen bereits Programm waren: Großadmiral Alfred von Tirpitz, der Architekt der unheilvollen deutschen Flottenrüstung, und Wolfgang Kapp, der künftige Putschist. Den Akteuren der Vaterlandspartei fehlte es weder an Geld noch an organisatorischem Geschick. Auch standen die Militärbehörden und das Gros der Beamtenschaft auf ihrer Seite. Binnen eines Jahres gewann die Vaterlandspartei 1,25 Millionen Mitglieder.

Die Vaterlandspartei lehnte einen Verständigungsfrieden schroff ab und jagte wie die Oberste Heeresleitung dem Phantom eines „Siegfriedens“ nach. In aller Öffentlichkeit verfocht sie ein ausschweifendes Kriegszielprogramm. Die hemmungslose Propaganda dieser präfaschistischen Massenbewegung trug dazu bei, den Boden für die Nationalsozialisten vorzubereiten.

Reichskanzler Michaelis widersetzte sich innenpolitischen Reformen und versuchte gar, mittels eines Ausnahmegesetzes gegen die USPD vorzugehen. Ende Oktober erzwang die neue Reichstagsmehrheit seine Entlassung. Die extrem schwierige und komplizierte Situation des Kaiserreichs hätte an der Spitze der Regierung einen tatkräftigen und flexiblen Politiker erfordert. Doch Wilhelm II. berief am 1. November 1917 mit Billigung der Obersten Heeresleitung wiederum einen ausgesprochenen schwachen Reichskanzler – den greisen, körperlich und geistig verbrauchten Georg Graf von Hertling.

Eine Woche später, am 7. November (25. Oktober alten Stils) ergriffen in Petrograd (so hieß St. Petersburg seit 1914) die Bolschewiki unter der Führung Lenins die Macht. Der Umsturz in Russland verbesserte momentan die Situation Deutschlands, denn bereits am 15. Dezember wurde ein deutsch-russischer Waffenstillstand abgeschlossen.

9. Der Kriegsverlauf 1917 und 1918

Ende 1916 verlangte die Oberste Heeresleitung, gegen die Entente zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg überzugehen. Reichskanzler Bethmann Hollweg stimmte am 9. Januar 1917 zu. Am 31. Januar wurden die Gewässer um England und Frankreich sowie der größte Teil des Mittelmeeres völkerrechtswidrig zu „Sperrgebieten“ erklärt, in denen sämtliche feindlichen und neutralen Schiffe ohne Warnung vernichtet würden. Am 1. Februar wurde der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eröffnet. Die deutsche Marineführung hatte behauptet, der uneingeschränkte U-Boot-Krieg werde England binnen fünf Monaten zwingen, den Kampf einzustellen.

Der Ausbruch der Februarrevolution in Russland durchkreuzte die Pläne der Ententemächte, eine koordinierte allgemeine Frühjahrs-offensive einzuleiten. An der Ostfront herrschte fortan fast drei Monate lang Waffenruhe. Im Westen räumten die deutschen Truppen Mitte März den vorspringenden Frontbogen zwischen Arras und Soissons und zogen sich auf die stark ausgebaute „Siegfriedstellung“ zurück, was die Angriffsvorbereitungen der englischen und französischen Armee erheblich störte. Im April griff dann die britische Armee im Artois an, die französische Armee an der Aisne und in der Champagne. Beide Offensiven scheiterten unter schweren Verlusten. Im Mai/Juni meuterten große Teile der französischen Armee. Auch die lang anhaltende Angriffsoperation der englischen Armee in Flandern (Juli bis November) schlug fehl.

Anfang Juli misslang in Galizien die so genannte Kerenski-Offensive der russischen Armee. Im Gegenstoß eroberten die Mittelmächte Ostgalizien und die Bukowina zurück. Im Herbst eroberten deutsche Truppen Riga und die Moonsundinseln. In der zehnten und elften Isonzoschlacht (Mai/Juni und August/September) hatte die österreichisch-ungarische Armee unterdessen wiederum Angriffe der italienischen Armee abgewehrt. Sie war aber durch diese Kämpfe stark erschüttert worden. Im Oktober/November durchbrachen dann deutsche und österreichisch-ungarische Truppen zwi-

schen Flitsch und Tolmein die italienische Front und stießen bis zum Piave vor. Die italienische Armee erlitt dabei schwerste Verluste (733.000 Mann, darunter 293.000 Gefangene).

Am 20. November 1917 durchbrachen britische Truppen bei Cambrai überraschend die deutsche Frontlinie. Sie setzten hierbei zum ersten Male Tanks (Panzer) massiert ein (insgesamt 476 Fahrzeuge). Durch einen Gegenangriff eroberten deutsche Truppen bis Anfang Dezember das verlorene Gelände größtenteils zurück und erbeuteten dabei 90 Tanks.

Die Landkriegführung der Mittelmächte war somit im Jahre 1917 recht erfolgreich. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg aber scheiterte nach Anfangserfolgen, und das fiel weitaus schwerer ins Gewicht. Seit dem Sommer wurde die englische U-Boot-Abwehr immer wirksamer, und die Versenkungsziffern gingen zurück. Hierzu trug der Übergang zum Konvoisystem entscheidend bei. Die Handelsschiffe fahren jetzt nicht mehr einzeln, sondern in Konvois (Geleitzügen), die von Zerstörern und anderen Kriegsschiffen begleitet wurden. Als die USA damit begannen, Truppen nach Frankreich zu entsenden, konnte nicht ein Einziger der stark gesicherten Truppentransporter versenkt werden.

Von deutschen U-Booten 1917 erzielte Versenkungen

	Anzahl der Schiffe	Schiffsraum in Millionen Bruttoregistertonnen
Januar – März	848	1,38
April – Juni	1.167	2,1
Juli – September	678	1,36
Oktober – Dezember	477	1,1

Getrieben von der Vorstellung, im Westen eine militärische Entscheidung herbeiführen zu können, ehe die Millionenarmee der US-Amerikaner eingreifen konnte, ließ die Oberste Heeresleitung von März bis Juli 1918 die deutschen Armeen an der Westfront in fünf großen Offensiven gegen die britisch-französischen Truppen anrennen. Ungeachtet teilweise beträchtlicher Anfangserfolge der ersten Offensiven wurden die strategisch-operativen Ziele nicht erreicht, gelang es nicht, zum Bewegungskrieg überzugehen. So wurden nur mehr oder weniger große Beulen in die alliierte Front geschlagen, wodurch sich im Endergebnis des verzweifelten Vabanquespiels die strategische Lage des deutschen Westtheeres rapide verschlechterte.

Im Juli 1918 schlug die letzte deutsche Offensive fehl. Von März bis Juli hatte die deutsche Armee eine Million Mann an Gefallenen, Verwundeten und Gefangenen verloren – Verluste, die nur zu einem geringen Teil ersetzt werden konnten. 24 deutsche Divisionen mussten aufgelöst werden.

Auf der Gegenseite aber trafen von März bis Juli 658.000 amerikanische Soldaten ein. Am 18. Juli begann die Gegenoffensive der Entente. Die Truppen der Entente besaßen eine drückende technische Überlegenheit. Sie konnten 5.400 Flugzeuge und 1.500 Panzer einsetzen, die deutsche Seite nur 3.000 Flugzeuge und einige wenige Panzer. Das stark geschwächte und maßlos überanstrengte deutsche Heer musste sich unter schweren Verlusten immer weiter nach Osten zurückziehen. Anfang November stand es in der so genannten Antwerpen-Maas-Stellung.

10. Das Ende des Kaiserreichs

Am 28. Januar 1918 begann weitgehend spontan in Berlin, Hamburg und vielen weiteren Städten ein mächtiger Streik, der vor allem Rüstungsbetriebe erfasste. Insgesamt legten eine Million Beschäftigte die Arbeit nieder. In Berlin konstituierte sich eine Streikleitung, die sich „Arbeiterrat“ nannte. Die erste Forderung der

Streikenden lautete, unverzüglich den Krieg zu beenden und einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu schließen. Die Staatsorgane gingen massiv gegen die Streikenden vor und erzwangen am 3. Februar die Wiederaufnahme der Arbeit. Tausende von Arbeitern wurden zum Militärdienst einberufen und in ihre Personalpapiere der Vermerk „Berlin 1918“ eingetragen.

Im Osten eröffnete die deutsche Armee am 18. Februar mit 700.000 Soldaten eine Offensive, die kaum auf Widerstand stieß. Dadurch sah sich die Regierung Sowjetrusslands gezwungen, am 3. März den Friedensvertrag von Brest-Litowsk zu unterzeichnen. Dieser Diktatfrieden sah vor, dass Russland auf das Baltikum, die Ukraine, Finnland und das Gebiet von Batumi verzichtete – Territorien, auf denen 46 Millionen Menschen lebten und sich 54% der Industrie Russlands befanden.

Solange die deutschen Offensiven an der Westfront erfolgreich zu sein schienen, war die Oberste Heeresleitung auch innenpolitisch obenauf. Doch am 14. August musste die Oberste Heeresleitung der Reichsregierung mitteilen, dass ein Sieg Deutschlands unmöglich geworden sei. Sechs Wochen später, am 29. September, verlangte Ludendorff von der Reichsregierung, sie solle sofort mit der Entente Verhandlungen über einen Waffenstillstand aufnehmen. Die Lage sei so ernst, dass die deutsche Front täglich zusammenbrechen könne.

Gleichzeitig forderte Ludendorff die Bildung einer neuen Regierung, an der auch die Parteien der Reichstagsmehrheit beteiligt werden sollten. Vor den Offizieren seines Stabes sagte er, er habe den Kaiser gebeten, „jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu verdanken haben, dass wir so weit gekommen sind ... Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben!“⁴⁹⁷

97 Zit. nach: Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht, S. 559.

Ludendorff und seine Gefolgsleute hatten sich an immer abenteuerlichere Siegesrezepte geklammert und den Krieg in die Länge gezogen. Jetzt, im Angesicht der Niederlage, suchten sie nach Sündenböcken.

Am 30. September ernannte Wilhelm II. den Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler. Der Prinz galt als liberaler Reformpolitiker. Die Parteiführer der Reichstagsmehrheit hatten zuvor bereits Koalitionsverhandlungen geführt. Sie verständigten sich nun mit dem neuen Kanzler. Anfang Oktober traten die Sozialdemokraten Philipp Scheidemann und Gustav Bauer, die Zentrumspolitiker Karl Trimborn, Matthias Erzberger und Adolf Gröber und der Liberale Conrad Haußmann in die Reichsregierung ein.

Bereits am 3. Oktober richtete Prinz Max an den Präsidenten der USA, Thomas Woodrow Wilson, eine Note, in der er um einen Waffenstillstand nachsuchte. In den folgenden Wochen kam es zwischen der Reichsregierung und Wilson zu einem Notenwechsel, in dessen Verlauf der amerikanische Präsident seine Vorbedingungen für einen Waffenstillstand immer mehr in die Höhe schraubte. Am 25. Oktober forderte die Oberste Heeresleitung daraufhin, die Verhandlungen mit Wilson abzubrechen und gegen die Entente einen „Kampf bis zum Äußersten“ zu führen. Einen Tag später erzwang Prinz Max von Baden die Entlassung Ludendorffs. An dessen Stelle trat der weitaus flexiblere General Erich Groener.

Ende Oktober wurde durch Verfassungsänderungen die Macht des Kaisers erheblich eingeschränkt. Es wurde festgelegt, dass der Reichskanzler fortan des Vertrauens des Reichstags bedürfe und ohne die Mitwirkung des Reichstags nicht über Krieg oder Frieden entschieden werden dürfe. Diese Reformen kamen freilich viel zu spät.

Gleichfalls Ende Oktober plante die deutsche Seekriegsleitung – ohne die Reichsregierung darüber zu informieren! – einen großen Vorstoß und zog deshalb vor Wilhelmshaven fast die gesamte Flotte

zusammen. Der Plan war militärisch völlig sinnlos. Angesichts der gewaltigen Überlegenheit der britischen und amerikanischen Flotte musste das geplante Unternehmen zwangsläufig für Tausende deutscher Matrosen den Tod bedeuten. Der Stabschef der Hochseeflotte, Admiral Adolf von Trotha, hat denn auch eiskalt erklärt, die Aktion müsse durchgeführt werden, auch wenn die deutsche Flotte dabei „mit Ehren“ untergehen würde.⁹⁸

Die meisten der Matrosen hatten sehr wohl verstanden, dass sie auf eine Todesfahrt geschickt werden sollten. Als das 1. Geschwader in der Nacht zum 30. Oktober den Befehl zum Auslaufen erhielt, leisteten insbesondere die Besatzungen der Großkampfschiffe „Thüringen“ und „Helgoland“ offenen Widerstand. Sie rissen das Feuer aus den Kesseln und verhinderten, dass die Anker gelichtet wurden.

Die Admirale mussten daraufhin den geplanten Vorstoß abblasen und ließen mehr als 1.000 Matrosen verhaften. Ihnen allen drohte wegen Meuterei die Todesstrafe. Doch die Massenverhaftungen fruchteten nicht mehr. Das 3. Geschwader wurde nach Kiel verlegt, und hier erhoben die Matrosen sich am 3. November zum bewaffneten Aufstand.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Sehnsucht nach Frieden und die Empörung über die Katastrophenpolitik der Herrschenden bereits die breiten Massen ergriffen. Am 4. November bildeten die Matrosen in Kiel Soldatenräte, hissten auf ihren Schiffen die rote Fahne und brachten die Stadt in ihre Gewalt. Die Novemberrevolution hatte begonnen. Fünf Tage später fegte eine spontane Volksbewegung das Regime Wilhelms II. hinweg. Prinz Max verkündete eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und übertrug dem Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, das Amt des Reichskanzlers. Am Tag darauf floh Wilhelm II. nach Holland.

⁹⁸ Zit. nach: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 3: November 1917 bis November 1918. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, Berlin 1969, S. 502.

Eine Bilanz

Das Bild des wilhelminischen Kaiserreichs hat im Laufe der Zeit viele Wandlungen erfahren. Bei den Zeitgenossen des Kaiserreiches im In- und Ausland überwog noch der Eindruck, dieser Staat sei ungeheuer stabil und werde wohl bis in alle Ewigkeit Bestand haben. In der Tat war im Kaiserreich vieles stabil. Der Staatsaufbau blieb zwischen 1871 und 1914 nahezu unverändert. Die Währung war hart wie Kruppstahl, und an der Spitze des Reiches stand mit Wilhelm II. 30 Jahre lang derselbe Mann, und der änderte sich überhaupt nicht. Wenn man die preußischen Staatshandbücher und die Ranglisten der Armee durchblättert, dann findet man in allen Jahrgängen vorrangig die gleichen Familiennamen verzeichnet: Bülow, Dohna, Eulenburg, Kleist und so weiter.

Schon bald nach 1918, angesichts politischer Instabilität, ungewisser Zukunftsaussichten und fortschreitender Geldentwertung, erschien die Kaiserzeit vielen Menschen in einem nostalgischen Licht. Eine solche Einstellung kam etwa in jenem Text zum Ausdruck, der nach der Melodie des Fehrbelliner Reitermarsches gesungen wurde und der lautete: „Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wieder hab'n ...“.

Später wurden ganz andere Urteile über das Kaiserreich gefällt. Thomas Mann, der 1914 den Ausbruch des Ersten Weltkriegs begeistert begrüßt und sich die ganze Kriegszeit über als Apologet des Kaiserreiches betätigt hatte, erklärte nach den schlimmen Erfahrungen der Jahre 1933 bis 1945: „Durch Kriege entstanden, konnte das unheilige Deutsche Reich preußischer Nation immer nur ein Kriegsreich sein. Als solches hat es, ein Pfahl im Fleische der Welt, gelebt und als solches geht es zugrunde.“⁹⁹

⁹⁹ Thomas Mann, Deutschland und die Deutschen, in: Derselbe. Gesammelte Werke, Bd. 12, Berlin-Weimar 1965, S. 572.

In den 70er und 80er Jahren überwog dann in der Geschichtswissenschaft der alten Bundesrepublik eine sehr kritische Sicht auf die Kaiserzeit. Gemäß der Theorie vom „deutschen Sonderweg“ galt die Kluft zwischen der ökonomischen Modernisierung und dem rückständigen politischen System als Grundübel der neueren deutschen Geschichte und als die Ursache dafür, dass die Entwicklung Deutschlands von der als normativ betrachteten Entwicklung Westeuropas abwich.

Der Untergang des Kaiserreichs erschien in solcher Sicht als geradezu zwangsläufig. Doch in den 90er Jahren sind namhafte Historiker von der deterministischen Vorstellung, das Kaiserreich habe sich seit 1871 folgerichtig auf seinen Untergang zu bewegt, abgekommen. In der Tat hat es in der Kaiserzeit immer wieder Chancen einer echten politischen Kurskorrektur gegeben, so 1908, 1913 und 1917 im Zusammenhang mit der „Daily-Telegraph“-Affäre, der Zabern-Affäre und der Formierung der Reichtagsmehrheit von Sozialdemokraten, Liberalen und Zentrum. Diese Chancen sind freilich nicht genutzt worden.

Die Deutschen haben den Weg in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges nicht in erster Linie infolge übermächtiger Zwänge beschritten. Sie wurden vielmehr von ihren leitenden Politikern auf die Bahn des Unheils geführt. Das haben einige wenige Zeitgenossen schon früh gesehen.

Man lebte im Zeitalter des Imperialismus, und die Überzeugung, Ansehen und Zukunftsperspektiven eines Staates hingen vom Besitz überseeischer Kolonien ab, verbreitete sich in vielen Ländern. Seit 1897/98 vollzogen Kaiser Wilhelm II., Admiral Tirpitz und der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bernhard von Bülow, einen einschneidenden Kurswechsel und leiteten die unheilvolle „Weltpolitik“ und Flottenrüstung ein. Bismarck, der am 30. Juli 1898 starb, hat in den letzten Monaten seines Lebens vergeblich vor einer solchen Politik gewarnt.

Insbesondere die deutsche Flottenrüstung, die nach der Jahrhundertwende von der politischen Klasse Großbritanniens mehr und mehr als eine tödliche Bedrohung empfunden wurde, war ein verhängnisvoller Fehler. Die regierenden Kreise des kaiserlichen Deutschland überschätzten in abenteuerlicher Weise ihren Handlungsspielraum. Das auf die Revanche fixierte Frankreich hatte ein Militärabkommen mit dem mächtigen Russland. Es war geradezu selbstmörderisch, wenn das Deutsche Reich, das gewissermaßen zwischen den Großmächten Frankreich und Russland eingeklemmt war, sich obendrein mit der Weltmacht Großbritannien verfeindete.

Die Akteure der deutschen „Weltpolitik“ waren Treiber und wurden doch selbst mehr und mehr von den Alldeutschen und anderen „nationalen“ Fanatikern getrieben. Der Alldeutsche Verband fand bedeutende Förderer in den Regierungskreisen, der Militärführung und der Schwerindustrie. Friedrich Meinecke hat deshalb in seiner Schrift „Die deutsche Katastrophe“ über jene Eliten, welche die Politik des Kaiserreiches trugen, gesagt: „Die Hakatisten in Posen und Westpreußen [die militanten Polenfeinde des Deutschen Ostmarkenvereins – G.F.], die Scharfmacher der Großindustrie, die junkerlichen Bürokraten in den Ministerien und Provinzialregierungen, das waren die konkreten Träger dieses innenpolitischen Machtssystems, dessen Komplement nach außen nun jene alldeutsche Bewegung wurde.“¹⁰⁰

Weit über den Alldeutschen Verband hinaus sahen einflussreiche Kreise bereits vor 1914 einen großen Krieg als unvermeidlich an. Fassten die einen den bevorstehenden „Waffengang“ mit fatalistischer Ergebnisheit ins Auge, so bejahten die anderen ihn freudig, ja, sie sehnten ihn herbei. 1914 mündeten dann die Rivalität und das Wettüben zwischen der britisch-französisch-russischen Entente und dem deutsch-österreichischen Block in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges ein.

100 Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe, S. 345 f.

Das kaiserliche Deutschland hatte keine reale Aussicht, den Krieg gegen die übermächtige gegnerische Koalition zu gewinnen. Schließlich fegte die Novemberrevolution den Kaiser und die anderen Akteure des Krieges hinweg.

Das Kaiserreich ist im Gefolge eines Krieges entstanden und im Gefolge eines Krieges untergegangen. Dazwischen aber hat es den Deutschen die lange Friedensperiode der Jahre 1871 bis 1914 gebracht. In dieser Zeit gab es ein stürmisches Wirtschaftswachstum, große Leistungen und Erfolge der Wissenschaften und ein reiches künstlerisches Leben. Es seien hier nur stellvertretend die Namen von Robert Koch, Max Planck, Albert Einstein, Max Weber, Adolf von Harnack, Thomas und Heinrich Mann, Gerhart Hauptmann, Rainer Maria Rilke, Adolph von Menzel, Max Liebermann, Richard Wagner und Richard Strauß genannt. In den Gesamtdarstellungen zur Kaiserzeit, die in den letzten Jahren vorgelegt wurden, wird dezidiert auf die Widersprüche, die Ambivalenzen hingewiesen, die für Politik, Gesellschaft und Kultur des kaiserlichen Deutschland charakteristisch waren. So schreibt Volker Ullrich über die Kaiserzeit: „Neben einer überaus dynamischen, innovativen Industriewirtschaft finden wir die monströse Spätblüte einer neoabsolutistischen Hofkultur; neben erstaunlichen Leistungen in Wissenschaft und Technik eine weit verbreitete Uniformgläubigkeit, die Vergötzung alles Militärischen; neben Tendenzen zur Parlamentarisierung und Demokratisierung die latente Drohung mit dem Staatsstreich, das Liebäugeln mit der Militärdiktatur; neben einer lebendigen avantgardistischen Kulturszene die plüschigste Salonkunst; neben einer erstaunlichen kulturellen Liberalität die kleinsten Zensurschikanen und eine harte Klassenjustiz; neben der Sozialfigur des wilhelminischen Untertanen, wie sie Heinrich Mann in seinem Roman so trefflich geschildert hat, den selbstbewussten großbürgerlichen Unternehmer und den klassenbewussten sozialdemokratischen Arbeiter; neben auftrumpfendem Kraftgefühl und ungebremsster Aggressivität ein tief sitzendes Gefühl von Angst und Unsicherheit.“¹⁰¹

¹⁰¹ Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht, S. 14.

Auswahlbibliographie

Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890 – 1914. Hrsg. von Jost Dülffer und Karl Holl, Göttingen 1986

Konrad Canis, Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902, Berlin 1997

Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, 3., durchgesehene Aufl., Berlin 1971; Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche, 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1970; Bd. 3: November 1917 bis November 1918. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, Berlin 1969

Ernst Engelberg, Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985

Ernst Engelberg, Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990

Erich Eyck, Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914, Erlenbach-Zürich 1948

Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin-Bonn 1985

Gerd Fesser, Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow. Eine Biographie, Berlin 1991

Gerd Fesser, Der Traum vom Platz an der Sonne. Deutsche „Weltpolitik“ 1897 – 1914, Bremen 1996

Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Nachdruck der Sonderausgabe 1977, Düsseldorf 1994

Fritz Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, 2. Aufl., Düsseldorf 1969

Michael Fröhlich, Imperialismus. Deutsche Kolonial- und Welt-politik 1880 – 1914, München 1994

Lothar Gall, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850 – 1890, 3., überarbeitete und erweiterte Aufl., München 1997

Immanuel Geiss, Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorge-schichte des Ersten Weltkriegs 1815 – 1914, München-Zürich 1990

Hermann Glaser, Die Kultur der wilhelminischen Zeit. Topographie einer Epoche, Frankfurt am Main 1984

Hermann Glaser, Bildungsbürgertum und Nationalismus. Politik und Kultur im Wilhelminischen Deutschland, München 1993

Hermann Glaser, Industriekultur und Alltagsleben. Vom Bieder-meier zur Postmoderne, überarbeitete u. erweiterte Neuauflage, Frankfurt am Main 1994

Helga Grebing, Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, 2. Aufl., München 1987

Horst Gründer, Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn-München-Wien-Zürich 1985

Richard Hamann/Jost Hermand, Stilkunst um 1900, Berlin 1967

Willibald Gutsche, Wilhelm II. Der letzte Kaiser des Deutschen Reiches, Berlin 1991

Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880 – 1933. Hrsg. von Diethart Kerbs/Jürgen Reulecke, Wuppertal 1998

Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871 – 1918. Hrsg. von Uwe Puschner, Walter Schmitz und Justus H. Ulbricht, München-Providence-London-Paris 1996

Gerd Hardach, Der Erste Weltkrieg, München 1973

Corona Hepp, Avantgarde. Moderne Kunst, Kulturkritik und Reformbewegungen nach der Jahrhundertwende, München 1987

Dieter Hertz-Eichenrode, Deutsche Geschichte 1871 – 1890. Das Kaiserreich in der Ära Bismarck, Stuttgart-Berlin-Köln 1992

Dieter Hertz-Eichenrode, Deutsche Geschichte 1890 – 1918. Das Kaiserreich in der Wilhelminischen Zeit, Stuttgart-Berlin-Köln 1996

Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871 – 1945, Stuttgart 1995

Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, Bd. III: Bismarck und das Reich, 3., wesentlich überarbeitete Aufl., 1988, Bd IV: Struktur und Krisen des Kaiserreiches, 2., verbesserte u. ergänzte Aufl., 1982; Bd. V: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914 – 1919, 1978

Baldur Kaulisch, Alfred von Tirpitz und die imperialistische deutsche Flottenrüstung. Eine politische Biographie, 3., durchgesehene Aufl., Berlin 1988

Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, 2., durchgesehene Aufl., Stuttgart 1980

Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 – 1918, 2., durchgesehene u. ergänzte Aufl., Göttingen 1978

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789 – 1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke, Werner Fritsch [u. a.], Leipzig 1983 – 1986

Wilfried Loth, Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung, 2. Aufl., München 1997

Gunther Mai, Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg, München 1987

Robert K. Massie, Die Schalen des Zorns. Großbritannien, Deutschland und das Heraufziehen des Ersten Weltkriegs, Frankfurt am Main 1993

Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 – 1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992

Kurt Nowak, Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, München 1995.

Helmut Otto/Karl Schmiedel, Der erste Weltkrieg. Militärhistorischer Abriss, 4., berichtigte Aufl., Berlin 1983

PLOETZ. Das deutsche Kaiserreich 1867/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche. Hrsg. von Dieter Langewiesche, Freiburg-Würzburg 1984
Joachim Radkau, Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München-Wien 1998

John C. G. Röhl, Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik, 4., verbesserte u. erweiterte Aufl., München 1995

Gregor Schöllgen, Das Zeitalter des Imperialismus, 3., überarbeitete u. erweiterte Aufl., München 1994

Michael Stürmer, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866 – 1918, Berlin 1994

Richard H. Tilly, Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834 – 1914, München 1990

Hans-Peter Ullmann, Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918, Frankfurt am Main 1995

Hans-Peter Ullmann, Politik im Deutschen Kaiserreich 1871 – 1918, München 1999

Volker Ullrich, Als der Thron ins Wanken kam. Das Ende des Hohenzollernreiches 1890 – 1918, Bremen 1993

Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871 – 1918, Frankfurt am Main 1997

Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918, 6., bibliographisch erneuerte Aufl., Göttingen 1988

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 3. Bd.: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, 1849 – 1914, München 1995

Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse. Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994

Heinz Wolter, Bismarcks Außenpolitik 1871 – 1881. Außenpolitische Grundlinien von der Reichsgründung bis zum Dreikaiserbündnis, Berlin 1983

Personenregister

Abd al-Aziz, Sultan von Marokko 99

Ahlwardt, Hermann 52

Alexander I. Fürst von Bulgarien 67

Althoff, Friedrich 32

Aquino, Thomas von 44

Ballin, Albert 16,115

Bamberger, Ludwig 55

Barbusse, Henri 132

Bassermann, Ernst 95

Baudelaire, Charles 40

Bauer, Gustav 141

Bauer, Max 121, 135

Baumgarten, Hermann 6

Bebel, August 9, 61, 95

Becher, Johannes R. 132

Beethoven, Ludwig van 39

Behrens, Peter 36

Berchtold, Leopold Graf 107

Berlepsch, Hans Hermann Frhr. von 71

Berlioz, Hector 38

Bernstorff, Johann Heinrich Graf von 84

Bethmann Hollweg, Theobald von 93 – 96, 101, 103, 108f.,
114 – 118, 121, 135, 137

Bismarck, Herbert Fürst von 62

Bismarck, Otto Fürst von 5f., 8f., 11, 55 – 72, 78, 87, 144

Blüher, Hans 46

Blumhardt, Christoph 44

Böcklin, Arnold 22

Boetticher, Karl Heinrich von 66, 81

Bosch, Carl 31

Bosch, Robert 31

Brahms, Johannes 38f.

Brentano, Lujo 130

Bronsart von Schellendorf, Paul 5

Bruch, Rüdiger vom 74

Bülow, Bernhard Fürst von 65f., 80f., 84 – 94, 97, 99, 101, 144

Calvin, Johannes

Caprivi, Leo Graf von 71, 78f., 82

Cassirer, Ernst 29

Chamberlain, Joseph 88

Claß, Heinrich 50, 53, 117

Cohen, Hermann 29

Conrad von Hötzendorf, Franz Graf 107

Czernin von und zu Chudenitz, Ottokar Graf 134

Dahn, Felix 39

Darwin, Charles 32f.

Defregger, Franz von 130

Dehmel, Richard 40, 128, 130

Delbrück, Clemens von 114

Déroulède, Paul 68

Dilthey, Wilhelm 30

Dimitrijević, Dragutin 107

Döblin, Alfred 128

Duisberg, Carl 135

Ebert, Friedrich 96, 114, 142

Ehrlich, Paul 32

Einstein, Albert 31, 33, 146

Engelke, Gerrit 131

Erzberger, Matthias 134f., 141

Eucken, Rudolf 130

Eulenburg und Hertefeld, Philipp Fürst zu 71f., 80, 86

Falk, Adalbert 56

Falkenhayn, Erich von 97, 111, 119f., 121

Ferry, Jules 67

Flex, Walter 131

Fock, Gorch 131

Förster-Nietzsche, Elisabeth 31

Fontane, Theodor 39

Frank, Leonhard 132

Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich 107

Frenssen, Gustav 40, 128

Freund, Michael 54

Freytag, Gustav 39

Friedrich I., Großherzog von Baden 5

Friedrich II., König von Preußen 69

Friedrich III., Deutscher Kaiser und König von Preußen 63, 68

Galton, Francis 33

Ganghofer, Ludwig 128

George, Stefan 40, 53

Giers, Nikolai 67f.

Gogh, Vincent van 37

Grey, Sir Edward 110

Gröber, Adolf 141

Groener, Erich 141

Gundolf, Friedrich 53

Haase, Hugo 96, 115

Haber, Fritz 31, 130

Haeckel, Ernst 32, 43, 49, 130

Haffner, Sebastian 73

Haldane, Lord Richard 103

Haußmann, Otto 109

Harnack, Adolf von 43, 130, 146

Hasse, Ernst 50

Hauptmann, Gerhart 40, 128, 130, 146

Haußmann, Conrad 141

Heckel, Erich 37

Heeringen, Josias von 108

Heine, Thomas Theodor 35

Heinrich VII., Prinz Reuß jüngere Linie 69f.

Henckel von Donnersmarck, Guido Fürst 16

Hertling, Georg Graf von 136

Heym, Georg 41

Heyse, Paul 39

Hildebrand, Klaus 89

Hillebrand, Karl 58

Hiller, Johann Adam 39

Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von H. 121, 134

Hoddis, Jakob van 41f.

Hodler, Franz 35

Höppener, Hugo (Fidus) 22, 35

Hofmannsthal, Hugo von 38, 40, 128

Hohenlohe-Schillingsfürst, Alexander Prinz zu 73

Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu 79f., 79 – 81, 83, 89

Holstein, Friedrich von 67, 72, 82, 97, 99

Huch, Ricarda 132

Humperdinck, Engelbert 130

Ibsen, Henrik 39

Itzenplitz, Heinrich Graf von 62

Jameson, Leander Starr 83

Kandinsky, Wassili 37

Kant, Immanuel 29

Kapp, Wolfgang 136

Kardorff, Wilhelm von 90

Kennan, George 83

Kiderlen-Wächter, Alfred von 102f.

Kirchner, Ernst Ludwig 37

Klages, Ludwig 47

Knackfuß, Hermann 34

Koch, Robert 32, 146

Köbis, Albin 135

Koeller, Ernst Matthias von 79

Kolb, Anette 132

Kraus, Franz Xaver 44

Kropatschek, Hermann Wilhelm 70

Krüger, Paulus („Ohm“) 83

Krupp, Friedrich Alfred 16

Krupp von Bohlen und Halbach, Bertha 16

Kühlmann, Richard von 103

Lagarde, Paul de 53

Lamprecht, Karl 26f., 49, 74, 130

Lange, Friedrich Albert 29

Langewiesche, Dieter 48

Lassalle, Ferdinand 9

Leckert, Heinrich 80

Ledebour, Georg 115

Leibl, Wilhelm 34

Lenbach, Franz von 34

Lenin, Wladimir Iljitsch 136

Lersch, Heinrich 129

Lichnowsky, Karl Max Fürst von 109

Lichtenstein, Alfred 131

Liebermann, Max 34, 130, 146

Liebknecht, Karl 95, 115, 118, 133

Liebknecht, Wilhelm 9

Lincke, Paul 39

Lissauer, Ernst 129

Liszt, Franz 38

Löns, Hermann 128, 131

Ludendorff, Erich 121f., 134, 140f.

Ludwig II., König von Bayern 7

Lützow, Karl von 80

Luxemburg, Rosa 95, 118, 133

Macke, August 131

Mahler, Gustav 38

Makart, Hans 22

Mallarmé, Stéphane 40

Mann, Heinrich 41, 132, 146

Mann, Thomas 40f., 129, 143, 146

Marc, Franz 37, 131

Marschall von Bieberstein, Adolf Frhr. von 81

Martini, Fritz 30

Marx, Karl 28

Max Prinz von Baden 116, 141f.

Mehring, Franz 27, 118

Meinecke, Friedrich 27, 52, 130, 145

Menzel, Adolph von 34, 146

Meyer, Eduard 130

Meyer, Folkert 25

Michaelis, Georg 135f.

Miquel, Johannes von 80f.

Moltke, Helmuth Graf von 59, 67, 72

Moltke, Helmuth von 111

Mommsen, Theodor 26

Mozart, Wolfgang Amadeus 38f.

Munch, Edvard 37

Musil, Robert 128

Muth, Karl 44

Muthesius, Hermann 36

Naumann, Friedrich 36, 64

Nietzsche, Friedrich 28, 30f., 33, 40

Nikolaus II., Zar von Russland 133

Nipperdey, Thomas 49

Otto, König von Bayern 7

Paul, Bruno 35

Pfützner, Hans 39

Piloty, Karl von 34

Pius X., Papst 45

Planck, Max 31, 130, 146

Plenge, Johann 130

Poincaré, Raymond 109

Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von 81, 89

Princip, Gavrilo 107

Puttkamer, Robert von 58

Raabe, Wilhelm 39

Rade, Martin 44

Radziwill, Marie Fürstin 72

Ranke, Leopold von 25f.

Rantzau, Kuno Graf zu 62

Rathenau, Walther 73, 117, 123

Reger, Max 38

Reichpietsch, Max 135

Reinhardt, Max 41, 130

Rhodes, Cecil 83

Rickert, Heinrich 29

Rilke, Rainer Maria 40, 128, 146

Rimbaud, Jean Nicolas Arthur 40

Röntgen, Conrad 31, 130

Rogge, Bernhard 5

Roon, Albrecht Graf von 72

Rosen, Friedrich 103

Rosenberg, Hans 75

Singer, Paul 96

Solf, Wilhelm 103

Sombart, Werner 28

Sophie Herzogin von Hohenberg

Sudermann, Hermann 128

Südekum, Albert 114

Sybel, Heinrich von 6

Schäfer, Dietrich 49, 58

Scheidemann, Philipp 141

Schell, Hermann 44

Schickele, René 132

Schlieffen, Alfred Graf von 100

Schmidt-Rottluff, Karl 37

Schmoller, Gustav von 27, 130

Schnitzler, Arthur 132

Schönberg, Arnold 39

Schopenhauer, Arthur 30

Schüssler, Wilhelm 73

Schuwalow, Paul Graf 81

Schultze-Naumburg, Paul 36

Schulze, Hagen 73

Stadler, Ernst, 41, 131

Stoecker, Adolf 50f.

Storm, Theodor 39

Stramm, August 131

Strauß, Richard 38, 146

Stresemann, Gustav 135

Stumm-Halberg, Carl Ferdinand Frhr. von 78

Taillandier, George 99

Tausch, Eugen von 80

Telemann, Georg Philipp 39

Thyssen, August 117

Tille, Alexander 33

Tirpitz, Alfred von 81, 87f., 101, 104, 136, 144

Tönnies, Ferdinand 28

Toller, Ernst 132

Trakl, Georg 41

Treitschke, Heinrich von 26, 51

Trimborn, Karl 141

Trotha, Adolf von 142

Tschirschky und Bögendorff, Heinrich von 107

Ullrich, Volker 146

Umfrid, Otto 44

Unruh, Fritz von 132

Velde, Henry van de 36

Velde, Maria van de 36

Verlaine, Paul 40

Virchow, Rudolf 32, 57

Vogeler, Heinrich 35

Vondung, Klaus 131

Vorländer, Karl 29

Wagner, Richard 30, 37 – 39, 146

Waldersee, Alfred Graf von 67, 82

Weber, Max 28f., 146

Wedekind, Frank 41

Wedel, Karl Fürst von 97

Werfel, Franz 132

Werner, Anton von 5, 34

Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von 130

Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König von Preußen 5f., 62 – 65, 68f.

Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen 16, 29, 33f.,
43, 63, 67 – 74, 78 – 81, 83f., 89, 91 – 93, 96, 98f., 101, 103, 107 –
109, 116, 133 – 136, 142 – 144

Wilson, Thomas Woodrow 141

Windelband, Wilhelm 29, 130

Wolf, Eugen 66

Wolff-Metternich, Paul Graf von 102f.

Wyneken, Gustav 46

Zola, Emile 39

